DIE STADT

AMTSBLATT DER KLINGENSTADT SOLINGEN

77. Jahrgang

Nr. 51

Donnerstag, 19. Dezember 2024

BEKANNTMACHUNG

II. Änderung der Betriebsatzung für Eigenbetrieb Wasserversorgung Solingen vom 12.12.2024

Aufgrund der §§ 7, 41, 107 Abs. 2 und 114 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der derzeit gültigen Fassung, der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen geändert durch Verordnung zur Änderung von Rechtsverordnungen auf dem Gebiet des Gemeindefinanzrechts vom 05.08.2009 (GV NRW S. 438) in der zurzeit geltenden Fassung und den §§ 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV NRW S. 712) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Solingen am 05.12.2024 nachstehende II. Änderung der Betriebsatzung für den Eigenbetrieb Wasserversorgung Solingen (EBW) beschlossen:

Artikel I

§ 19 erhält folgenden neuen Wortlaut:

- (1) Für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres ist ein Jahresabschluss in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für Kapitalgesellschaften von der Betriebsleitung aufzustellen. Im Übrigen finden auf die Aufstellung, Prüfung und Offenlegung des Jahresabschlusses die gesetzlichen Vorschriften, insb. die Eigenbetriebsverordnung (EigVO NRW), in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.
- (2) Zusammen mit dem Jahresabschluss ist auch ein Lagebericht aufzustellen. Auf den Inhalt des Lageberichts finden abschließend die folgenden Regelungen Anwendung:
Im Lagebericht sind der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Betriebs so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Er hat eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit entsprechende Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage des Betriebs zu enthalten. In die Analyse sind die für die Geschäftstätigkeit bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren

einzu beziehen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss ausgewiesenen Beträge und Angaben zu erläutern. Ferner ist im Lagebericht die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu beurteilen und zu erläutern; zugrunde liegende Annahmen sind anzugeben.

Darüber hinaus ist im Lagebericht auf Sachverhalte einzugehen, die Gegenstand der Berichterstattung im Rahmen der Prüfung nach § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes sein können.

Im Übrigen finden auf die Prüfung und Offenlegung des Lageberichtes die gesetzlichen Vorschriften, insb. die Eigenbetriebsverordnung (EigVO NRW), in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

Artikel II

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2025 in Kraft.

Herausgegeben von:

Klingenstadt Solingen

Der Oberbürgermeister

Pressestelle, Postfach 10 01 65, 42601 Solingen

Verantwortlich
Thomas Kraft
Fon 0212 290 - 2142

Redaktion
Ilka Fiebich
Fon 0212 290 - 2111, Fax 290 - 74 2111

E-Mail
amtsblatt@solingen.de

Satz
Klingenstadt Solingen, Mediengestaltung

Veröffentlichung/
Vertrieb
Digital unter www.solingen.de/amtsblatt.
In gedruckter Form liegt es kostenlos in Verwaltungsgebäuden und Bürgerbüros aus. Nachdruck und Veröffentlichungen jeder Art sind nur mit Genehmigung des Herausgebers zulässig. Erscheint wöchentlich.

Die öffentlichen Sitzungsunterlagen sind im Büro des Oberbürgermeisters, Ratsangelegenheiten, Walter-Scheel-Platz 1, 42651 Solingen, einzusehen.

Gedruckt auf nach „Der Blaue Engel“ zertifiziertem Papier.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende II. Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Wasserversorgung Solingen wird hiermit öffentlich bekanntgegeben.

Es wird gemäß § 7 Absatz 6 Gemeindeordnung NRW auf folgendes hingewiesen:

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetz kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Solingen, den 12.12.2024

Kurzbach
Oberbürgermeister

BEKANNTMACHUNG

VII. Änderung der Betriebssatzung für die Technischen Betriebe Solingen vom 12.12.2024

Aufgrund der §§ 7, 41, 107 Abs. 2 und 114 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der derzeit gültigen Fassung, der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen geändert durch Verordnung zur Änderung von Rechtsverordnungen auf dem Gebiet des Gemeindevirtschaftsrechts vom 05.08.2009 (GV NRW S. 438) in der zurzeit geltenden Fassung und den §§ 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV NRW S. 712) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Solingen am 05.12.2024 nachstehende VII. Änderung der Betriebssatzung für die Technischen Betriebe Solingen beschlossen:

Artikel I

§ 18 erhält folgenden neuen Wortlaut:

- (1) Für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres ist ein Jahresabschluss in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für Kapitalgesellschaften von der Betriebsleitung aufzustellen. Im Übrigen finden auf die Aufstellung, Prüfung und Offenlegung des Jahresabschlusses die gesetzlichen Vorschriften, insb. die Eigenbetriebsverordnung (EigVO NRW), in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

- (2) Zusammen mit dem Jahresabschluss ist auch ein Lagebericht aufzustellen. Auf den Inhalt des Lageberichts finden abschließend die folgenden Regelungen Anwendung:

Im Lagebericht sind der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Betriebs so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Er hat eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit entsprechende Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage des Betriebs zu enthalten. In die Analyse sind die für die Geschäftstätigkeit bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren einzubeziehen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss ausgewiesenen Beträge und Angaben zu erläutern. Ferner ist im Lagebericht die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu beurteilen und zu erläutern; zugrunde liegende Annahmen sind anzugeben.

Darüber hinaus ist im Lagebericht auf Sachverhalte einzugehen, die Gegenstand der Berichterstattung im Rahmen der Prüfung nach § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes sein können.

Im Übrigen finden auf die Prüfung und Offenlegung des Lageberichtes die gesetzlichen Vorschriften, insb. die Eigenbetriebsverordnung (EigVO NRW), in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

Artikel II

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2025 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende VII. Änderung der Betriebssatzung für die Technischen Betriebe Solingen wird hiermit öffentlich bekanntgegeben.

Es wird gemäß § 7 Absatz 6 Gemeindeordnung NRW auf folgendes hingewiesen:

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetz kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Solingen, den 12.12.2024

Kurzbach
Oberbürgermeister

BEKANNTMACHUNG

Friedhofsgebührensatzung für die Friedhöfe der Klingenstadt Solingen vom 12.12.2024

Aufgrund § 4 des Bestattungsgesetzes NRW und §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GVNRW S. 666), und der §§ 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NW) vom 21. Oktober 1969 (GV NW S. 712), jeweils in der zur Zeit geltenden Fassung, hat der Rat der Klingenstadt Solingen in der Sitzung am 05.12.2024 folgende Neufassung über die städtischen Friedhöfe der Klingenstadt Solingen (Friedhofsgebührensatzung) beschlossen:

§ 1 Gebührenpflicht

- (1) Für die Benutzung der Friedhöfe der Klingenstadt Solingen und ihrer Bestattungseinrichtungen werden Gebühren erhoben. Die Höhe der Gebühren richtet sich nach dem anliegenden Gebührentarif, der Bestandteil der Satzung ist. Die Gebührenpflicht entsteht mit Beendigung der beantragten Leistung durch den Friedhofsträger.
- (2) Bei Zurücknahme eines Antrages auf Benutzung von Friedhofseinrichtungen werden Gebühren für Leistungen, die bereits in Anspruch genommen sind, in voller Höhe erhoben. Soweit mit Vorbereitungen zur Ausführung anderer Leistungen erst begonnen worden ist, wird dafür eine Gebühr entsprechend der erbrachten Leistung bis zur vollen Gebühr erhoben.

§ 2 Gebührensschuldner

- (1) Zur Zahlung der Gebühren ist verpflichtet,
 - a) wer durch eine gegenüber der Klingenstadt Solingen abgegebene schriftliche Erklärung die Benutzung der Friedhöfe und/oder der Friedhofseinrichtungen oder Leistungen des Friedhofsträgers beantragt hat,
 - b) die bestattungspflichtigen Angehörigen im Sinne des Bestattungsgesetzes NRW vom 17. Juni 2003 (GVBl. NRW S. 313), Stand 01.10.2014, nämlich
 - ba) der Ehegatte/ Ehegattin
 - bb) die Lebenspartner/in
 - bc) volljährige Kinder
 - bd) Eltern
 - be) volljährige Geschwister
 - bf) Großeltern
 - bg) volljährige Enkelkinder
- (2) Mehrere Zahlungspflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 3

Festsetzung und Fälligkeit der Gebühr

Die Friedhofsgebühren werden durch Gebührenbescheid festgesetzt und einen Monat nach Bekanntgabe fällig.

§ 4

Gebührenbefreiung

Bestattungen auf den Ehrenfriedhöfen an der Schwanenstraße und an der Wuppertaler Straße sind von Friedhofsgebühren befreit.

§ 5

Inkrafttreten

Die Neufassung der Friedhofsgebührensatzung für die städtischen Friedhöfe der Klingenstadt Solingen tritt am 01.01.2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Friedhofsgebührensatzung der Stadt Solingen vom 18.12.2023 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Neufassung der Friedhofsgebührensatzung für die städtischen Friedhöfe der Klingenstadt Solingen, wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird gemäß § 7 Abs. 6 Gemeindeordnung NRW auf folgendes hingewiesen:

Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von sechs Monaten seit Ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich Bekanntgemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister/ die Oberbürgermeisterin hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorhergerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Solingen, den 12.12.2024

Kurzbach
Oberbürgermeister

Gebührenpflichtige Handhabung/Leistung

		Gebühr in €
		2025
1	Verfügungsrechte für Reihengrabstätten	
1.1	Reihengrabstätten	
1.1.1	Sargreihengrabstätte für Personen bis zu 5 Jahren	354,00
1.1.2	Sargreihengrabstätte für Personen über 5 Jahre Parkfriedhof, Wuppertaler Straße – 30 Jahre Ruherecht Burgfriedhof, Friedhofsweg – 30 Jahre Ruherecht	1.014,00
1.1.3	Sargreihengrabstätte für Personen über 5 Jahre Waldfriedhof, Hermann-Löns-Weg – 20 Jahre Ruherecht	676,00
1.1.4	Urnenreihengrabstätte – 20 Jahre Ruherecht	225,00
1.2	Rasengrabstätten	
1.2.1	Sargrasenreihengrabstätte für Personen über 5 Jahren Parkfriedhof, Wuppertaler Straße Burgfriedhof, Friedhofsweg 30 Jahre Ruherecht / 30-jährige Grabpflege	1.652,00
1.2.2	Sargrasenreihengrabstätte für Personen über 5 Jahren Waldfriedhof, Hermann-Löns-Weg 20 Jahre Ruherecht / 20-jährige Grabpflege	1.102,00
1.2.3	Urnenrasenreihengrabstätte 20 Jahre Ruherecht / 20-jährige Grabpflege	599,00
1.2.4	Ascheverstreung im Streufeld incl. 20-jährige Pflege Parkfriedhof, Wuppertaler Straße	1.096,00
1.2.5	Reihenbaum, incl. 20-jähriger Pflege Waldfriedhof, Hermann-Löns-Weg / Burg-Friedhof, Friedhofsweg	625,00
1.2.6	Grabfeld für Sternenkinder (Tot- und Fehlgeburten) Parkfriedhof, Wuppertaler Straße	239,00
1.3.	Gemeinschaftsgrabstätten	
1.3.1	Gemeinschaftsgrabstätte (16 Urnen) incl. Bestattung	3.760,00
1.3.2	Reihengrab in der Baumgemeinschaftsgrabstätte Parkfriedhof, Wuppertaler Straße	643,00
2	Nutzungsrechte für Wahlgrabstätten (30 Jahre)	
2.1	Sargsonderwahlgrabstätte an Hauptwegen oder an ebenwegen in Einzellage	2.307,00
2.1a	Verlängerung Sargsonderwahlgrabstätte an Hauptwegen oder an Nebenwegen in Einzellage (pro Stelle, pro Jahr)	76,90
2.2	Sargwahlgrabstätte normal	1.185,00
2.2a	Verlängerung Sargwahlgrabstätte normal (pro Stelle, pro Jahr)	39,50
2.3	Pflegefreie Sargwahlgrabstätte incl. Einfassung	1.950,00
2.3a	Verlängerung pflegefreie Sargwahlgrabstätte (pro Stelle, pro Jahr)	65,00
2.4	Pflegearme Sargwahlgrabstätte incl. Einfassung	1.695,00
2.4a	Verlängerung pflegearme Sargwahlgrabstätte (pro Stelle, pro Jahr)	56,50
2.5	Kindersargwahlgrabstätte für Personen unter 5 Jahren	603,00
2.5a	Verlängerung Kindersargwahlgrabstätte (pro Stelle, pro Jahr)	20,10
2.6	Urnenwahlgrabstätte	372,00

2.6a	Verlängerung Urnenwahlgrabstätte (pro Stelle, pro Jahr)	12,40
2.7	Pflegefreie Doppelurnenwahlgrabstätte	1.083,00
2.7a	Verlängerung pflegefreie Doppelurnenwahlgrabstätte (für 2 Stellen, pro Jahr)	36,10
2.8	Wahlbaum incl. 30-jährige Pflege für 2 oder 4 Stellen Waldfriedhof, Hermann-Löns-Weg / Burg-Friedhof, Friedhofsweg	2.070,00 Gebühr für 2 Stellen
2.8a	Verlängerung Wahlbaum (für 2 Stellen, pro Jahr)	69,00
2.8.b	Wahlgrab in der Baumgemeinschaftsgrabstätte mit 2 oder 4 Stellen, Parkfriedhof, Wuppertaler Straße	2.271,00 Gebühr für 2 Stellen
2.8c	Verlängerung Baumgemeinschaftsgrabstätte (für 2 Stellen, pro Jahr)	75,70
2.9	Kolumbarienkammer für 2 Urnen incl. 30jährige Pflege	2.793,00
2.9b	Verlängerung Kolumbarienkammer (pro Jahr)	93,10
2.9.c	Wahlbaum mit Kammer für 2 Urnen (Kaverne) incl. 30-jähriger Pflege Waldfriedhof, Hermann-Löns-Weg / Burg-Friedhof, Friedhofsweg	2.829,00
2.9d	Verlängerung Wahlbaum mit Kammer (pro Jahr)	94,30
2.10	Zusatzbeisetzung in Sarggrabstätte, je Bestattung	109,00
2.11	Sonderwahlgrabstätte für Mensch- und Tierbestattung	1.695,00
2.11a	Verlängerung Sonderwahlgrabstätte für Mensch- und Tierbestattung (pro Stelle, pro Jahr)	56,50
3	Leistungsgebühren	
3.1	Benutzung von Friedhofseinrichtungen	
3.1.1	Nutzung der Trauerhalle incl. Dekoration sowie Bereitstellung der Orgel bzw. Musikanlage	310,00
3.1.2	Verlängerung der Trauerhallennutzung für ½ Stunde	130,00
3.1.3	Verlängerung der Trauerhallennutzung für 1 Stunde	250,00
3.1.4	Trauerhallenvorraum	93,00
3.1.5	Trauerraum incl. Dekoration und Musikanlage	139,00
3.1.6	Abschiedsraum/Zellendekoration	70,00
3.1.7	Tiefkühlzellenbenutzung bis zu 3 Tagen	45,00
3.1.8	Tiefkühlzellenbenutzung, jeder weitere Tag	15,00
3.1.9	Benutzung der Leichenzelle ohne Bestattung bis zu 3 Tagen	23,10
3.1.10	Benutzung der Leichenzelle ohne Bestattung, jeder weitere Tag	7,70
3.1.11	Waschraum je Stunde	119,00
3.2	Bestattungsleistungen (incl. Grabaushub, Grabausschmückung, Verfüllung, bräunen der Kränze, Ersthügelung und Benutzung der Leichenzelle bis zu 3 Tage)	
3.2.1	Normalgrabstätte für Personen bis zu 5 Jahren	596,00
3.2.2	Normalgrabstätte für Personen über 5 Jahre	982,00
3.2.3	Urnengrabstätte	526,00
3.2.4	Bestattungskosten Kolumbarien/ Kavernen (incl. Urnenfach öffnen, Urnenfach schließen, Vor- und Nacharbeiten des Blumenschmuckes sowie anschließende Entsorgung)	175,00

3.2.6	Aschenbestattung	30,00
3.2.7	Einbringung einer Grabbeigabe (Tierbestattung)	175,00
3.2.8	bei Früh- Totgeburten	50,00
3.2.9	Urnenbestattung am Baum	560,00
3.3	Weitere Leistungen	
3.3.1	Standfestigkeitskontrolle für stehende Grabmale pro Jahre des Verfügungs- oder Nutzungsrechts. Die Kontrollgebühr ist im Voraus bei der Genehmigung des Grabmales zu zahlen. Wird das Nutzungsrecht an der Wahlgrabstätte erneuert oder überschreitet bei einer Belegung die Ruhezeit, so ist die Kontrollgebühr für die Dauer des neuen bzw. für den Verlängerungszeitraum des Nutzungsrechtes im Voraus mit der Erneuerungs- bzw. Verlängerungsgebühr zu entrichten.	2,25
3.4	Umbettungen (innerhalb der städt. Friedhöfe)	
3.4.1	Umbettungen von Personen bis zu 5 Jahren mit Sarg	1.613,00
3.4.2	Umbettungen von Personen über 5 Jahre mit Sarg	2.980,00
3.4.3	Umbettungen von Urnen	947,00
3.5	Ausgrabungen (ohne Wiederbeisetzung)	
3.5.1	Ausgrabungen von Personen bis zu 5 Jahren mit Sarg	1.017,00
3.5.2	Ausgrabungen von Personen über 5 Jahre mit Sarg	1.998,00
3.5.3	Ausgrabungen von Urnen	421,00
3.5.4	Ausgrabungen auf behördliche Anordnung	Entsprechend des jeweiligen Tarifes.
3.5.5	Ausbettung einer Urne im Kolumbarium	245,00
3.6	Wiederbeisetzung (von anderen Friedhöfen)	
3.6.1	Wiederbeisetzung von Personen bis zu 5 Jahren mit Sarg	596,00
3.6.2	Wiederbeisetzung von Personen über 5 Jahre mit Sarg	982,00
3.6.3	Wiederbeisetzung von Urnen	526,00
4	Sonderleistungen	
4.1	Für beantragte Leistungen, die im Tarif nicht besonders aufgeführt sind, berechnen sich die Kosten nach dem tatsächlichen Aufwand.	
4.2	Pflegeaufwand für - vorzeitige Rückgabe einer Sarggrabstätte - nicht angelegte Sarggrabstätte, pro Stelle, pro Jahr	13,60
4.3	Pflegeaufwand für - vorzeitige Rückgabe einer Urnengrabstätte - nicht angelegte Urnengrabstätten pro Stelle, pro Jahr	9,00
4.4	Abräumen von Anpflanzungen zur Vorbereitung von Sargbestattungen	53,00
4.5	Abräumen von Anpflanzungen zur Vorbereitung von Urnenbestattungen	35,00
4.6	Bestattungsleistung außerhalb der Dienstzeit freitags ab 13:00 Uhr (Aufschlag auf Räumlichkeiten und Grabarbeiten)	25% Aufschlag
4.7	Aufschlag für Särge mit Übergröße	491,00
4.8	Beseitigung und Entsorgung von Grabmälern, baulichen Anlagen, Einfassungen und Anpflanzungen	

4.8.1	Einfassung	35,00
4.8.2	Stehender Stein	87,00
4.8.3	Liegender Stein	35,00
4.8.4	Sarggrabstätte/ pro Stelle	174,00
4.8.5	Urnengrabstätte/ Kindergrabstätte/ pro Stelle	43,00
4.8.6	Räumen einer Kolumbariengrabstätte	70,00
4.8.7	Sarggrabstätte auffüllen und einsäen/ pro Stelle	35,00
4.9	Kosten für die Verlegung von Liege-, Verschlussplatten oder Stelen durch die Friedhofsverwaltung	
4.9.1	Liegeplatte verlegen, kleine Platte	35,00
4.9.2	Liegeplatte verlegen, große Platte	53,00
4.9.3	Stein im Begräbniswald einsetzen, Stolperstein	35,00
4.9.4	Stein im Begräbniswald einsetzen, Stele	53,00
4.9.5	Verschlussplatte wechseln, Kolumbarium	35,00
4.9.6	Gedenkplakette anonym	40,00
5	Verwaltungsgebühren	
5.1	Bearbeitung von Anträgen	
5.1.1	Genehmigung für das Aufstellen eines stehenden Grabmals	54,00
5.1.2	Genehmigung für das Aufstellen eines liegenden Grabmals	54,00
5.1.3	Genehmigung von Einfassungen	36,00
5.1.4	Genehmigung für das Aufstellen einer Bank auf Grabstätten	18,00
5.1.5	Genehmigung zum Befahren der Friedhofswege mit Fahrzeugen durch Besucher	18,00
5.1.6	Genehmigung von Umbettungen, Ausgrabungen im Auftrag der Friedhofsverwaltung	72,00
5.1.7	Ausstellen von Bescheinigungen und Ersatzurkunden	18,00
5.1.8	Zulassung von Gewerbetreibenden einschließlich Fahrerlaubnis – alle 2 Jahre	36,00
5.2	Aufbewahrung einer Urne über die Zeit von einem Monat hinaus, für jeden angefangenen Monat	15,00
5.3	Versendung einer Urne	37,00

BEKANNTMACHUNG

Zweckverband Erholungsgebiet Ittertal

Die öffentliche Bekanntmachung des Jahresabschlusses 2022 des Zweckverbandes Erholungsgebiet Ittertal erfolgt am 20.12.2024 durch Veröffentlichung im „Amtsblatt des Kreises Mettmann“.

Gemäß § 15 der Verbandssatzung weise ich auf diese Veröffentlichung hin.

Solingen, den 12.12.2024

Kurzbach
Oberbürgermeister

BEKANNTMACHUNG

über das Nutzungsrecht an Wahlgrabstätten und das Verfügungsrecht an Reihengrabstätten

Gemäß § 38 Satz 2 der Friedhofssatzung der Stadt Solingen werden die Nutzungsberechtigten/weiteren Angehörigen der nachstehend aufgeführten Grabstätten öffentlich aufgefordert, sich innerhalb einer Frist von 6 Wochen nach dieser Bekanntmachung bei der

Stadt Solingen
Teilbetrieb Stadtgrün und Stadtbildpflege
90-503 Objektbetreuung und Friedhöfe
Dültgenstaler Straße 61
42719 Solingen
Tel. 0212 290-4830

zu melden.

Unterbleibt die Rückmeldung innerhalb der genannten Frist, werden die Grabstätten eingezogen und eingeebnet. Grabmale, Pflanzen und sonstiges Grabzubehör gehen dann entschädigungslos in das Eigentum der Stadt Solingen über.

Friedhof	Grabfeld/-nummer	Nutzungsrecht	Verstorbene
Burg-Friedhof	2/733-735	Blum	Garbe, Marta Garbe, Heinz
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	A-II/650	Schum	Schum, Anna
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	B-I/282-283	Josten	Josten, Hermann
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	B-II/152-153	Diehl	Diehl, Ottmar Diehl, Emmy
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	B-II/277a-277b	Venjakob	Wegmann, Joseph Wegmann, Johanne
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	B-III/233-234	Scherlitz	Scherlitz, Paul
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	B-III/297-298	Siebel	Siebel, Ernst Siebel, Margarete
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	C-II/77-78	Schülke	Schülke, Erwin
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	D-II/44-45	Schmitz	Schmitz, Christa
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	D-III/47-48	Pfaff	Faßbach, Josef Faßbach Auguste Faßbach, Hans Faßbach, Elisabeth
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	D-IV/143-144	Josten	Bender, Emma Bender, Hugo
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	F-VI/139-140	Aumann	Dohle, Peter Josef Dohle, Anna Broch, Anna
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	F-VII/222-223	Vitting/ Haupt	Vitting, Anna Vitting, Edmund
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	F-VII/321-323	Lingenbrinck	Von Hahn, Erna Von Hahn, Friedrich Von Hahn, Gerd
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	F-XIII/150-151	Weißenfels	Rotthäuser, Heinrich Rotthäuser, Anna

Parkfriedhof Wuppertaler Straße	G-I/118-119	Heise	Heise, Emil Heise, Klara
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	G-II/24	Heibach	Felder, Anna
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	G-II/198-199	Bialkowski	Bialkowski, Hubert
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	I-II/19-20	Kind	Ebel, Elfriede Ebel, Karl
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	I-III/166-167	Buschhaus	Czerny, Josef Czerny, Elfriede
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	I-IV/127	unbekannt	Froeck, Dorothea Froeck, Alexy
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	K-I/139-140	Flocke	Flocke, Willi Flocke, Ottilie
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	K-IV/148-149	Wasserloos	Wasserloos, Elli Wasserloos, Karl
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	K-IV/383-384	Szczepanski	Schmidt, Ella Schmidt, Paul
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	K-IV/440-441	Rauh	Rauh, Johanna Rauh, Helmut
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	K-IV/534	Okuniewski	Bögel, Luise
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	P-I/11-12	Urowski	Urowski, Franz Urowski, Grete
Parkfriedhof Wuppertaler Straße	P-VIII/212-213	Joachimsmeier	Joachimsmeier, Wilhelm
Waldfriedhof Hermann-Löns-Weg	B/203a	Kronenberg	Röltgen, Friedrich Röltgen, Emmi Adele Niederhagen, Walter
Waldfriedhof Hermann-Löns-Weg	C-II/174-175	Doliva	Esser, Paul Willi Esser, Asnath
Waldfriedhof Hermann-Löns-Weg	D-II/143-144	Kirchhoff	Piel, Klara Piel, Karl Franz
Waldfriedhof Hermann-Löns-Weg	D-II/154-155	Schmidt	Theuerkauf, Rolf Walter Theuerkauf, Isolde
Waldfriedhof Hermann-Löns-Weg	F/18-19	Mutz	Schneider, Friedrich Heinz-Ulrich Schneider, Friedrich Schneider Anneliese
Waldfriedhof Hermann-Löns-Weg	K-I/118	Büse	Kuhl, Elisabeth Riedel, Margarete Bergen, Peter Egon
Waldfriedhof Hermann-Löns-Weg	K-I/384-385	Melchior	Melchior, Hedwig Melchior, Wilhelm
Waldfriedhof Hermann-Löns-Weg	K-I/491-492	Dinger	Dinger, Elsa Dinger, Ralf

Solingen, 11.12.2024

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

Brühne
Abteilungsleiter
Objektbetreuung und Friedhöfe

BEKANNTMACHUNG

IV. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren zur Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Klingenstadt Solingen vom 10.12.2024

Aufgrund §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Klingenstadt Solingen am 05.12.2024 die IV. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren zur Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Klingenstadt Solingen beschlossen.

Artikel I

In § 3, Absatz 1 wird

- „15,59“ durch „19,00“
- und „2,46“ durch „1,83“

ersetzt.

In § 3, Absatz 2 wird

- „6,40“ durch „7,06“
- „3,46“ durch „4,00“

ersetzt.

Artikel II

Diese Änderungssatzung tritt am 01. Januar 2025 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren zur Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Klingenstadt Solingen wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird gemäß § 7 Absatz 6 Gemeindeordnung NRW auf Folgendes hingewiesen:

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Solingen, 10.12.2024

Kurzbach
Oberbürgermeister

BEKANNTMACHUNG

Satzung über die Erhebung von Gebühren zur Wasserversorgungssatzung der Stadt Solingen vom 12.12.2024

Aufgrund von §§ 7 und 41 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW, S. 666 ff.) und der §§ 1, 2, 4, 6, 10 des Kommunalabgabengesetzes NRW vom 21.10.1969 (GV.NRW 1969, S.712), in ihren jeweils zurzeit geltenden Fassungen, hat der Rat der Stadt Solingen in seiner Sitzung am 05.12.2024 folgende Satzung beschlossen:

Abschnitt 1

Finanzierung der Wasserversorgung

§ 1

Finanzierung der Wasserversorgungsanlage

- (1) Die Stadt erhebt zur Deckung der Kosten, die durch die öffentliche Wasserversorgungseinrichtung entstehen, Gebühren für die Inanspruchnahme der Einrichtung (§ 6 KAG NRW) sowie Verwaltungsgebühren für Zusatzleistungen. Die Wassergebühr wird als Verbrauchsgebühr erhoben.
- (2) Die Stadt ist berechtigt, sich bei der Anforderung von Gebühren der Hilfe eines von ihr beauftragten Dritten zu bedienen.

§ 2

Begriffsbestimmungen

- a. Hauswasserzähler
ist eine zentrale Messeinrichtung zur Erfassung der gesamten aus einem Hausanschluss bezogenen Wassermenge,
- b. Anschlussnehmer/innen
sind Grundstückseigentümer/innen, Erbbauberechtigte und sonstige ähnlich zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte,
- c. Wasserabnehmer/innen
sind alle zur Entnahme von Trinkwasser auf dem Grundstück Berechtigten und Verpflichteten (insbesondere auch Pächter/innen, Mieter/innen, Untermieter/innen usw.) sowie alle, die den Wasserversorgungsanlagen Trinkwasser entnehmen.

2. Abschnitt

Gebührenrechtliche Regelungen

§ 3

Gebührenmaßstab und Gebührensatz

- (1) Die Trinkwassergebühr wird als Verbrauchsgebühr erhoben. Die Verbrauchsgebühr wird nach der Menge des bezogenen Wassers berechnet. Berechnungseinheit ist der Kubikmeter Wasser. Der Wasserverbrauch wird durch Wasserzähler gemessen. Er wird von der Stadt insbesondere geschätzt, wenn
 1. ein Wasserzähler nicht vorhanden ist,

2. der Zutritt der Stadt oder ihrer Beauftragten zum Wasserzähler oder dessen Ablesung nicht ermöglicht wird,
 3. die Messeinrichtung trotz Aufforderung von dem/der Wasserabnehmer/ in oder aus sonstigen Gründen nicht abgelesen wird, oder
 4. sich konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass ein Wasserzähler den wirklichen Wasserverbrauch nicht angibt.
- (2) Die Verbrauchsgebühr beträgt 3,2478 € (netto) für jeden abgenommenen m³ Wasser
- (3) Wird Wasser durch Hydrantenstandrohre bezogen, so ist neben der Verbrauchsgebühr eine einmalige Anschlussgebühr (Verwaltungsgebühr) und eine Grundgebühr zu entrichten.
Die Anschlussgebühr beträgt 60,00 Euro (netto).
Die Grundgebühr beträgt 1,68 Euro/Tag (netto).
- (4) Es dürfen nur Hydrantenstandrohre mit Zähler verwendet werden, die von der Stadt oder einem von ihr beauftragten Dritten ausgegeben werden. Für die Zurverfügungstellung von Standrohren ist ein Pfand von 300 € je Standrohr zu entrichten. Bei Verlust des Standrohrs wird dieser Betrag einbehalten und unter Abzug der geschätzten Wertminderung durch Abnutzung für die Beschaffung eines neuen Standrohrs verwendet. Eventuelle Mehrkosten werden in Rechnung gestellt, Minderkosten erstattet.
- (5) Für Zusatzleistungen gemäß § 4 Abs.6 der Wasserversorgungssatzung sind die folgenden Gebühren zu entrichten:
Für Befundprüfungen gemäß § 14 Abs. 6 Wasserversorgungssatzung wird eine Gebühr von 63,00 € (netto) erhoben. Daneben sind die Kosten der Prüfung durch eine staatlich anerkannte Prüfungsstelle nach der Eichkostenverordnung (Eich/BeglKosto) vom 21. April 1982 (BGBl. I S. 428) in Verbindung mit dem Verwaltungskostengesetz (jeweils in der gültigen Fassung) als besondere bare Auslagen gemäß § 5 Abs. 7 KAG zu ersetzen. Die Gebühr und der Auslagensatz werden nicht erhoben, wenn die bei der Prüfung festgestellte Abweichung die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen überschreitet.

§ 4

Entstehen und Beendigung der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht beginnt mit der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses, in den Fällen des § 3 Abs. 3 mit der Herstellung bzw. Ausgabe der Einrichtung zur Wasserentnahme.
- (2) Für Anschlüsse, die beim Inkrafttreten dieser Satzung bereits bestehen, beginnt die Gebührenpflicht nach dieser Satzung mit deren Inkrafttreten.
- (3) Die Gebührenpflicht endet mit dem Wegfall des Anschlusses, in den Fällen des § 3 Abs. 3 mit dem Wegfall bzw. der Rückgabe der Hydrantenstandrohre.

§ 5

Gebührensschuldner/in

- (1) Gebührensschuldner/in ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Gebühr Eigentümer/in des unmittelbar angeschlossenen Grundstücks oder sonstiger zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigter ist, von dem die Benutzung der öffentliche Wasserversorgungseinrichtung ausgeht.
- (2) In den Fällen des § 3 Abs. 3 und 5 ist Gebührensschuldner/in derjenige, der die Wasserentnahme gemäß § 10 Abs. 3 der Wasserversorgungssatzung bzw. die Ablesung der Messeinrichtung bzw. die Befundprüfung beantragt hat.
- (3) Mehrere Gebührensschuldner/innen sind Gesamtschuldner.
- (4) Tritt im Abrechnungszeitraum ein Wechsel im Eigentum oder einem diesem vergleichbaren dinglichen Recht ein, so wird der/die neue Eigentümer/ in oder Berechtigte gebührenpflichtig mit Übergang des Eigentums oder der dinglichen Berechtigung. Teilen die/der bisherige oder die/der neue Anschlussnehmer/ in den Rechtsübergang entgegen § 9 dieser Satzung der Stadt nicht unverzüglich mit, haften beide gesamtschuldnerisch für die Gebühren vom Zeitpunkt des Rechtsübergangs bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Stadt von dem Rechtsübergang Kenntnis erlangt.
- (5) Die Gebühr ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück.

§ 6

Wassergebühr bei Fehlern der Messeinrichtung

- (1) Ergibt sich bei der Zählerprüfung (§ 14 Abs. 6 der Wasserversorgungssatzung), dass der Wasserzähler über die nach der Eichordnung zulässigen Fehlergrenzen hinaus unrichtig angezeigt hat, ist die Verbrauchsgebühr entsprechend zu korrigieren.
- (2) Wenn die zu viel oder zu wenig gemessene Wassermenge nicht ermittelt werden kann, so ist sie auf Basis des vorjährigen Verbrauchs oder in sonst geeigneter Weise zu schätzen; die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen.

§ 7

Entstehen der Gebährensuld, Vorauszahlung, Fälligkeit der Gebühren

- (1) Veranlagungs- und Erhebungszeitraum für die Verbrauchsgebühr für Trinkwasser ist das Kalenderjahr. Sofern die bezogene Wassermenge nicht zum Ende eines jeden Kalenderjahres abgelesen wird, wird von einem gleichmäßigen Wasserbezug über den tatsächlich abgelesenen Zeitraum ausgegangen. Der Wasserbezug wird anteilig auf die kalenderjährlichen Veranlagungszeiträume aufgeteilt. Dann wird der Gebährensatz des jeweiligen Veranlagungsjahres mit dem anteilig auf dieses Jahr entfallenden Wasserbezug multipliziert. Das gilt auch dann, wenn die Gebährensuldpflicht zwischen Ableseterminen beginnt oder endet. Die Gebühr entsteht am 31.12. des jeweiligen Kalenderjahres für das vergangene Kalenderjahr. Die Endabrechnung und die endgültige Festsetzung erfolgen im darauffolgenden Kalenderjahr durch

Bescheid. Im Falle eines unterjährigen Zählerwechsels entsteht die Gebühr zum Tag des Zählerausbaus und wird anschließend durch Bescheid festgesetzt. Erlischt die Gebührenpflicht während des Erhebungs- bzw. Festsetzungszeitraumes, so entsteht die Gebühr zu diesem Zeitpunkt und wird anschließend durch Bescheid festgesetzt. Die Verbrauchsgebühr für Trinkwasser bei Hydrantenstandrohren sowie die einmalige Anschlussgebühr (Verwaltungsgebühr) und Grundgebühr entstehen bei einer Zwischenablesung zum Zeitpunkt der Zwischenablesung. Sollte keine Zwischenablesung stattgefunden haben, entstehen die Gebühren bei Rückgabe des Hydrantenstandrohres. Die Gebühren werden anschließend jeweils durch Bescheid festgesetzt.

- (2) Für folgende Entstehungszeiträume werden Vorauszahlungen festgesetzt. Im Rahmen der endgültigen Festsetzung erfolgt eine Anrechnung der festgesetzten Vorausleistungen. Die Festsetzung der Vorauszahlung erfolgt auf der Grundlage des Wasserbezugs des letzten Abrechnungszeitraums. Bei einem Neuanschluss erfolgt die Festsetzung der Vorauszahlungen anhand einer Schätzung.
- (3) Bei der Verbrauchsgebühr für Trinkwasser werden für den laufenden und den darauf folgenden Erhebungszeitraum bzw. Ablesezeitraum Vorauszahlungen zu den für die Grundsteuer gesetzlich vorgeschriebenen Zahlungsterminen festgesetzt. Diese vierteljährliche Festsetzung gilt für die nächsten Erhebungszeiträume bzw. Ablesezeiträumen fort, solange nicht ein geänderter Bescheid ergeht.
- (4) Liegt das Ende des letzten Ablesezeitraumes zeitlich innerhalb eines Quartals wird für den Rest des angefangenen Quartals die Vorausleistung anteilig festgesetzt. Die anteilige Festsetzung wird einen Monat nach Bekanntgabe des Vorausleistungsbescheides fällig.
- (5) Die Verbrauchsgebühr für Trinkwasser wird einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig. Die Verbrauchsgebühr für Trinkwasser bei Hydrantenstandrohren, sowie die einmalige Anschlussgebühr (Verwaltungsgebühr) und die Grundgebühr werden einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

§ 8

Umsatzsteuer

Zu den Gebühren wird die Umsatzsteuer in der jeweiligen gesetzlichen Höhe erhoben. Die angeführten Gebührenbeträge sind Nettobeträge.

3. Abschnitt

Schlussbestimmungen

§ 9

Pflichten der Gebührenpflichtigen

- (1) Die Messeinrichtungen sind nach Aufforderung des Eigenbetriebes Wasserversorgung Solingen von den Gebührenpflichtigen selbst abzulesen.

- (2) Die Gebührenpflichtigen sind verpflichtet, der Stadt für die Höhe der Abgabe maßgebliche Veränderungen unverzüglich mitzuteilen und über den Umfang dieser Veränderungen — auf Verlangen auch unter Vorlage entsprechender Unterlagen — Auskunft zu erteilen. Dies gilt insbesondere für Änderungen im Grundstückseigentum bzw. Erbbaurecht, Nutzungsänderungen oder Schäden und Änderungen an der Messeinrichtung. Zur Mitteilung über die Änderung des Grundstückseigentums, des Erbbaurechtes oder sonstigen dinglichen Rechts sind sowohl die bisherigen als auch die neuen Rechtsinhaber/innen verpflichtet.
- (3) Die Gebührenpflichtigen sind verpflichtet, der Stadt oder den von dieser beauftragten Personen auf Verlangen Zutritt zur Feststellung der Bemessungsgrundlagen sowie zur Überprüfung und Ablesung der Messeinrichtungen zu gewähren.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Gebühren zur Wasserversorgungssatzung der Stadt Solingen vom 03.12.2014 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren zur Abfallwirtschaftssatzung der Klingenstein Solingen wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird gemäß § 7 Absatz 6 Gemeindeordnung NRW auf Folgendes hingewiesen:

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Solingen, den 12.12.2024

Kurzbach

Oberbürgermeister

BEKANNTMACHUNG

Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Solingen (Entsorgungssatzung – EntsorgS) vom 12.12.2024

Aufgrund von §§ 7 und 41 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW, S. 666 ff.) und der §§ 1, 2, 4, 6, 10 des Kommunalabgabengesetzes NRW vom 21.10.1969 (GVNRW 1969, S.712), in ihren jeweils zurzeit geltenden Fassungen, hat der Rat der Stadt Solingen in seiner Sitzung am 05.12.2024 folgende Satzung beschlossen:

Abschnitt I

§ 1 Allgemeines

- (1) Um eine ordnungsgemäße und unschädliche Abwasserbeseitigung sicherzustellen, werden nach Vorgabe der Stadt Solingen im Rahmen einer öffentlichen Einrichtung alle Grundstücksentwässerungsanlagen im Stadtgebiet entsorgt.
- (2) Grundstücksentwässerungsanlagen im Sinne dieser Satzung sind abflusslose Gruben und Kleinkläranlagen für häusliches sowie diesem entsprechendem Schmutzwasser. An eine abflusslose Sammelgrube sind alle Abläufe von auf dem entsprechenden Grundstück befindlichen Abwasseranfallstellen anzuschließen. Die Grube muss mit einem Füllstandsanzeiger mit Warnsignal bei Erreichen eines Füllstandes von 4/5 des Gesamtvolumens ausgestattet sein. Die Dichtheit der Grube ist der Unteren Wasserbehörde auf Verlangen nachzuweisen.
- (3) Der Begriff Eigentümer umfasst alle Eigentümerinnen und Eigentümer eines oder mehrerer Grundstücke mit einer in § 1 Abs. 2 EntsorgS genannten Grundstücksentwässerungsanlage. Die Rechte und Pflichten aus dieser Satzung begünstigen und verpflichten grundsätzlich den Eigentümer. Der Grundstückseigentümer wird von seinen Verpflichtungen nicht dadurch befreit, dass neben ihm andere Anschluss- und Benutzungspflichtige vorhanden sind. Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner. Die Rechte und Pflichten gemäß §§ 1 bis 10 dieser Satzung gelten entsprechend für Teileigentümer, Wohnungseigentümer, Erbbauberechtigte, Nießbraucher von Grundstücken, Wohnungsberechtigte gemäß § 1093 BGB, Pächter von gärtnerisch, landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken sowie Inhaber und Pächter von Tankstellen und Gewerbebetrieben.
- (4) Die Entsorgung im Sinne dieser Satzung umfasst die Entleerung und Reinigung der Anlagen sowie die Abfuhr und Beseitigung des abgesaugten Anlageinhaltes durch Einleiten in die städtischen oder die von der Stadt zur Verfügung gestellten Entwässerungseinrichtungen entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Abwassertechnik.

- (5) Die Entleerung und Abfuhr einschließlich Reinigung erfolgt ausschließlich durch von der Stadt Solingen zugelassene private Unternehmer. Die Liste dieser Unternehmer wird im Amtsblatt DIE STADT der Stadt Solingen öffentlich bekannt gemacht.
- (6) Die Behandlung der Anlageninhalte wird von den Wasserverbänden, deren Mitglied die Stadt Solingen ist, aufgrund besonderer Bestimmungen vorgenommen.
- (7) Von den Bestimmungen dieser Satzung werden Anlagen für gewerbliches Abwasser und Vorbehandlungsanlagen (z. B. Abscheider u.a.) ausgenommen. Die Wartung und Entsorgung dieser Anlagen erfolgt aufgrund besonderer Bestimmungen.
- (8) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten entsprechend für Anlagen, für die die Abwasserbeseitigungspflicht durch die Untere Wasserbehörde von der Gemeinde auf den gewerblichen Betrieb oder den Betreiber der Anlage übertragen worden ist.
- (9) Ein Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ein solcher Teil der Erdoberfläche, der auf einem besonderen Grundbuchblatt oder auf einem gemeinschaftlichen Grundbuchblatt unter einer besonderen Nummer im Verzeichnis der Grundstücke gebucht ist, so dass ein Grundstück auch aus mehreren Flurstücken bestehen kann (Buchgrundstück). Die Zusammenfassung mehrerer Buchgrundstücke zu einer „wirtschaftlichen Einheit“ kommt nur dann in Betracht, wenn dies aus Gründen der Gebührengerechtigkeit geboten ist.

§ 2

Anschluss- und Benutzungsrecht

Jeder Eigentümer eines im Stadtgebiet gelegenen Grundstücks, auf dem sich eine Grundstücksentwässerungsanlage im Sinne dieser Satzung befindet, ist berechtigt, von der Stadt die Entsorgung der auf seinem Grundstück befindlichen Grundstücksentwässerungsanlage zu verlangen.

§ 3

Begrenzung des Benutzungsrechts

In die häuslichen Grundstücksentwässerungsanlagen dürfen die in § 4 der Entwässerungssatzung der Stadt Solingen in der jeweils gültigen Fassung und die in der DIN 4261 in der jeweils gültigen Fassung aufgeführten sowie alle weiteren, eine Gefährdung darstellenden Stoffe nicht eingeleitet werden.

§ 4

Ausschluss und Befreiung von der Entsorgung

- (1) Von der städtischen Entsorgung im Rahmen dieser Satzung ist das in landwirtschaftlichen Betrieben anfallende Abwasser ausgeschlossen, das im Rahmen der pflanzenbedarfsgerechten Düngung auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Böden ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit im Einklang mit den wasserrechtlichen, abfallrechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Bestimmungen aufgebracht wird (§ 51 Abs. 2 Nr. 1 LWG).
- (2) Klärschlamm aus Anlagen im Sinne des § 1 Abs. 2 EntsorgS kann von der Entsorgung auf Antrag befreit werden, wenn eine Verwertung der Schlämme in einer Form erfolgt, die das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt.

Bei Verbringen auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Böden gelten die Grenzwerte der Klärschlammverordnung vom 25. Juni 1982 (BGBl I S. 734) in der jeweils geltenden Fassung. Die Befreiung spricht die zuständige Behörde aus.

§ 5

Anschluss- und Benutzungszwang

Anschluss- und Benutzungsberechtigte nach § 2 EntsorgS sind verpflichtet, ihre Grundstücksentwässerungsanlagen gemäß § 1 Abs. 4, 5 und 7 EntsorgS entsorgen zu lassen.

§ 6

Meldepflicht

- (1) Eigentümer von Grundstücken, auf denen sich Grundstücksentwässerungsanlagen befinden oder angelegt werden sollen, haben alle Veränderungen auf ihren Grundstücken, die die Entwässerungsverhältnisse beeinflussen können, unverzüglich, spätestens aber zwei Wochen vor Durchführung der Veränderung, der Stadt Solingen - Untere Wasserbehörde - anzuzeigen. Dies gilt insbesondere für eine Veränderung der Personenzahl.
- (2) Das Anlegen von Grundstücksentwässerungsanlagen unterliegt den gesetzlichen bau- und wasserrechtlichen Vorschriften sowie den dazu ergangenen Verordnungen und Ausführungsbestimmungen. Im Übrigen sind die Bestimmungen der Satzung über die Entwässerung und den Anschluss der Grundstücke an die öffentlichen Abwasseranlagen (Entwässerungssatzung) in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

§ 7

Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlagen

- (1) Die regelmäßige Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlagen erfolgt entsprechend den nachfolgenden Festsetzungen:
 - (1.1) Kleinkläranlagen
 - (1.1.1) Vollbiologische Kleinkläranlagen mit Abwasserbelüftung einmal jährlich.
 - (1.1.2) Alle übrigen Kleinkläranlagen analog den Regelungen des Entsorgungsintervalls für abflusslose Sammelgruben.
 - (1.2) Abflusslose Sammelgruben

Das Entsorgungsintervall wird durch die Stadt Solingen -Untere Wasserbehörde- in jedem Einzelfall festgesetzt.

Die Festsetzung erfolgt in Abhängigkeit von der auf dem jeweiligen Grundstück gemeldeten Personenzahl und dem Fassungsvermögen der Grube unter Berücksichtigung des Wasserverbrauchs des Vorjahres. Ist ein solcher nicht aussagekräftig, wird von einem Durchschnittsverbrauches von 120 l pro Person und Tag ausgegangen. Die Entsorgung hat unabhängig von dem festgelegten Intervall so zu erfolgen, dass die Grube bei einem Füllstand von 4/5 ihres Volumens geleert wird.

Auf anderen rechtlichen Grundlagen beruhende weitergehende Verpflichtungen bleiben unberührt.

Die Stadt Solingen - Untere Wasserbehörde - kann aus besonderen Gründen (z.B. längerfristige Abwesenheit der Grundstücksnutzer oder Veränderung der Personenanzahl) auf Antrag oder von Amts wegen eine Veränderung der vorgenannten Entsorgungsintervalle festlegen.

- (2) Der Eigentümer hat die Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlage unter Berücksichtigung der Herstellerhinweise und der DIN 4261 in der jeweils gültigen Fassung so rechtzeitig bei einem Unternehmer nach § 1 Abs. 5 EntsorgS als Beauftragtem der Stadt zu beantragen, dass das Entsorgungsintervall nach Abs. 1 eingehalten wird. Die Entsorgung ist unabhängig davon zu beantragen, wenn die Grube einen Füllstand von 4/5 ihres Volumens erreicht. Der Antrag kann schriftlich oder mündlich gestellt werden. Gleichzeitig schließt der Eigentümer mit dem Unternehmer einen zivilrechtlichen Vertrag über die Abfuhrleistung. Darin wird auch der Fuhrlohn vereinbart. Die §§ 11 ff. EntsorgS über die Benutzungsgebühr bleiben unberührt.
- (3) Auch ohne vorherigen Antrag kann die Grundstücksentwässerungsanlage entsorgt werden, wenn gesetzes- oder satzungswidrige Umstände eine Entsorgung erfordern oder die Voraussetzungen für die Entsorgung vorliegen und ein Antrag auf Entsorgung unterbleibt. Die Entsorgung wird dann nach Weisung der Stadt Solingen -Untere Wasserbehörde- von einem Unternehmer nach § 1 Abs. 5 EntsorgS vorgenommen. Für den Eigentümer erhöhen sich in diesem Falle die Entsorgungsgebühren um den angefallenen Fuhrlohn.
- (4) Die Grundstücksentwässerungsanlagen sind nach der Entsorgung gemäß der Betriebsanleitung und unter Beachtung der insoweit geltenden DIN-Vorschriften wieder in Betrieb zu nehmen.

§ 8

Wertgegenstände

Die Stadt Solingen ist nicht verpflichtet, in den Anlageninhalten nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Werden darin Wertgegenstände gefunden, sind sie als Fundsachen zu behandeln.

§ 9

Auskunftspflicht, Prüfungs- und Betretungsrecht

- (1) Anschluss- und Benutzungsberechtigte im Sinne der §§ 1 und 2 EntsorgS sind verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die ordnungsgemäße Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen gemäß dieser Satzung erheblich sind und der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen.
- (2) Den Beauftragten der Stadt ist zur Prüfung, ob die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, und zur Durchführung der Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlagen ungehinderter Zutritt zu den angeschlossenen Grundstücken und insbesondere zu den Grundstücksentwässerungsanlagen zu gewähren. Die Grundstücksentwässerungsanlagen müssen zu diesem Zweck frei zugänglich sein. Die Beauftragten haben sich als solche auszuweisen.

- (3) Die Anordnungen der Beauftragten der Stadt sind zu befolgen. Wird einer Anordnung nicht innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe entsprochen, so ist die Stadt berechtigt, die notwendigen Zwangsmittel nach §§ 55 ff. des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 23. Juli 1957 (GV NW S. 216) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.02.2003 (GV NRW S. 156) anzuwenden, insbesondere die erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des Anschlussverpflichteten durchzuführen oder von anderen durchführen zu lassen.

§ 10

Haftung

- (1) Wird die Entsorgung infolge höherer Gewalt durch Betriebsstörungen, betriebsnotwendige Arbeiten oder behördliche Verfügungen vorübergehend eingeschränkt, unterbrochen oder verspätet durchgeführt, so hat der Anschlussberechtigte keinen Anspruch auf Schadenersatz gegen die Stadt.
- (2) Ist die Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlagen aus einem der vorgenannten Gründe unterblieben, so wird sie sobald wie möglich nachgeholt.
- (3) Die Haftung des Anschlussberechtigten für den ordnungsgemäßen Betrieb seiner Grundstücksentwässerungsanlagen wird durch diese Satzung und die nach ihr durchgeführten Entsorgungen nicht berührt.
- (4) Der Anschlussberechtigte haftet der Stadt gegenüber für Schäden, die infolge mangelhaften Zustandes oder satzungswidriger Benutzung seiner Grundstücksentwässerungsanlagen entstehen, und stellt die Stadt im vorgenannten Rahmen von Ersatzansprüchen Dritter frei. Mehrere Ersatzpflichtige haften als Gesamtschuldner.
- (5) Falls der Grundstückseigentümer seinen Verpflichtungen aus dieser Satzung nicht oder nicht ausreichend nachkommt und sich daraus Mehraufwendungen ergeben, ist er zum Ersatz der hierdurch bedingten Mehrkosten verpflichtet.

Abschnitt II

§ 11

Benutzungsgebühr

Für die Beseitigung des angelieferten Inhaltes aus Grundstückskläreinrichtungen und Sammelgruben erhebt die Gemeinde zur Deckung der Kosten im Sinne des § 6 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz NW und der Verbandslasten nach § 7 Abs. 1 Kommunalabgabengesetz NW Benutzungsgebühren.

Die Fäkalschlamm Entsorgungsgebühren sind grundstücksbezogene Benutzungsgebühren und ruhen nach § 6 Abs. 5 KAG NRW als öffentliche Last auf dem Grundstück.

Daneben hat der Eigentümer an den Unternehmer (5 1 Abs. 5 EntsorgS) den mit diesem vereinbarten Fuhrlohn zu entrichten.

§ 12

Gebührenmaßstab, Gebührensatz

- (1) Die Gebühr wird nach der Menge des abgesaugten Anlageninhaltes (einschließlich eventuell erforderlichen Spülwassers) berechnet.
- (2) Der Gebührensatz beträgt je m³ des abgesaugten Anlageninhaltes 104,31 EUR. Dabei werden Mengenzahlen unter 0,5 m³ auf volle Kubikmeterzahlen abgerundet und ab 0,5 m³ aufgerundet; Mengen unter einem m³ werden als ein m³ berechnet.
- (3) Übersteigt die Menge des innerhalb eines Kalenderjahres abgesaugten Anlageninhaltes im Sinne des § 12 Abs. 1 EntsorgS den zehnten Teil der nach § 12 Abs. 3.1.1 und 3.1.2 EntsorgS dem Grundstück aus fremden und eigenen Wasserversorgungsanlagen zugeführten Wassermengen abzüglich der nachgewiesenen auf dem Grundstück verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen, so wird für die den zehnten Teil übersteigende Menge des abgesaugten Anlageninhaltes eine Gebühr von 28,41 EUR/m³ erhoben. Bei der Ermittlung des zehnten Teils bleiben Divisionsbruchteile unberücksichtigt.
 - (3.1) Als dem Grundstück zugeführte Wassermenge gilt:
 - (3.1.1) bei Bezug aus öffentlichen Versorgungsanlagen:

die Verbrauchsmenge, die in dem Zeitraum vom 1. Juli des zweitvorhergehenden bis 30. Juni des der Veranlagung vorhergehenden Kalenderjahres von den Stadtwerken Solingen oder anderen Wasserwerken in Rechnung gestellt wurde; maßgeblich für die Abgrenzung der Zeiträume ist der von den Wasserwerken angegebene Ablesemonat in der Rechnungsnummer;
 - (3.1.2) bei Bezug des Wassers aus privaten Versorgungsanlagen:

die von eingebauten Wassermessern in dem Zeitraum vom 1. Juli des zweitvorhergehenden bis zum 30. Juni des der Veranlagung vorhergehenden Kalenderjahres angezeigte Wassermenge. Bei einer Entsorgung über abflusslose Sammelgruben ist die Menge des zugeleiteten Wassers aus Regenwassernutzungsanlagen und/ oder Brunnenanlagen durch separate Wasseruhren zu erfassen. Die entnommenen Mengen sind für den unter Abs. 3 Ziffer 3.1.2 Satz 1 genannten Zeitraum einmal jährlich bis zum 1. September des der Veranlagung vorhergehenden Jahres der Stadt Solingen -Technische Betriebe Solingen- mitzuteilen.
 - (3.1.3) Werden über einen Wasseranschluss mehrere Grundstücke versorgt, so gilt jeweils die Menge als dem einzelnen Grundstück in Rechnung gestellt, die auf das einzelne Grundstück entsprechend seinem anteiligen Wasserbezug als Teil der insgesamt in Rechnung gestellten Menge entfällt. Die

Aufteilung ist von einem der beteiligten Gebührenpflichtigen unaufgefordert bis zum 1. Oktober des der Veranlagung vorhergehenden Jahres der Stadt Solingen bekannt zugeben. Ist die Aufteilung strittig oder wird sie nicht bis zum genannten Termin bekannt gegeben, so ist sie zu schätzen.

- (3.1.4) § 12 Abs. 3.1.3 EntsorgS gilt entsprechend, wenn die für ein Grundstück bezogene Menge wegen unterschiedlicher Entwässerungsverhältnisse aufgeteilt werden muss.
- (3.2) Wird eine Grundstücksentwässerungsanlage im Laufe eines Kalenderjahres erstmals in Betrieb genommen oder außer Betrieb gesetzt, so ist als zugeführte Wassermenge im betreffenden Jahr nur die Menge anzusetzen, die sich aus dem Verhältnis der Anzahl der Monate, für die der Anschluss- und Benutzungszwang nach § 5 EntsorgS besteht, zum gesamten Kalenderjahr ergibt. Für die Berechnung gilt als Beginn des Anschluss- und Benutzungszwanges der Erste des auf die Inbetriebnahme folgenden Monats und als Ende der Erste des auf die Außerbetriebsetzung folgenden Monats.
- (3.3) Bei einem Eigentumswechsel am Grundstück innerhalb eines Kalenderjahres verbleibt es grundsätzlich für die Berechnung der Gebühr bei der Wassermenge nach § 12 Abs. 3.1.1 und 3.1.2 EntsorgS. Bei einer wesentlichen Änderung der Verhältnisse ist die Wassermenge nach § 12 Abs. 3.1.1 und 3.1.2 EntsorgS zu schätzen, sofern sie nicht gemessen worden ist.
- (3.4) Der Abzug der auf dem Grundstück verbrauchten und zurückgehaltenen Wassermengen ist bis zum 1. September des der Veranlagung vorhergehenden Kalenderjahres geltend zu machen; der Nachweis obliegt dem Gebührenpflichtigen. Wassermengen sind dann auf dem Grundstück verbraucht oder zurückgehalten, wenn sie nicht in die Grundstücksentwässerungsanlage eingeleitet werden.
- (3.5) Bei landwirtschaftlichen Betrieben mit Großviehhaltung kann anstelle eines gesonderten Nachweises eine auf dem Grundstück verbrauchte oder zurückgehaltene Wassermenge von 14 m³/Jahr für jedes Stück Großvieh angesetzt werden; maßgebend ist der Viehbestand am 1. August des der Veranlagung vorhergehenden Kalenderjahres. Der Abzug ist bis zum 1. September des der Veranlagung vorhergehenden Kalenderjahres geltend zu machen. Von dem Abzug sind Wassermengen von 30 m³ je Einwohner/Jahr ausgeschlossen.
- (3.6) Bei Bezug von Wasser aus privaten Wasserversorgungsanlagen haben die Gebührenpflichtigen die in dem Zeitraum gemäß § 12 Abs. 3.1.2 EntsorgS angezeigte Wassermenge bis zum 31. Juli eines jeden Jahres der Stadt Solingen unaufgefordert bekannt zugeben.

(3.7) Hat der Gebührenpflichtige bei privaten Wasserversorgungsanlagen die zugeführten Wassermengen nicht durch einen Wassermesser ermittelt, so ist die Stadt berechtigt, die aus diesen Anlagen zugeführte Wassermenge zu schätzen. Hat ein Wassermesser nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, so wird die Wassermenge von der Stadt unter Zugrundelegung des Verbrauchs des Vorjahres und unter Berücksichtigung der glaubhaft gemachten Angaben des Gebührenpflichtigen geschätzt.

(3.8) Die Wassermenge ist zu schätzen, sofern sie nicht gemessen worden ist oder wegen einer Zwischenablesung der Verbrauchszeitraum, der nach § 12 Abs. 3.1 EntsorgS der Verbrauchsmenge zugrunde liegt, von einem Jahr abweicht. Wird bei einem Grundstück der für den Ablesebezirk der Wasserwerke übliche Verbrauchszeitraum durch Zwischenablesung in mehrere Verbrauchszeiträume von jeweils weniger als einem Jahr unterteilt, so sind diese so zusammenzufassen, dass sie den üblichen Verbrauchszeitraum ergeben.

(3.9) Dienen Grundstücksentwässerungsanlagen der Entsorgung mehrerer Grundstücke, so sind für die Berechnung des zehnten Teils die entsprechend § 12 Abs. 3.1 bis 3.8 EntsorgS ermittelten Wassermengen dieser Grundstücke zugrunde zulegen.

§ 13

Gebühren- und Abgabepflicht

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit dem Einleiten des abgesaugten Anlageninhaltes in die städtischen oder die von der Stadt zur Verfügung gestellten Entwässerungseinrichtungen in den hierfür vorgehaltenen Abschlagstellen.
- (2) Gebührenpflichtig ist, wer am Tage des Einleitens gemäß § 13 Abs. 1 EntsorgS Eigentümer des Grundstücks ist, auf dem sich die entsorgte Grundstücksentwässerungsanlage befindet. Befindet sich die Grundstücksentwässerungsanlage auf mehreren Grundstücken, deren Eigentumsverhältnisse unterschiedlich sind, so sind die Eigentümer dieser Grundstücke Gesamtschuldner.
- (3) Ist das Grundstück, auf dem sich die entsorgte Grundstücksentwässerungsanlage befindet, mit einem Erbbaurecht belastet, so ist der Erbbauberechtigte anstelle des Eigentümers gebührenpflichtig.
- (4) Gebührenpflichtig ist auch der Nießbraucher oder sonstige, zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte.
- (5) Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner. Die Gebührenpflichtigen haben alle für die Errechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen und zu dulden, dass Beauftragte der Stadt das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

§ 14

Fälligkeit

- (1) Die Gebühren werden durch Gebührenbescheid festgesetzt.
- (2) Die Gebühren werden, sofern im Gebührenbescheid kein anderer Termin festgesetzt ist, einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 14a

Sonstige Benutzungen

- (1) Für die Benutzung der in § 1 EntsorgS beschriebenen städtischen Einrichtung durch das Einleiten von häuslichem oder diesem entsprechenden Abwasser, das keine Entsorgung im Sinne des § 1 Abs. 4 EntsorgS darstellt oder durch das Einleiten von Klärschlamm aus Kläranlagen, die nicht Kleinkläranlagen sind, erhebt die Gemeinde zur Deckung der Kosten im Sinne des § 6 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz NW ebenfalls Benutzungsgebühren. Das Einleiten von Stoffen im Sinne des § 4 der Entwässerungssatzung der Stadt Solingen ist ausgeschlossen. Das Einleiten darf nur durch die in § 1 Abs. 5 EntsorgS genannten Unternehmer erfolgen.
- (2) Die Gebühr wird nach der Menge des eingeleiteten Abwassers oder Klärschlamm berechnet. § 12 Abs. 2 Satz 2 EntsorgS gilt entsprechend.
- (3) Für die Gebührenerhebung gelten die §§ 13 und 14 EntsorgS entsprechend. Dabei treten an die Stelle
 - des abgesaugten Anlageninhalts, das eingeleitete Abwasser oder der eingeleitete Klärschlamm und
 - des Grundstücks, auf dem sich die entsorgte Grundstücksentwässerungsanlage befindet, das Grundstück, auf dem das Abwasser oder der Klärschlamm angefallen ist.
- (4) Der Gebührensatz beträgt je m³ eingeleiteten Abwassers oder Klärschlamm,
 - a) wenn diese Mengen bei der Berechnung der Abwassergebühr nach der Entwässerungssatzung für das gleiche Grundstück berücksichtigt werden, 45,45 EUR,
 - b) in den übrigen Fällen 11,36 EUR.

§ 15

Ordnungswidrigkeiten

- Ordnungswidrig handelt, unbeschadet § 41 WHG und § 44 LAbfG, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
- a) § 3 oder § 14a Abs. 1 EntsorgS Stoffe einleitet,
 - b) § 5 EntsorgS sich nicht an die Entsorgung anschließt, sie nicht benutzt bzw. einen nicht beauftragten Unternehmer bestellt,
 - c) § 6 EntsorgS seinen Anzeigepflichten nicht nachkommt,
 - d) § 7 Abs. 2 EntsorgS die Entsorgung nicht rechtzeitig beantragt,
 - e) § 7 Abs. 4 EntsorgS die Entwässerungsanlage nicht wieder in Betrieb nimmt,
 - f) § 9 EntsorgS Auskünfte verweigert oder den Zutritt nicht gewährt,
 - g) § 12 Abs. 3 EntsorgS Entnahmemengen aus Regenwassernutzungsanlagen und/oder Brunnenanlagen nicht nachhält und der Unteren Wasserbehörde nicht mitteilt.

§ 16

Bußgeld

- (1) Vorsätzliche und fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen dieser Satzung können mit Bußgeld geahndet werden. Die Geldbuße beträgt bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen höchstens 1.000,- Euro, bei fahrlässigen Zuwiderhandlungen höchstens 500,- Euro.
- (2) Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 19. Februar 1987 (BGBl I S. 602) in seiner jeweils gültigen Fassung. Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne von § 36 Abs. 1 Nr. 1 OWiG ist der Oberbürgermeister.

§ 17

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 1. Januar 2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Solingen (Entsorgungssatzung - EntsorgS) vom 13.12.2013 außer Kraft

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Neufassung Satzung über die Erhebung von Gebühren zur Abfallwirtschaftssatzung der Klingenstein Solingen wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird gemäß § 7 Absatz 6 Gemeindeordnung NRW auf Folgendes hingewiesen:

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Solingen, den 12.12.2024

Kurzbach
Oberbürgermeister

BEKANTMACHUNG

Satzung der Stadt Solingen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage — Entwässerungssatzung — EntwS vom 12.12.2024

Aufgrund von §§ 7 und 41 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW, S. 666 ff.) und der §§ 1,2,4,6,10 des Kommunalabgabengesetzes NRW vom 21.10.1969 (GV.NRW 1969, S.712), in ihren jeweils zurzeit geltenden Fassungen, hat der Rat der Stadt Solingen in seiner Sitzung am 05.12.2024 folgende Satzung beschlossen:

Abschnitt I

§ 1

Allgemeines

- (1) Die Stadt betreibt in ihrem Gebiet die unschädliche Beseitigung der Abwässer als öffentliche Aufgabe.
- (2) Zur Erfüllung dieser Aufgabe sind und werden Abwasseranlagen hergestellt, die ein einheitliches System bilden und von der Stadt als öffentliche Einrichtung im Misch- und Trennverfahren betrieben und unterhalten werden. Hierzu gehören auch offene Gräben, verrohrte Gräben, sonstige Leitungen und Gewässer sowie Straßenrinnen, soweit sie von der Stadt entsprechend ihrer Zweckbestimmung und im Einklang mit den wasserrechtlichen Vorschriften technisch in die öffentlichen Abwasseranlage integriert sind.
- (3) Art und Umfang der Abwasseranlagen sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung und Erneuerung bestimmt die Stadt nach Maßgabe der §§ 54 — 56 WHG und 46 LWG.
- (4) Zu den Abwasseranlagen im Sinne des § 1 Abs. 2 EntwS gehören auch Anlagen, die von Dritten (z. B. wasserwirtschaftlichen Verbänden, Nachbarstädten) hergestellt oder unterhalten werden, wenn sie der Stadt aufgrund Vereinbarung, Beteiligung, Beitragsleistung oder kraft öffentlichen Rechts zur Grundstücksentwässerung zur Verfügung stehen und von ihr zur Grundstücksentwässerung genutzt werden.

§ 1 a

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Satzung bedeuten:

1. Abwasser:
Abwasser ist Schmutzwasser und Niederschlagswasser im Sinne des § 54 Abs. 1 WHG.
2. Schmutzwasser:
Schmutzwasser ist das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte Wasser und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser. Als Schmutzwasser gelten auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten.

3. Niederschlagswasser:
Niederschlagswasser ist das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende und gesammelte Wasser.
4. Öffentliche Abwasseranlage:
Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören alle von der Stadt selbst oder in ihrem Auftrag betriebenen Anlagen, die dem Sammeln, Fortleiten, Behandeln und Einleiten von Abwasser sowie der Verwertung oder Beseitigung der bei der gemeindlichen Abwasserbeseitigung anfallenden Rückstände dienen.
5. Mischsystem:
Im Mischsystem werden Schmutz- und Niederschlagswasser in einer gemeinsamen Leitung gesammelt und fortgeleitet.
6. Trennsystem:
Im Trennsystem werden Schmutz- und Niederschlagswasser in jeweils getrennten Leitungen gesammelt und fortgeleitet.
7. Druckentwässerungsnetz:
Druckentwässerungsnetze sind zusammenhängende Leitungsnetze, in denen der Transport von Abwasser einer Mehrzahl von Grundstücken durch von Pumpen erzeugten Druck erfolgt.
Druckpumpen und Pumpenschächte sind Bestandteil der Hausanschlussleitung, die nicht zur öffentlichen Abwasseranlage gehört.
8. Schmutzwasserkanalisation:
Schmutzwasserkanalisation ist der Teil des Kanalnetzes, in den ausschließlich das auf den Grundstücken anfallende Schmutzwasser eingeleitet werden darf, während das auf den Grundstücken anfallende Niederschlagswasser schadlos entsorgt werden muss.
9. Regenwasserkanalisation:
Regenwasserkanalisation ist der Teil des Kanalnetzes, in den ausschließlich das auf den Grundstücken anfallende Niederschlagswasser in die Leitung eingeleitet werden darf.
10. Anschlussleitungen:
Anschlussleitungen sind Grundstücks- und Hausanschlussleitungen.
11. Grundstücksanschlussleitungen:
Grundstücksanschlussleitungen sind die Anschlussleitungen einschließlich der Anschlussstutzen (Sattelstück) von der öffentlichen Abwasseranlage bis zur Grenze des bzw. bis zum Prüfschacht auf dem jeweils anzuschließenden Grundstück.
12. Hausanschlussleitungen:
Hausanschlussleitungen sind die Leitungen von der privaten Grundstücksgrenze bzw. dem Prüfschacht auf dem jeweils anzuschließenden Grundstück bis zu dem anzuschließenden Gebäude.
Zu den Hausanschlussleitungen gehören auch Leitungen unter der Bodenplatte des Gebäudes auf dem Grundstück, in dem Abwasser anfällt sowie Schächte und Inspektionsöffnungen.
Bei Druckentwässerungsnetzen ist die Druckstation (inklusive Druckpumpe) auf dem privaten Grundstück Bestandteil der Hausanschlussleitung.

§ 2

Anschlussrecht

Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstücks ist vorbehaltlich der Einschränkung in § 3 EntwS berechtigt, von der Stadt zu verlangen, dass sein Grundstück an die bestehende Abwasseranlage angeschlossen wird (Anschlussrecht).

§ 2 a

Anschlussrecht für Niederschlagswasser

- (1) Das Anschlussrecht erstreckt sich grundsätzlich auch auf das Niederschlagswasser.
- (2) Dieses gilt jedoch nicht für Niederschlagswasser von Grundstücken, bei denen die Pflicht zur Beseitigung des Niederschlagswassers gemäß § 49 Abs. 4 Satz 1 LWG dem Eigentümer des Grundstücks obliegt.
- (3) Ausgeschlossen ist der Anschluss des Niederschlagswassers von Grundstücken, die nur durch einen Schmutzwasserkanal erschlossen sind und eine Anschlussanordnung nach § 3 Abs. 3 Satz 2 nicht erfolgt.
- (4) Darüber hinaus ist der Anschluss des Niederschlagswassers nicht ausgeschlossen, wenn die Gemeinde von der Möglichkeit gemäß § 49 Abs. 4 S. 3 LWG NRW Gebrauch macht.

§ 3

Begrenzung des Anschlussrechts

- (1) Das in den §§ 2 und 2 a EntwS geregelte Anschlussrecht erstreckt sich auf solche Grundstücke, die durch eine Straße (Weg/Platz), in der eine betriebsfertige Abwasserleitung vorhanden ist, erschlossen sind. Ein Anschlussrecht besteht auch für solche Grundstücke, die mittelbar zu der Straße (Weg/ Platz) einen Zugang haben und für die das erforderliche Durchleitungsrecht zu dieser Straße (Weg/Platz) auf Dauer gesichert ist. Desweiteren besteht ein Anschlussrecht, wenn die öffentliche Abwasseranlage unmittelbar über das Grundstück verläuft oder die erforderlichen Durchleitungsrechte zu einer öffentlichen Abwasseranlage vorhanden und auf Dauer gesichert sind. Bei anderen Grundstücken kann die Stadt den Anschluss zulassen. Die Herstellung neuer oder die Erweiterung oder Änderung bestehender Leitungen kann nicht verlangt werden.
- (2) Wenn der Anschluss eines nach § 3 Abs. 1 EntwS mit einer betriebsfertigen Abwasserleitung erschlossenen Grundstücks wegen der besonderen Lage oder aus sonstigen technischen oder betrieblichen Gründen erhebliche Schwierigkeiten bereitet oder besondere Maßnahmen oder besondere Aufwendungen erfordert, kann die Stadt den Anschluss versagen. Dies gilt jedoch nicht, wenn der Antragsteller sich bereit erklärt, zusätzlich die entstehenden Mehraufwendungen und -kosten für den Bau und Betrieb zu tragen und wenn er auf Verlangen hierfür angemessene Sicherheit leistet. § 46 LWG bleibt unberührt.
- (3) In den nach dem Trennverfahren entwässerten Gebieten dürfen das Schmutz- und das Niederschlagswasser nur den jeweils dafür bestimmten Leitungen zugeführt werden. In Ausnahmefällen kann auf besondere Anordnung der Stadt zur besseren Spülung der Schmutz-

wasserleitung das Niederschlagswasser einzelner, günstig gelegener Grundstücke an die Schmutzwasserleitung angeschlossen werden.

- (4) Gegen den Rückstau des Abwassers aus der öffentlichen Abwasseranlage in die angeschlossenen Grundstücke, hat sich jeder Anschlussnehmer nach den technischen Bestimmungen für den Bau von Grundstücksentwässerungsanlagen DIN 1986 (vgl. RdErl. vom 4. Oktober 1979 - SMBl. NW 232 381) selbst zu schützen. Für Schäden, die durch Rückstau aus dem Abwassernetz entstehen, haftet die Stadt nicht.

§ 3 a

Benutzungsrecht

Nach der betriebsfertigen Herstellung der Anschlussleitung hat der Anschlussberechtigte vorbehaltlich der Einschränkung in § 4 EntwS und unter Beachtung der §§ 56, 57, 58 LWG das Recht, die auf seinem Grundstück anfallenden Abwässer in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungsrecht).

§ 4

Begrenzung des Benutzungsrechts

- (1) Abwässer, durch die die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet, das Personal der Abwasserbeseitigung gesundheitlich gefährdet oder geschädigt, die öffentliche Abwasseranlage einschließlich der Kläranlage nachteilig beeinflusst, die Schlammbehandlung, -beseitigung und -verwertung beeinträchtigt oder Vorfluter schädlich verunreinigt werden können, dürfen nicht in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet werden. 1st im Hinblick auf mögliche Störfälle der Anfall problematischer Abwässer, wie z.B. kontaminierter Löschwässer, nicht auszuschließen, so kann die Stadt vorsorglich verlangen, dass solche Abwässer aufgefangen, gespeichert oder/ und Absperrvorrichtungen oder/und Absperrgeräte bereitgehalten werden, um einen Abfluss in die Kanalisation zu verhindern. Bei Eintreten eines solchen Falles ist gegenüber der Stadt der Nachweis zu erbringen, dass diese gesammelten Abwässer unbedenklich sind und in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet werden können oder auf welche andere Weise sie ordnungsgemäß vom Entsorgungspflichtigen entsorgt werden können. Wenn die Beschaffenheit oder Menge der Abwässer dies insbesondere im Hinblick auf den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlage erfordert, kann die Stadt auch eine Speicherung verlangen. Abwässer im Sinne von § 58 WHG müssen vor ihrer Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage so vorbehandelt werden, wie dies bei Einhaltung der jeweils in Betracht kommenden Verfahren nach dem Stand der Technik möglich ist. Der Stand der Technik wird insbesondere bestimmt durch die auf Grund des § 57 WHG erlassene Abwasserverordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer in der jeweils gültigen Fassung nebst Anlage (Mess- und Analysenverfahren) und den dazu erlassenen bzw. jeweils gültigen Anhängen.

- (2) In die öffentliche Abwasseranlage dürfen insbesondere nicht eingeleitet werden:
- a) Stoffe, die die Leitung verstopfen oder verkleben bzw. Ablagerungen hervorrufen können, wie Schutt, Asche, Dung, Müll, Kehricht, Sand, Glas, Kunststoffe, Klebstoffe, Kunstharze, Latices, Farb- abfälle, Schlacht- und Küchenabfälle, Abfälle aus obst- und gemüseverarbeitenden Betrieben, auch wenn diese Stoffe zerkleinert worden sind, Treber, Hefe und Schlämme aus Vorbehandlungsanlagen
 - b) feuergefährliche, explosive, radioaktive und andere Stoffe, die die öffentliche Abwasseranlage sowie das Personal der Abwasserbeseitigung gefährden können, wie Benzin, Benzol, Fette, Öle, Karbid, Phenol
 - c) Problemstoffe und Chemikalien enthaltendes Abwasser, wie solche mit Pflanzenschutz- und Holzschutzmitteln, Lösungsmitteln wie Farbdünner, mit Medikamenten und pharmazeutischen Produkten, Reinigungs- und Beizmitteln
 - d) schädliche oder giftige Abwässer, insbesondere solche, die Quecksilber, Cadmium oder sonstige Schwermetalle sowie Cyanid oder andere schädliche Stoffe in vermeidbarer Konzentration enthalten oder solche, die
 - schädliche Ausdünstungen oder üble Gerüche verbreiten,
 - die Baustoffe der öffentlichen Abwasseranlage angreifen,
 - den Betrieb der öffentlichen Abwasser- oder Kläranlage, insbesondere den biologischen Teil und die Schlammbehandlung, stören oder erschweren können,
 - Schwefelwasserstoff, Schwefeldioxid u.ä. in schädlicher Konzentration enthalten; entsprechendes gilt bei Reaktionen von Säuren mit Sulfiden und Hypochloriten,
 - farbstoffhaltig sind und deren Entfärbung im Klärwerk nicht gewährleistet ist
 - e) Abwässer aus Ställen und Dunggruben, Silosickersaft, Molke
 - f) Grundwasser
Ausnahmen können nur temporär für eine Grundwasserabsenkung zur Durchführung von Baumaßnahmen oder die Sanierung des Grundwassers gewährt werden. Genehmigungsbehörde ist die Untere Wasserbehörde. Die Ausnahme-genehmigung enthält auch Regelungen über eine angemessene Erstattung der Kosten für die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage. An eine gestattete Einleitung im Sinne des Buchstaben f werden mindestens die Anforderungen nach §4 Abs. 3 EntwS gestellt. Können die Werte nicht eingehalten werden, so ist das Wasser vor Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage mindestens entsprechend den Vorgaben der Grenzwerte der Anlage 1 bzw. der Grenzwerte der Anlage 2, nachzubehandeln.
 - g) Wasser aus Drainleitungen
Ausnahmen bedürfen des Abschlusses eines Gestattungsvertrages mit der Stadt Solingen, Technische Betriebe Solingen. Der Gestattungsvertrag enthält auch Regelungen über eine angemessene Erstattung der Kosten für die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage. An eine gestattete Einleitung im Sinne des Buchstaben g werden mindestens die Anforderungen nach § 4 Abs. 3 EntwS gestellt. Können die Werte nicht eingehalten werden, so ist das Wasser vor Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage mindestens entsprechend den Vorgaben der Grenzwerte der Anlage 1 bzw. der Grenzwerte der Anlage 2, nachzubehandeln.
- (3) Abwasser, das nicht im Sinne der §§ 57 und 58 WHG nach dem Stand der Technik vorbehandelt werden muss, hat so beschaffen zu sein, dass Hemmungen des Belebtschlammes und nachhaltige Störungen im Klärverhalten des Klärwerkes ausgeschlossen sind. Es sind die in Anlage 1 genannten Grenzwerte einzuhalten. Die Grenzwerte gelten für den Ort des Anfalls des Abwassers vor Vermischen mit den anderen Teilströmen. Die Probe ist an der Abwasserbehandlungsanlage oder am Übergabeschacht zur öffentlichen Abwasseranlage vor Vermischung mit anderen Teilströmen zu ziehen. Abwasser, das im Sinne der §§ 57 und 58 WHG in Verbindung mit der Abwasserverordnung (AbwV) einschließlich der dazu erlassenen bzw. noch gültigen Anhänge und in Verbindung mit § 58 LWG entsprechende Stoffe oder Stoffgruppen enthält und für das derzeit noch keine Anhänge mit Grenzwerten erlassen wurden, gelten die in Anlage 2 entsprechend dem Stand der Technik genannten Grenzwerte. Grundlage für die Probenauswertung sind die in der jeweils geltenden Fassung in der Anlage der Abwasserverordnung (AbwV) benannten Mess- und Analyseverfahren. Die Anlagen 1 und 2 sind Bestandteil dieser Satzung.
- (4) Es ist unzulässig, Abwässer zu verdünnen oder zu vermischen, um die Grenzwerte nach § 4 Abs. 3 EntwS einzuhalten.
 - (5) Wenn gefährliche oder schädliche Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage gelangen (z.B. Auslaufen von Behältern, Betriebsstörungen), so ist die Stadt unverzüglich zu benachrichtigen.
 - (6) Betriebe, bei denen die Ableitung schädlicher Abwässer zu vermuten ist, haben regelmäßig, nach näherer Aufforderung durch die Stadt, über die Art und die Beschaffenheit ihrer Abwässer sowie über deren Menge Auskunft zu geben und die dazu erforderlichen technischen Einrichtungen, insbesondere Messeinrichtungen, vorzuhalten. Im Einzelfall können Abwasseranalysen eines anerkannten Institutes vom Einleiter verlangt werden.
 - (7) Benutzungspflichtige haben auf angeschlossenen Grundstücken, auf denen Abwasser mit Leichtflüssigkeiten wie zum Beispiel Benzin, Benzol, Diesel-, Heiz-, Motor- oder Schmieröl oder fetthaltiges Abwasser anfällt, Vorrichtungen zur Abscheidung dieser Stoffe nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik

bzw. der DIN EN 858 Teil 1-2 und der DIN 1999 Teil 100, der DIN EN 1825 Teil 1-2 und der DIN 4040-100 einzubauen und zu betreiben. Dies gilt nicht für fetthaltiges häusliches Abwasser, es sei denn, das die Stadt eine Vorbehandlung im Einzelfall verlangt. Die Stadt kann im Einzelfall über die allgemein anerkannten Regeln der Technik hinausgehende Anforderungen an den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung stellen, sofern dies zum Schutz der öffentlichen Abwasseranlage erforderlich ist. Das Abscheidegut ist in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften zu entsorgen.

- (8) Wenn die Art des Abwassers sich ändert oder seine Menge sich wesentlich erhöht, hat jeder Anschlussnehmer dieses unaufgefordert und unverzüglich der Stadt mitzuteilen und die erforderlichen Angaben zu machen. Auf Verlangen hat er die Unschädlichkeit des Abwassers nachzuweisen.
- (9) Reichen die vorhandenen Abwasseranlagen für die Aufnahme oder Reinigung des veränderten Abwassers oder der erhöhten Abwassermenge (§ 4 Abs. 8 EntwS) nicht aus, so behält sich die Stadt vor, die Aufnahme dieser Abwässer zu versagen; dies gilt jedoch nicht, wenn der Anschlussnehmer sich bereit erklärt, zusätzlich den Aufwand für die Erweiterung der Abwasseranlagen und die erhöhten Betriebs- und Unterhaltungskosten zu tragen. § 46 LWG bleibt unberührt.
- (10) Wer durch Nichtbeachtung der Einleitungsbedingungen dieser Vorschrift den Verlust der Halbierung der Abwasserabgabe (§ 9 Abs. 5 AbwAG) verursacht, hat der Stadt den erhöhten Betrag der Abwasserabgabe zu erstatten. Haben mehrere den Wegfall der Abgabehalbierung verursacht, so haften sie als Gesamtschuldner.
- (11) Über die Zulässigkeit der Einleitung von in § 4 Abs. 2 EntwS nicht aufgeführten schädlichen Stoffen entscheidet die Stadt im Einzelfall.

§ 5

Anschlusszwang

- (1) Jeder Anschlussberechtigte (nach §§ 2 und 3 EntwS) ist verpflichtet, sein Grundstück, sobald es bebaut ist (darunter fallen auch befestigte Flächen gemäß § 2 BauO NW) oder mit der Bebauung begonnen wurde, in Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NW an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen (Anschlusszwang). Dies gilt nicht für Niederschlagswässer, wenn § 49 Abs. 4 Satz 1 LWG NW Anwendung findet. Alle für den Anschlusszwang in Frage kommenden Anschlussberechtigten haben ihre Grundstücke mit den zur ordnungsgemäßen Entwässerung erforderlichen Einrichtungen zu versehen.
- (2) Die Stadt kann auch den Anschluss von unbebauten Grundstücken verlangen, wenn dieses aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlich ist.
- (3) Werden an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, die noch nicht mit einer öffentlichen Abwasseranlage ausgestattet sind, aber später damit versehen werden sollen, Neubauten errichtet, sind, wenn die Stadt es verlangt, alle Einrichtungen für den späteren Anschluss vorzubereiten; das gleiche gilt, wenn in bereits

bestehenden Bauten vorhandene Abwassereinrichtungen wesentlich geändert oder neu angelegt werden sollen.

- (4) Wird die öffentliche Abwasseranlage erst nach Errichtung eines Bauwerkes hergestellt, ist die Anschlussnahme an die öffentliche Abwasseranlage binnen 6 Monaten, nachdem durch öffentliche Bekanntmachung oder Mitteilung an den Anschlussberechtigten angezeigt ist, dass die Straße oder der Ortsteil mit einer betriebsfertigen öffentlichen Abwasseranlage ausgestattet ist, durchzuführen.
- (5) Besteht für die Ableitung der Abwässer kein natürliches Gefälle zur öffentlichen Abwasseranlage, kann die Stadt von dem Anschlussnehmer den Einbau und Betrieb einer Pumpe zur ordnungsgemäßen Entwässerung des Grundstücks verlangen.
- (6) Den Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes hat der Anschlussnehmer vorher der Stadt so rechtzeitig mitzuteilen, dass die Anschlussleitung verschlossen oder beseitigt werden kann. Unterlässt er schuldhaft die rechtzeitige Mitteilung, haftet er für den dadurch entstehenden Schaden.

§ 6

Benutzungszwang

- (1) Der Anschlussnehmer ist verpflichtet, sämtliche auf dem Grundstück anfallenden Abwässer in die öffentliche Abwasseranlage nach den Bestimmungen dieser Satzung einzuleiten. Ausgenommen sind Niederschlagswässer gem. § 2 a Abs. 3 EntwS und Schmutzwässer, soweit ihre Einleitung gem. § 4 EntwS ausgeschlossen ist.
- (2) Auf Grundstücken, die dem Anschlusszwang unterliegen, dürfen andere als von der Stadt erlaubte Abwasseranlagen (z.B. Abortgruben usw.) nicht mehr angelegt oder benutzt werden, es sei denn, dass Befreiung gemäß § 7 EntwS erteilt wurde.
- (3) Die sich aus dem Benutzungszwang ergebenden Verpflichtungen sind von allen Benutzern der Grundstücke zu beachten.

§ 7

Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang für Schmutzwasser

- (1) Der Anschlussverpflichtete kann vom Anschluss- und Benutzungszwang widerruflich auf unbestimmte oder auf eine bestimmte Zeit befreit werden, wenn den Anforderungen der öffentlichen Gesundheitspflege anderweitig genügt wird und nach Abwägung der öffentlichen und privaten Interessen ein begründetes Interesse an einer privaten Beseitigung oder Verwertung des Abwassers besteht.
- (2) Eine Befreiung vom Anschlusszwang kann der Anschlusspflichtige nach Aufforderung der Stadt zur Herstellung des Anschlusses schriftlich bei der Stadt beantragen. Dem Antrag sind Pläne beizufügen, aus denen ersichtlich ist, wie die Abwässer beseitigt oder verwertet werden sollen. Eine Befreiung vom Benutzungszwang kann unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Stadt beantragt werden.

§ 8

Genehmigung von Abwasserbehandlungsanlagen

- (1) Abwasserbehandlungsanlagen sind genehmigungsbedürftig. Für den Bau und Betrieb von Abwasserbehandlungsanlagen sind die §§ 56 ff. LWG maßgebend.
- (2) Abwasserbehandlungsanlagen müssen angelegt werden, wenn
 - a) eine Befreiung vom Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage erteilt ist (§ 7 EntwS), sofern keine vollständige Verwertung der Abwässer erfolgt,
 - b) die Stadt eine Vorbehandlung des Abwassers verlangt (§ 4 Abs. 1 EntwS). § 46 LWG bleibt unberührt.
- (3) Den Aufwand und die Kosten für Herstellung und Betrieb der Anlage trägt der Grundstückseigentümer.
- (4) Bei Abwasserbehandlungsanlagen, deren Ablauf in die öffentliche Abwasseranlage oder ein Gewässer erfolgt, behält sich die Stadt vor, den Betrieb der Abwasserbehandlungsanlage auf Kosten des Grundstückseigentümers zu übernehmen und selbst durchzuführen oder durch einen Dritten durchführen zu lassen. Dies gilt auch für Abscheideranlagen nach § 4 Abs. 7 EntwS.
- (5) Bei einem nachträglichen Anschluss des Grundstücks an die öffentliche Abwasseranlage (§ 5 Abs. 4 EntwS) hat der Anschlussnehmer nachzuweisen, dass alle bestehenden oberirdischen und unterirdischen Abwassereinrichtungen, insbesondere Gruben, Schlammfänge, Sickeranlagen, Verrieselungsanlagen, alte Kanäle, soweit sie nicht Bestandteil der neuen Anlage geworden sind, außer Betrieb gesetzt wurden. Diese Einrichtungen sind bis zu dem genannten Zeitpunkt zu entleeren, zu reinigen und auf die Dauer ordnungsgemäß zu sichern. Eine weitere Nutzung von Teilen der Abwasseranlage, z.B. für die Niederschlagswasserbeseitigung, ist unter Berücksichtigung der Vorgaben der Unteren Wasserbehörde möglich.

§ 9

Art der Anschlüsse

- (1) Jedes Grundstück soll einen unterirdischen und in der Regel unmittelbaren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage haben, im Gebiet des Trennsystems je einem Anschluss an die Schmutz- und an die Niederschlagswasserleitung. Auf Antrag kann ein Grundstück zwei oder mehrere Anschlüsse erhalten. Die Entscheidung über Art und Zahl der Anschlüsse trifft die Stadt.
- (2) Die Stadt kann gestatten, dass unter besonderen Verhältnissen zwei oder mehrere Grundstücke durch eine gemeinsame Anschlussleitung entwässert werden. Bei Zulassung eines gemeinsamen Anschlusses müssen die Unterhaltungs- und Benutzungsrechte und -pflichten schriftlich festgelegt und durch eine im Grundbuch eingetragene entsprechende Grunddienstbarkeit (§1018 BGB) abgesichert werden.
- (3) Der Nachweis der rechtlichen Sicherung durch eine im Grundbuch eingetragene Grunddienstbarkeit nach § 1018 BGB ist ebenfalls für Grundstücke erforderlich, die zum Anschluss ein oder mehrere umgebende Grundstücke in Anspruch nehmen, die im Eigentum Dritter stehen. Bei Inanspruchnahme mehrerer

Grundstücke Dritter muss der Nachweis der rechtlichen Sicherung gem. § 1018 BGB für den gesamten Leitungsverlauf vollständig und lückenlos erfolgen.

§ 9 a

Sicherung gegen Rückstau

- (1) Die Rückstauenebene der öffentlichen Abwasseranlage gemäß DIN 1986-100 ist die Straßenkrone über dem Anschlusspunkt an der öffentlichen Abwasseranlage. Liegt die öffentliche Abwasseranlage nicht in der Straße, gilt die über dem Anschlusspunkt gegebene Höhe der Verbindungslinie zu den zwei nächsten Kanalschachtdeckungen als Rückstauenebene. Je nach Lage des Anschlusspunktes behält sich die Stadt vor, die Rückstauenebene gesondert festzulegen.
- (2) Kanaleinläufe, Ausgüsse, Schächte usw., die tiefer als die Straßenoberkante an der Anschlussstelle der Grundstücksentwässerung liegen, müssen durch einen doppelt wirkenden, d.h. mit Handabsperrschieber und Rückschlagklappe ausgerüsteten Rückstauverschluss in den zugehörigen Grundkanal gegen Rückstau gesichert werden. Der Schieber ist nur bei Bedarf zu öffnen, sonst aber geschlossen zu halten. Nicht gesicherte Abläufe der genannten Art sind nicht statthaft.

§ 10

Ausführung und Unterhaltung des Anschlusses

- (1) Lage, Führung, Gefälle und lichte Weite der Anschlussleitungen sowie die Lage des Prüfschachtes bestimmt die Stadt; begründete Wünsche des Anschlussnehmers sollen dabei nach Möglichkeit berücksichtigt werden.
- (2) Die Herstellung, Erneuerung und Veränderung, die Unterhaltung (z. B. Reinigung, Ausbesserung) sowie die Beseitigung von Grundstücksanschlussleitungen in der Straße führt die Stadt selbst oder durch einen von ihr beauftragten Unternehmer auf Kosten des Anschlussnehmers aus. Bei der Unterhaltung erfolgt die Inaugenscheinnahme der Grundstücksanschlussleitung in der öffentlichen Straßenfläche mittels Kamerasystem (TV-Inspektion) auf Kosten der Stadt; dies gilt nicht, wenn im Einzelfall ein konkretes Schadensereignis oder konkrete Anhaltspunkte für ein Schadensereignis vorliegen, die eine TV-Inspektion erforderlich machen. Die Beauftragten der Stadt sind berechtigt, zur Durchführung der Arbeiten nach Satz 1 die Grundstücke zu betreten und die Prüfschächte bzw. Reinigungsöffnungen zu benutzen. Schäden, die an der Anschlussleitung durch Baumwurzeln verursacht werden, gehen zu Lasten des Eigentümers des Grundstücks, auf dem der Baum steht.
- (3) Die Herstellung, Erneuerung und Veränderung sowie die Unterhaltung (z.B. Reinigung, Ausbesserung) der Abwasseranlagen in den Gebäuden sowie auf dem anzuschließenden Grundstück einschließlich des Prüfschachtes obliegen dem Anschlussnehmer. Die einschlägigen DIN-Vorschriften sind dabei zu beachten. Im Wurzelbereich von Bäumen ist die Kanalschlussleitung gegen das Eindringen von Wurzeln zu sichern.

- (4) Alle Abwasserbehandlungsanlagen, die der Genehmigung bedürfen (§ 8 EntwS), unterliegen einer Abnahme durch die Stadt. Genehmigung und Abnahme richten sich nach dem LWG. Die Vorschriften der BauO NRW bleiben unberührt.
- (5) Der Anschlussnehmer hat für den ordnungsgemäßen Zustand und eine vorschriftsmäßige Benutzung der Abwasseranlagen eines Grundstücks entsprechend den Bestimmungen dieser Satzung zu sorgen. Er haftet für alle Schäden und Nachteile, die infolge mangelhaften Zustandes oder satzungswidriger Benutzung seiner Abwasseranlagen entstehen. Er hat die Stadt von Ersatzansprüchen freizustellen, die Dritte bei der Stadt aufgrund von Mängeln geltend machen.
- (6) Die Stadt kann jederzeit fordern, dass auf den Grundstücken befindliche Abwasseranlagen in den Zustand gebracht werden, der den Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entspricht.

§ 10 a

Besondere Bestimmungen für Druckentwässerungsnetze

- (1) Führt die Stadt aus technischen und/oder wirtschaftlichen Gründen die Entwässerung mittels eines Druckentwässerungsnetzes durch, hat der Grundstückseigentümer auf seine Kosten auf seinem Grundstück einen Pumpenschacht mit einer für die Entwässerung ausreichend bemessenen Druckleitung bis zur Grundstücksgrenze herzustellen, zu unterhalten, instand zu halten und ggf. zu ändern und zu erneuern. Die Entscheidung über Art, Ausführung, Bemessung und Lage des Pumpenschachtes, der Druckpumpe und der dazugehörigen Druckleitung trifft die Stadt. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, für eine ordnungsgemäße Wartung der Anlagen zu sorgen.
- (2) Der Pumpenschacht muss jederzeit frei zugänglich und zu öffnen sein. Eine Überbauung oder Bepflanzung des Pumpenschachtes ist unzulässig.

§ 10 b

Dichtheitsprüfung bei privaten Abwasseranlagen

- (1) Abwasserleitungen müssen geschlossen, dicht und, soweit erforderlich, zum Reinigen eingerichtet sein.
- (2) Für die Dichtheitsprüfung privater Abwasseranlagen und deren technische Durchführung gelten die Bestimmungen des § 46 Abs. 2 LWG und der SÜwVO Abwasser NRW 2013.

§ 11

Betriebsstörungen

Bei Betriebsstörungen oder Außerbetriebsetzung der öffentlichen Abwasseranlage sowie bei Auftreten von Mängeln und Schäden, die durch Naturereignisse (z.B. Hochwasser, Wolkenbrüche, Schneeschmelze) oder durch Hemmungen im Wasserablauf hervorgerufen werden, hat der Anschlussnehmer keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Minderung der Gebühren. Die Stadt ist im Rahmen der ihr gegebenen Möglichkeiten verpflichtet, die Störungen zu beseitigen.

§ 12

Auskunfts- und Meldepflicht, Zutritt zu den Abwasseranlagen, Einleiterüberwachung

- (1) Der Anschlussnehmer ist verpflichtet, alle für die Prüfung der Anlagen erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (2) Den Beauftragten der Stadt ist zur Prüfung der Abwasseranlagen ungehinderter Zutritt zu allen Anlageteilen auf den Grundstücken zu gewähren. Zu diesem Zweck müssen die Reinigungsöffnungen, Prüfschächte und Rückstauverschlüsse usw. den Beauftragten jederzeit zugänglich sein.
- (3) Die Anordnungen der Beauftragten sind zu befolgen. Wird einer Anordnung nicht innerhalb einer angemessenen Frist entsprochen, ist die Stadt berechtigt, die notwendigen Zwangsmittel nach §§ 55 ff. des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV NRW S. 510) in seiner jeweiligen Fassung anzuwenden, insbesondere die erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des Anschlussnehmers durchzuführen oder von anderen durchführen zu lassen.
- (4) Die Beauftragten haben sich durch einen von der Stadt ausgestellten Dienstaussweis auszuweisen.
- (5) Abgesehen von der Einleitung häuslicher Abwässer kann die Stadt verlangen, dass auf Kosten des Eigentümers
 1. zur Messung und zur Registrierung der Abwassermenge und Abwasserbeschaffenheit Geräte und Instrumente in die Grundstücksentwässerungsleitung eingebaut oder an sonst geeigneter Stelle auf dem Grundstück angebracht, betrieben und im ordnungsgemäßen, betriebsfähigen Zustand erhalten werden,
 2. an der Grundstücksgrenze besondere Schächte zur Entnahme von Abwasserproben (Probeentnahmeschacht) und Einrichtungen zur Aufnahme von Meßstellen eingebaut werden.
 Die Belange des Grundstückseigentümers sollen dabei nach Möglichkeit berücksichtigt werden.
- (6) Die Stadt kann im Rahmen der Einleiterüberwachung eigenständig auf dem Grundstück Messungen durchführen, Proben entnehmen und diese Proben untersuchen lassen, und zwar
 1. aus den Grundstücksentwässerungsanlagen, insbesondere aus Prüfschächten vor dem Anschlusskanal und an den Abwasservorbehandlungsanlagen,
 2. aus den sonstigen Abwasseranlagen,
 3. an anderer geeigneter Stelle, wie z. B. im Bereich der öffentlichen Abwasseranlagen
- (7) Die der Stadt entstehenden Kosten der in § 12 Abs. 5 EntwS genannten Überprüfungen hat der Eigentümer zu tragen, wenn das Untersuchungsergebnis zu Beanstandungen des Abwassers führt.

§ 13

Berechtigte und Verpflichtete

Die sich aus dieser Satzung für die Grundstückseigentümer ergebenden Rechte und Pflichten gelten entsprechend für:

- a) Inhaber eines auf dem Grundstück befindlichen Betriebes,
- b) Erbbauberechtigte,
- c) sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte und
- d) sonstige zur Nutzung des Grundstücks Berechtigte, von denen die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage ausgeht.

Mehrere Verpflichtete haften der Stadt gegenüber als Gesamtschuldner.

§ 14

Begriff des Grundstücks

1. Grundstück im Sinne der Abschnitte 1, 11 und IV dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.
2. Grundstück im Sinne des Abschnittes 111 dieser Satzung ist ein solcher Teil der Erdoberfläche, der auf einem besonderen Grundbuchblatt oder auf einem gemeinschaftlichen Grundbuchblatt unter einer besonderen Nummer im Verzeichnis der Grundstücke gebucht ist, so dass ein Grundstück auch aus mehreren Flurstücken bestehen kann (Buchgrundstück). Die Zusammenfassung mehrerer Buchgrundstücke zu einer „wirtschaftlichen Einheit“ kommt nur dann in Betracht, wenn dies aus Gründen der Gebührengerechtigkeit geboten ist.
3. Befinden sich auf einem Grundstück im Sinne von Ziffer 1 mehrere bauliche Anlagen, so können für jede dieser Anlagen die für Grundstücke maßgeblichen Vorschriften dieser Satzung angewandt werden; die Entscheidung hierüber trifft die Stadt.

Abschnitt II

§ 15

Anschlussbeitrag

Zum Ersatz des durchschnittlichen Aufwands für die Herstellung und Erweiterung der öffentlichen Abwasseranlage, soweit er nicht nach § 8 Abs. 4 Satz 4 KAG von der Stadt zu tragen ist, und als Gegenleistung für die durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme gebotenen wirtschaftlichen Vorteile erhebt die Stadt einen Anschlussbeitrag.

Der Kanalanschlussbeitrag ruht nach § 8 Abs. 9 KAG NRW als öffentliche Last auf dem Grundstück.

§ 16

Gegenstand der Beitragspflicht

- (1) Der Beitragspflicht unterliegen Grundstücke, die an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen werden können, für die nach der EntwS ein Anschlussrecht gem. §§ 2, 2a und 3 EntwS besteht und für die
 - a) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgelegt ist, sobald sie bebaut oder gewerblich genutzt werden dürfen,

- b) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist, wenn sie nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und nach der geordneten baulichen Entwicklung der Gemeinde zur Bebauung anstehen.

- (2) Wird ein Grundstück an die öffentliche Abwasseranlage tatsächlich angeschlossen, so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen des § 16 Abs. 1 EntwS nicht vorliegen.

§ 17

Beitragsmaßstab und Beitragssatz

- (1) Maßstab für den Anschlussbeitrag ist die Grundstücksfläche. Dabei wird die Grundstücksfläche entsprechend der durch die Zahl der zulässigen Geschosse gekennzeichneten Ausnutzbarkeit mit einem Vornhundertersatz vervielfältigt, der im einzelnen beiträgt:
 - a) bei eingeschossiger Bebaubarkeit 125 v. H.
 - b) bei zweigeschossiger Bebaubarkeit 150 v. H.
 - c) bei dreigeschossiger Bebaubarkeit 175 v. H.
 - d) bei vier- und fünfgeschossiger Bebaubarkeit 205 v. H.
 - e) ab sechsgeschossiger Bebaubarkeit 230 v. H.
- (2) Als Zahl der zulässigen Geschosse gilt die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse im Sinne des § 18 Baunutzungsverordnung. Ist im Bebauungsplan nur eine Baumassenzahl festgesetzt, so ist bis zu jeweils 2,8 m³ zulässige Baumasse pro m² Grundstücksfläche ein Geschoss zugrunde zu legen.

Ist in einem Bebauungsplan weder die höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse noch eine Baumassenzahl festgesetzt, gilt § 17 Abs. 2.3 EntwS entsprechend.

- (2.1) Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan eine gewerbliche Nutzung ohne Bebauung festgesetzt ist, ist als zulässige Geschosszahl zwei anzusetzen. Das gleiche gilt für Grundstücke, die im Bebauungsplan als Gemeinbedarfsflächen ohne Festsetzung der Geschosszahl ausgewiesen sind; soweit allerdings eine Ausweisung nur Friedhöfe, Schwimmbäder, Sportplätze oder Kinderspielplätze sowie sonstige Anlagen, die nach ihrer Zweckbestimmung im wesentlichen in einer Ebene genutzt werden können, zulässt, ist die Geschosszahl eins als zulässige Geschosszahl anzusetzen. Die Sätze 1 und 2 sind auch bei Grundstücken mit vergleichbarer Nutzung in unbeplanten Gebieten anzuwenden.
- (2.2) Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan eine nichtgewerbliche Nutzung ohne Bebauung festgesetzt ist, wird der Verteilung des Aufwandes die mit 100 vom Hundert vervielfältigte Grundstücksfläche zugrunde gelegt. Für Garagengrundstücke gilt dieser Vervielfältiger nur, wenn in einem Bebauungsplan für Grundstücke ausschließlich die Bebauung mit Garagen bzw. Errichtung von Einstellplätzen festgesetzt ist (selbständige Garagen- bzw. Einstellplatzgrundstücke). Auf die sonstigen Garagen- bzw. Einstellplatzgrundstücke findet der Vervielfältiger Anwendung der für das

Grundstück gilt, mit dem die Garagen bzw. Einstellplatzgrundstücke eine wirtschaftliche Einheit bilden.

Werden bei einzelnen Grundstücken die gemäß § 17 Abs. 2 bis 2.2 EntwS in Verbindung mit § 17 Abs. 1 EntwS ermittelten Produkte durch Werte überschritten, die sich unter Zugrundelegung der in § 17 Abs. 1 festgelegten Vomhundertsätze infolge der tatsächlichen Bebauung im Wege von Ausnahmen und Befreiungen oder in sonstiger Weise ergeben, so sind bei der Verteilung des Aufwandes für diese Grundstücke die höheren Werte anzusetzen.

(2.3) Bei anderen, als den in § 17 Abs. 2.1 EntwS angesprochenen Grundstücken, die in unbeplanten Gebieten liegen, ist als zulässige Geschosszahl zugrunde zu legen:

(2.3.1) bei bebauten Grundstücken die Zahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse. Ist eine Geschosszahl wegen der Besonderheit der Bebauung nicht feststellbar, wird je angefangene 4 m Höhe des Bauwerks ein Geschoss berechnet.

(2.3.2) bei unbebauten Grundstücken die zulässige Anzahl der Vollgeschosse.

(3) Soweit auf einem Grundstück bauliche Anlagen zulässig oder vorhanden sind, die Zahl der Vollgeschosse jedoch unterschiedlich ist, gilt der nach oben aufgerundete Durchschnittswert als zu berücksichtigender Wert. § 17 Abs. 3 Satz 1 EntwS findet keine Anwendung auf Anbauten und selbständige kleinere bauliche Anlagen, wie z.B. Schuppen, Ställe u. ä., die im Verhältnis zum Hauptobjekt von untergeordneter Bedeutung sind.

(4) Die nach § 17 Abs. 1 bis 3 EntwS ermittelten Vomhundertsätze sind für Grundstücke in Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten um 50 Prozentpunkte zu erhöhen. In den übrigen Gebieten sind die ermittelten Vomhundertsätze gleichfalls um 50 Prozentpunkte für tatsächlich überwiegend gewerblich oder industriell genutzte Grundstücke zu erhöhen.

Für die Bestimmung des Charakters eines Gebietes sind in beplanten Gebieten die Festsetzungen des Bebauungsplanes, im übrigen die in dem § 2 ff. der Baunutzungsverordnung angegebenen Merkmale maßgebend.

(5) Grundstücke im Sinne dieser Satzung sind

(5.1) in beplanten Gebieten die hinter der Straßenbegrenzungslinie bzw. Fluchtlinie liegende Grundstücksfläche;

(5.2) in unbeplanten Gebieten, die hinter der Straßenbegrenzungslinie bzw. Fluchtlinie liegende tatsächliche Grundstücksfläche, höchstens jedoch

(5.2.1) bei Grundstücken, die an die Erschließungsanlage angrenzen, die Fläche zwischen der Erschließungsanlage und einer im Abstand von 50 m dazu verlaufenden Parallele.

(5.2.2) bei Grundstücken, die nicht an die Erschließungsanlage angrenzen oder lediglich durch einen zum Grundstück

gehörenden Weg mit dieser verbunden sind, die Fläche zwischen der der Erschließungsanlage zugewandten Grundstücksseite und einer im Abstand von 50 m dazu verlaufenden Parallele.

(5.2.3) bei bebauten Grundstücken im Außenbereich (§ 35 BauGB) die tatsächlich überbaute Fläche, geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2, höchstens jedoch die gesamte Grundstücksfläche.

(5.3) Bei Überschreitung der Parallelen gemäß § 17 Abs. 5.2.1 und 5.2.2 EntwS durch eine tatsächliche bauliche Nutzung sind weitere 10 m Grundstückstiefe, gerechnet ab dem von der Erschließungsanlage entferntesten Punkt der Bebauung, zu berücksichtigen.

(5.4) Die Begrenzung der Grundstückstiefe gilt nicht für überwiegend gewerblich oder industriell genutzte Grundstücke bzw. Grundstücke in Gewerbe- und Industriegebieten.

(6) Der Anschlussbeitrag bei einem Anschluss für Schmutz- und Niederschlagswasser beträgt je Quadratmeter Grundstücksfläche 6,14 EUR.

Bei einem Anschluss nur für Schmutzwasser werden 78 vom Hundert des Beitrages nach § 17 Abs. 6 Satz 1 EntwS erhoben.

Bei einem Anschluss nur für Niederschlagswasser werden 22 vom Hundert des Beitrages nach § 17 Abs. 6 Satz 1 EntwS erhoben.

(7) Solange bei einzelnen Grundstücken oder in einzelnen Ortsteilen vor Einleitung der Abwässer in die öffentliche Abwasseranlage eine Vorklärung oder sonstige Vorbehandlung der Abwässer auf dem Grundstück verlangt wird, beträgt der Anschlussbeitrag 68 vom Hundert des Beitrages nach § 17 Abs. 6 Sätze 1 und 2 EntwS.

Entfällt aufgrund einer Änderung der öffentlichen Abwasseranlage die Notwendigkeit der Vorklärung oder Vorbehandlung, so ist der Restbetrag bis zur Höhe des vollen Anschlussbeitrages nachzuzahlen. § 17 Abs. 7 Sätze 1 und 2 EntwS gelten nicht für Grundstücke mit industriellen oder sonstigen Betrieben, bei denen die Vorklärung oder Vorbehandlung lediglich verlangt wird, um die Abwässer in einen Zustand zu versetzen, der Voraussetzung für die Zulässigkeit der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage ist (§ 4 Abs. 1 Satz 2 EntwS).

§ 18

Kostenspaltung

Die Stadt kann den Anschlussbeitrag für Teile der öffentlichen Abwasseranlage gesondert erheben. Die Teile und die auf sie entfallenden Teilbeträge werden durch Satzung bestimmt.

§ 19

Entstehung der Beitragspflicht

(1) Die Beitragspflicht entsteht, sobald das Grundstück an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen werden kann.

- (2) Im Falle des § 16 Abs. 2 EntwS entsteht die Beitragspflicht mit dem Tag, an dem die Stadt Kenntnis von der tatsächlichen Anschlussnahme an die öffentliche Abwasseranlage erlangt. Im Falle des § 17 Abs. 7 Satz 2 EntwS entsteht die Beitragspflicht für den Restbetrag, sobald die Notwendigkeit der Vorklärung oder Vorbehandlung entfällt.
- (3) Für Grundstücke, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bereits an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen werden konnten, entsteht die Anschlussbeitragspflicht mit Inkrafttreten dieser Satzung. Das gleiche gilt für Grundstücke, die beim Inkrafttreten dieser Satzung bereits an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen waren.
- (4) In den Fällen des § 19 Abs. 3 Satz 2 EntwS entsteht keine Anschlussbeitragspflicht, wenn für den Anschluss des Grundstücks bereits eine Anschlussgebühren- oder eine Beitragspflicht nach früherem Recht entstanden war, auch wenn sie durch Zahlung, Erlass oder Verjährung erloschen ist.

§ 20

Beitragspflichtige

- (1) Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Zustellung des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte.
- (2) Mehrere Beitragspflichtige sind Gesamtschuldner.

§ 21

Fälligkeit der Beitragsschuld

Der Anschlussbeitrag wird einen Monat nach Zugang des Beitragsbescheides fällig.

§ 21a

Ablösung

Der Kanalanschlussbeitrag kann im Ganzen vor Entstehen der Beitragspflicht abgelöst werden. Ein Rechtsanspruch besteht nicht. Der Ablösebetrag richtet sich nach der Höhe des voraussichtlich entstehenden Beitrags.

Abschnitt III

§ 22

Benutzungsgebühren

- (1) Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasseranlage im Sinne des § 4 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz erhebt die Gemeinde zur Deckung der Kosten im Sinne des § 6 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz und der Verbandslasten nach § 7 Abs. 1 Kommunalabgabengesetz Benutzungsgebühren (Abwassergebühren). Die Abwasserabgabe für eigene Einleitungen der Stadt, für Fremdeinleitungen, für die die Stadt die Abgabe zu entrichten hat, sowie die Abwasserabgabe, die von den Abwasserverbänden auf die Stadt umgelegt wird, wird über die Abwassergebühren abgewälzt.
- (2) Als Abwassergebühren werden erhoben
 - a) Schmutzwassergebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasseranlage zur Beseitigung von Schmutzwasser,

- b) Niederschlagswassergebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasseranlage zur Beseitigung von Niederschlagswasser. Die Schmutzwassergebühren und die Niederschlagswassergebühren sind grundstücksbezogene Benutzungsgebühren und ruhen nach § 6 Abs. 5 KAG NRW als öffentliche Last auf dem Grundstück.

§ 23

Schmutzwassergebühr

- (1) Die Schmutzwassergebühr wird nach der Menge des Schmutzwassers berechnet, das der öffentlichen Abwasseranlage von den angeschlossenen Grundstücken zugeführt wird. Berechnungseinheit ist der Kubikmeter (m³) Schmutzwasser.
- (2) Als Bemessungsgrundlage für die Schmutzwasserab-
leitung gilt die für das angeschlossene Grundstück aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage und aus eigenen Förder- bzw. Versorgungsanlagen während des Veranlagungszeitraumes entnommene Wassermenge (m³) abzüglich der nachgewiesenen auf dem Grundstück verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen.

Der Abzug wird auf schriftlichen Antrag der/des Gebührenpflichtigen gewährt. Der Nachweis der verbrauchten und zurückgehaltenen Wassermengen obliegt dem Gebührenpflichtigen. Der Gebührenpflichtige ist verpflichtet, den Nachweis der verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen durch einen auf seine Kosten eingebauten ordnungsgemäß funktionierenden und geeichten Wasserzähler zu führen. Der Nachweis über den ordnungsgemäß funktionierenden und geeichten Wasserzähler obliegt dem Gebührenpflichtigen. Ist der Einbau eines Wasserzählers im Einzelfall nicht zumutbar, so hat der Gebührenpflichtige den Nachweis durch nachprüfbar Unterlagen zu führen, aus denen sich insbesondere ergibt, aus welchen nachvollziehbaren Gründen Wassermengen der gemeindlichen Abwassereinrichtung nicht zugeleitet werden und wie groß die Wassermengen sind. Die nachprüfbar Unterlagen müssen geeignet sein, der Gemeinde eine zuverlässige Schätzung der auf dem Grundstück zurückgehaltenen Wassermengen durchzuführen. Soweit der Gebührenpflichtige aus diesem Grund mittels eines speziellen Gutachtens den Nachweis erbringen will, hat er die gutachterlichen Ermittlungen vom Inhalt, von der Vorgehensweise und vom zeitlichen Ablauf vorher mit der Gemeinde abzustimmen.

- (3) Der Antrag auf Abzug der auf dem Grundstück verbrauchten und zurückgehaltenen Wassermengen wird berücksichtigt, wenn er innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides gestellt wird.
- (4) Bei landwirtschaftlichen Betrieben mit Großviehhaltung kann anstelle eines gesonderten Nachweises eine auf dem Grundstück verbrauchte oder zurückgehaltene Wassermenge von 14 m³/Jahr für jedes Stück Großvieh angesetzt werden; maßgebend ist der Viehbestand, der einen Tag nach Ablauf des vorherigen Abrechnungszeitraumes existiert. Der Abzug ist

binnen einem Monat nach Zugang des Abrechnungsbescheides für den darauffolgenden Abrechnungszeitraum zu stellen.

Ansonsten wird ein Antrag auf Abzug der im Hinblick auf den Viehbestand anzusetzenden Wassermenge berücksichtigt, wenn er innerhalb eines Monats nach Erhalt des Gebührenbescheides gestellt wird. Von dem Abzug sind Wassermengen von 30 m³/je Einwohner/Jahr ausgeschlossen.

- (5) Als Wassermenge nach § 23 Abs. 2 Satz 1 EntwS gilt
- a) für das aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage entnommene Wasser die durch den Eigenbetrieb Wasserversorgung Solingen oder andere Wasserversorgungsunternehmen auf den Veranlagungszeitraum umgerechnete und in Rechnung gestellte Frischwassermenge
 - b) für das aus privaten Förder- bzw. Versorgungsanlagen dem gebührenpflichtigen Grundstück zugeleitete Wasser die durch Wasserzähler nachgewiesene Menge.
Werden über einen Wasseranschluss mehrere Grundstücke versorgt, so gilt jeweils die Menge als dem einzelnen Grundstück in Rechnung gestellt, die auf das einzelne Grundstück entsprechend seinem anteiligen Wasserbezug als Teil der insgesamt in Rechnung gestellten Menge entfällt. Die Aufteilung ist von einem der beteiligten gebührenpflichtigen unaufgefordert binnen eines Monats nach Zugang der Rechnung über die Frischwasserlieferung (Ausschlussfrist) des der Veranlagung vorausgehenden Abrechnungszeitraumes mitzuteilen. Ist die Aufteilung strittig oder wird sie nicht binnen eines Monats nach Zugang der Wasserrechnung des der Veranlagung vorausgehenden Abrechnungszeitraumes mitgeteilt, so kann sie geschätzt werden.
- (6) Soweit die Wasserversorgung aus einer eigenen Versorgungsanlage erfolgt, werden den zu berechnenden Schmutzwassergebühren die von eingebauten Wassermessern angezeigten Wassermengen des Veranlagungsjahres zugrunde gelegt. Die angezeigten Wassermengen des der Veranlagung vorausgehenden Kalenderjahres sind bis zum 31.01. eines jeden Kalenderjahres der Stadt Solingen mitzuteilen. Die hierfür zu zahlenden Schmutzwassergebühren werden gesondert durch die Stadt Solingen festgesetzt, mittels Gebührenbescheid. Im Rahmen dieser Gebührensatzung sind Abschlagszahlungen auf der Basis der angezeigten Wassermengen des der Veranlagung vorausgehenden Kalenderjahres in einem quartalsweisen Abschlagszahlungsrythmus bzw. in dem von der Stadt Solingen festgesetzten Abschlagszahlungsrythmus zu leisten.
- (7) Veranlagungs- und Erhebungszeitraum für die Schmutzwassergebühr ist das Kalenderjahr. Die Gebühr entsteht am 31.12. des jeweiligen Kalenderjahres für das vergangene Kalenderjahr. Die Endabrechnung und die endgültige Festsetzung erfolgen im darauffolgenden Kalenderjahr durch Bescheid. Erlischt die gebührenpflicht während des Erhebungs- bzw. Festsetzungszeitraumes, so entsteht die Gebühr

zu diesem Zeitpunkt und wird anschließend durch Bescheid festgesetzt. Bei unterjähriger Entstehung der gebührenpflicht werden Vorausleistungen für das restliche Kalenderjahr durch Bescheid festgesetzt.

Im Falle eines unterjährigen Zählerwechsels entsteht die Gebühr zum Tag des Zählerausbaus und wird anschließend durch Bescheid festgesetzt. Auf die sich ergebende gebührensschuld werden die bis zur Abrechnung fälligen Vorausleistungen angerechnet. Ergibt sich bei der Endabrechnung, dass zu hohe Vorausleistungen angesetzt wurden, so wird der übersteigende Betrag erstattet oder verrechnet. Die sich aus der Abrechnung der Vorausleistungen ergebenden Nachzahlungsbeträge sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

- (8) Die Festsetzung der Vorauszahlungen erfolgt für Schmutzwasser anhand der gebührenpflichtigen Verbrauchsmenge für Trinkwasser des letzten Abrechnungszeitraumes. Bei der Festsetzung der Vorausleistungen wird keine Abzugsmenge berücksichtigt. Bei Neuanschluss von Grundstücken an die öffentliche Abwasseranlage erfolgt die Festsetzung der Vorauszahlungen anhand des Wasserverbrauches, der von den Stadtwerken auf Grund von Erfahrungswerten für angeschlossene Grundstücke mit vergleichbaren Verhältnissen geschätzt wird.
- (9) Hat der gebührenpflichtige bei privaten Wasserversorgungsanlagen die zugeführten Wassermengen nicht durch einen Wassermesser ermittelt, so ist die Stadt berechtigt, die aus diesen Anlagen zugeführte Wassermenge zu schätzen. Hat ein Wassermesser nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, so wird die Wassermenge von der Stadt unter Zugrundelegung des Verbrauchs des der Veranlagung vorausgehenden Abrechnungszeitraumes und unter Berücksichtigung der glaubhaft gemachten Angaben des gebührenpflichtigen geschätzt.
- (10) Die Schmutzwassergebühr beträgt je m³ Schmutzwasser jährlich
- a) bei Nichtmitgliedern von Wasserwirtschaftsverbänden 3,237 EUR,
 - b) bei Mitgliedern von Wasserwirtschaftsverbänden 1,667 EUR.
- (11) Für industrielle und gewerbliche Abwässer, deren Ableitung oder Reinigung der Stadt besondere Kosten verursacht, ist eine laufende Zusatzgebühr zu zahlen, deren Höhe vom Rat der Stadt durch besondere Satzung festzulegen ist.
- (12) Solange bei einzelnen Grundstücken oder in einzelnen Ortsteilen vor Einleitung des Schmutzwassers in die öffentliche Abwasseranlage eine Vorklärung oder sonstige Vorbehandlung des Schmutzwassers auf dem Grundstück verlangt wird, beträgt die Gebühr 45 v. H. der Gebühr nach § 23 Abs. 10 EntwS. Dies gilt nicht für Grundstücke mit industriellen oder sonstigen Betrieben, bei denen die Vorklärung oder Vorbehandlung lediglich verlangt wird, um die Abwässer in einen Zustand zu versetzen, der Voraussetzung für die Zulässigkeit der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage ist (§ 4 Abs. 1 EntwS).

- (13) Bei Gebührenpflichtigen, die Mitglieder von Wasserwirtschaftsverbänden sind, werden nur dann die Gebühren nach § 23 Abs. 10 EntwS für Mitglieder von Wasservirtschaftsverbänden erhoben, wenn sie für den jeweiligen Erhebungszeitraum (§24 Abs. 5 EntwS) von einem Entwässerungsverband zu Verbandslasten oder Abgaben für das betreffende Grundstück herangezogen worden sind und nur insoweit, als es sich um betriebliche Abwässer handelt, die die Zahlung zu Verbandslasten oder Abgaben begründen. Ansonsten sind die Gebühren für Nichtmitglieder in Wasserwirtschaftsverbänden nach § 23 Abs. 10 EntwS zu entrichten.
- (14) Erfolgt die Behandlung des mittels der öffentlichen Abwasseranlage gesammelten und fortgeleiteten Abwassers in einer Kläranlage, zu deren Unterhaltungskosten die Stadt nicht beiträgt, so ist der nach § 23 Abs. 10 EntwS für Mitglieder von Wasserwirtschaftsverbänden maßgebliche Gebührensatz anzuwenden.

§ 23 a

Niederschlagswassergebühr

- (1) Die Niederschlagswassergebühr wird nach der angeschlossenen bebauten und befestigten Grundstücksfläche (angeschlossene Fläche) bemessen. Berechnungseinheit ist der Quadratmeter (m²), wobei die angeschlossene Fläche des jeweiligen Grundstücks auf volle Quadratmeter abgerundet wird.
- (2) Als bebaute Grundstücksfläche gelten die Grundflächen der auf dem Grundstück befindlichen Gebäude im Sinne von § 2 Absatz 2 BauO NRW sowie die durch Dachüberstände, Vordächer und sonstige Überdachungen überbauten Grundflächen.
- (3) Als befestigte Grundstücksfläche gelten die auf dem Grundstück betonierten, asphaltierten, gepflasterten, plattierten oder mit anderen wasserundurchlässigen Materialien befestigten Flächen, soweit sie nicht bereits in überbauten Flächen enthalten sind.
- (4) Als angeschossen im Sinne des Abschnitts III dieser Satzung gelten diejenigen bebauten und befestigten Flächen, von denen aus Niederschlagswasser
 - a) über einen mittelbaren oder unmittelbaren Grundstücksanschluss im Sinne des § 9 EntwS bzw. (bei Straßenlandgrundstücken) über Straßenabläufe oder
 - b) auf Grund des Gefälles über befestigte Flächen des betreffenden Grundstücks und/oder von Nachbargrundstücken, insbesondere öffentlichen Straßen, in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet wird.
- (5) Lückenlos bepflanzte Dachflächen werden nur zu einem Viertel als bebaute Fläche berücksichtigt.
 - (5a) Wird Niederschlagswasser von angeschlossenen Grundstücken zum Zwecke der Versorgung mit Brauchwasser gesammelt, so werden für die an den Brauchwasserspeicher angeschlossene bebaute und befestigte Grundstücksfläche Niederschlagswassergebühren erhoben. Dies gilt sowohl für Brauchwasserspeicher mit einem Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Überlauf) als auch für Brauchwasserspeicher ohne einen Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage. Besteht beim Brauchwasserspeicher ein Überlauf an eine Versickerungsanlage ohne einen Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage, so werden von der an die Regenwasser-Nutzungsanlage angeschlossenen bebauten und befestigten Grundstücksfläche 50% als Bemessungsgrundlage erhoben. Auf eine Erhöhung der Bemessungsgrundlage für die Schmutzwassergebühr durch das genutzte Brauchwasser wird in diesen Fällen verzichtet.
 - (5b) Wird eine Anlage zur Versickerung oder Verrieselung in Verbindung mit einer Rückhalteanlage oder einer Niederschlagswasserauffanganlage (Zisterne) betrieben und hat diese Anlage einen Überlauf zu den öffentlichen Abwasseranlagen, so wird die für die Berechnung der Niederschlagswassergebühr festgestellte bebaute und befestigte Fläche, von der das Oberflächenwasser in die Anlage gelangt, um 50% vermindert. Voraussetzung ist ein Stauvolumen von mindestens 35 l je 1 m² angeschlossener Fläche in der Anlage zur Versickerung bzw. zum Auffangen des Niederschlagswassers. Das Niederschlagswasser ist dauerhaft in diese Anlage einzuleiten und nicht als Brauchwasser zu verwenden. Die Gartenbewässerung ist statthaft.
- (6) Bei leicht befestigten Flächen (z.B. Rasengittersteine oder Ökopflaster mit entsprechendem Unterbau) kann auf Antrag die Niederschlagsgebühr um 75 % gemindert werden. Der Nachweis über die Art und Ausführung der Flächenbefestigung ist durch nachprüfbare Unterlagen zu führen. Die Technischen Betriebe Solingen können hinsichtlich der Art und Umfang des Nachweises zusätzliche Anforderungen stellen.
- (7) Die Niederschlagswassergebühr beträgt je Quadratmeter (m²) angeschlossene Fläche jährlich 1,403 EUR.
- (8) Wird die Größe der bebauten und/oder befestigten Fläche verändert, so hat der Grundstückseigentümer dies der Gemeinde innerhalb eines Monats nach Abschluss der Veränderung anzuzeigen. Für die Änderungsanzeige gilt § 23a Abs. 1-6 entsprechend. Die veränderte Größe der bebauten und/oder befestigten Fläche wird mit dem 1. Tag des Monats berücksichtigt, nach dem die Änderungsanzeige durch den Gebührenpflichtigen der Gemeinde zugegangen ist.
- (9) Der Eigentümer eines Grundstücks hat der Stadt Solingen unverzüglich, spätestens innerhalb eines Monats, unaufgefordert eine schriftliche Abgabenerklärung nach amtlichem Vordruck (§§ 149 ff. AO) abzugeben, sobald
 - a) die Voraussetzungen für das Entstehen der Gebührenpflicht nach § 24a EntwS vorliegen oder
 - b) die angeschlossene Fläche erhöht oder verringert worden ist.
 Wenn ein Erbbaurecht bestellt ist, tritt an die Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte. Bei mehreren Eigentümern oder Erbbauberechtigten können eine gemeinsame Erklärung, getrennte Erklärungen (die in den Angaben zum Grundstück und den Bemessungsgrundlagen übereinstimmen

müssen) oder eine nur von einem der Abgabenerklärungspflichtigen ausgefertigte Erklärung abgegeben werden. In letzterem Falle haben die übrigen Abgabenerklärungspflichtigen diese Abgabenerklärung auch für und gegen sich gelten zu lassen. Im Falle des Wohnungseigentums kann die Abgabenerklärung vom Verwalter abgegeben werden; § 23a Abs. 9 Buchstabe b Satz 6 EntwS gilt entsprechend.

Die Abgabenerklärung ist vom Erklärenden eigenhändig zu unterschreiben. Er hat schriftlich zu versichern, dass die Angaben wahrheitsgemäß nach bestem Wissen und Gewissen gemacht worden sind.

§ 24

Entstehen und Erlöschen der Gebührenpflicht bei der Schmutzwassergebühr

- (1) Die Gebührenpflicht beginnt mit dem Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und endet, wenn der Anschluss entfällt
- (2) Dies gilt entsprechend bei der Umwandlung in einen Vollanschluss.
- (3) Im übrigen beginnt und endet sie mit dem Wechsel des Gebührenpflichtigen.
- (4) Für Anschlüsse, die beim Inkrafttreten dieser Satzung bereits bestehen, entsteht die Gebührenpflicht nach dieser Satzung mit deren Inkrafttreten.
- (5) Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr und bei Entstehen der Gebührenpflicht während eines Kalenderjahres der Restteil des Jahres.

§ 24 a

Entstehen und Erlöschen der Gebührenpflicht bei der Niederschlagswassergebühr

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit dem Ersten des Monats, der auf den Zeitpunkt der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses folgt; als Anschluss in diesem Sinne gilt bei der Niederschlagswassergebühr jede der in § 23 a Abs. 4 EntwS genannten Ableitungsmöglichkeiten.
- (2) Erlischt die Niederschlagswassergebührenpflicht im Laufe eines Monats, so wird die Niederschlagswassergebühr bis zum Ablauf des Monats erhoben, in dem die Veränderung erfolgt.
- (3) Im Falle eines Eigentumswechsels ist der neue Eigentümer vom Beginn des Monats an gebühren- bzw. abgabepflichtig, der dem Monat der Rechtsänderung folgt. Für sonstige Gebühren- bzw. Abgabepflichtige gilt dies entsprechend.
Einen Eigentums- bzw. Nutzungswechsel hat der bisherige Gebühren- bzw. Abgabepflichtige der Stadt innerhalb eines Monats nach der Rechtsänderung schriftlich mitzuteilen.
- (4) Erhebungszeitraum für die Niederschlagswassergebühr ist das Kalenderjahr und bei Entstehen der Gebührenpflicht während eines Kalenderjahres der Restteil des Jahres. Entsteht oder erlischt die Gebührenpflicht während des Veranlagungszeitraumes, so wird die Gebühr nach dem Verhältnis des jeweiligen Zeitraumes zum Gesamtzeitraum berechnet.

- (5) Ist eine Gebühr auf Grund des § 24 Abs. 2 EntwS oder bei Eigentumswechsel im Bereich der Niederschlagswassergebühr für einzelne Monate zu ermitteln, so wird für jeden Monat ein Zwölftel der Gebühr für das Kalenderjahr berechnet.

§ 25

Gebührenpflichtige

- (1) Gebührenpflichtig sind
 - a) der Eigentümer des angeschlossenen Grundstücks; wenn ein Erbbaurecht bestellt ist, tritt an dessen Stelle der Erbbauberechtigte,
 - b) der Inhaber eines auf einem Grundstück befindlichen Betriebes,
 - c) der Nießbraucher und sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte des Grundstücks, von dem die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage ausgeht,
 - d) bei der Niederschlagswassergebühr für Grundstücke, die eine öffentliche Straße oder ein Teil einer solchen darstellen, der jeweilige Straßenbaulastträger.

Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner.

- (2) Die Gebührenpflichtigen haben alle für die Errechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen und zu dulden, dass Beauftragte der Stadt das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

§ 26

Fälligkeit

- (1) Die Benutzungsgebühr für Niederschlagswasser wird zu je einem Viertel ihres durch Bescheid festgesetzten Jahresbetrages am
 - 15. Februar, 15. Mai, 15. August, 15. November fällig, soweit die Gebühr 30 EUR übersteigt.
 - Gebühren bis 30 EUR werden zu je einer Hälfte des Jahresbetrages am 15. Februar und 15. August fällig.
 - Gebühren bis 15 EUR werden am 15. August mit ihrem Jahresbetrag fällig.Im übrigen gilt § 28 Abs. 3 des Grundsteuergesetzes vom 07. August 1973 (BGBl. I S. 965), in der jeweils geltenden Fassung entsprechend.
- (2) Die Vorausleistungen für Schmutzwasser werden für das jeweilige Quartal fällig am
 - 15. Februar, 15. Mai, 15. August, 15. November fällig, soweit die Gebühr 30 EUR übersteigt.
 - Gebühren bis 30 EUR werden zu je einer Hälfte des Jahresbetrages am 15. Februar und 15. August fällig.
 - Gebühren bis 15 EUR werden am 15. August mit ihrem Jahresbetrag fällig.Im Übrigen gilt § 28 Abs. 3 des Grundsteuergesetzes vom 07. August 1973 (BGBl. I S. 965), in der jeweils geltenden Fassung entsprechend.
Die Festsetzung der Schmutzwassergebühren wird einen Monat nach Bekanntgabe des Abrechnungsbescheides fällig.
- (3) Abweichend von § 26 Abs. 1 und 2 EntwS werden nachgeforderte Gebühren einen Monat nach Bekanntgabe des Abrechnungsbescheides fällig.

- (4) Gebühren können zusammen mit anderen Abgaben angefordert werden. Bei der Feststellung der Beträge nach § 26 Abs. 1 EntwS ist die Summe aller in einem Abgabenbescheid zusammengefassten Beträge maßgebend.

Abschnitt IV

§ 27

Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse

- (1) Der Aufwand für die Herstellung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung sowie die Kosten für die Unterhaltung einer Grundstücksanschlussleitung sind der Stadt in Höhe der tatsächlich entstandenen Kosten zu ersetzen.
- (2) Erhält ein Grundstück mehrere Grundstücksanschlussleitungen, so wird der Ersatzanspruch für jede Grundstücksanschlussleitung berechnet.
- (3) Kostenersatzpflicht bei der Unterhaltung von Grundstücksanschlussleitungen besteht insbesondere bei der Beseitigung von Schäden, die aus Wurzeleinwuchs von Bäumen des angeschlossenen Grundstücks herrühren, des weiteren von Schäden, die aus unsachgemäßem Anschluss an die Hausanschlussleitung an die vorverlegte Grundstücksanschlussleitung zurückzuführen sind, sowie von Schäden, hervorgerufen durch unsachgemäßen Gebrauch der Anschlussleitung.

§ 28

Entstehung des Ersatzanspruchs

Der Ersatzanspruch entsteht für die Herstellung mit der endgültigen Fertigstellung der Grundstücksanschlussleitung, im übrigen mit der Beendigung der Maßnahme.

§ 29

Ersatzpflichtige

- (1) Kostenersatzpflichtig ist derjenige, der im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Kostenersatzbescheides Eigentümer des Grundstücks ist, zu dem die Grundstücksanschlussleitung verlegt wurde. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist an der Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte ersatzpflichtig. Mehrere Ersatzpflichtige sind Gesamtschuldner.
- (2) Erhalten mehrere Grundstücke eine gemeinsame Grundstücksanschlussleitung, so ist für Teile der Grundstücksanschlussleitung, die ausschließlich einem der beteiligten Grundstücke dienen, allein der Eigentümer bzw. Erbbauberechtigte des betreffenden Grundstücks ersatzpflichtig. Erhalten mehrere Grundstücke eine gemeinsame Grundstücksanschlussleitung, so sind die Kosten für die Herstellung der Grundstücksanschlussleitung von den Grundstückseigentümern anteilig im Verhältnis zur Zahl der anzuschließenden Grundstücke zu tragen.

§ 30

Fälligkeit

Der Ersatzanspruch wird einen Monat nach Zugang des Heranziehungsbescheides fällig.

§ 31

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der jeweils gültigen Fassung handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
 1. § 3 Absatz 3 dieser Satzung in den nach dem Trennverfahren entwässerten Gebieten das Schmutz- und Niederschlagswasser nicht den jeweils dafür bestimmten Leitungen zuführt,
 2. § 4 Absatz 1 und 2 dieser Satzung Abwässer oder Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage einleitet, die von der Einleitung ausgeschlossen sind, oder Grundwasser oder Wasser aus Drainleitungen ohne Abschluss eines Gestattungsvertrages in die öffentliche Abwasseranlage einleitet.
 3. § 4 Absatz 5 und Absatz 8 dieser Satzung der Stadt nicht unverzüglich mitteilt, wenn
 1. gefährliche oder schädliche Stoffe in die Abwasseranlage gelangen,
 2. sich die Art des Abwassers ändert oder seine Menge sich wesentlich erhöht,
 4. § 4 Absatz 7 dieser Satzung die Abscheider nicht ordnungsgemäß bzw. rechtzeitig entleeren lässt,
 5. § 4 Absatz 3 dieser Satzung Abwasser einleitet, das nicht den in § 4 Absatz 1 Satz 6 bzw. § 4 Absatz 3 bzw. den in einer öffentlichrechtlichen Genehmigung (z. B. wasserrechtlichen oder baurechtlichen Genehmigung) festgelegten Anforderungen entspricht,
 6. § 5 Absatz 6 dieser Satzung den Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes nicht rechtzeitig mitteilt,
 7. § 6 Abs. 1 dieser Satzung im Rahmen des Benutzungszwangs nicht sämtliche Abwässer des Grundstücks nach Maßgabe der Satzung der öffentlichen Abwasseranlage zuleitet,
 8. § 10 Absatz 2 dieser Satzung die Grundstücksanschlussleitungen nicht von der Stadt von einem von ihr beauftragten Unternehmer herstellen, erneuern, verändern, unterhalten und beseitigen lässt,
 9. § 10 a Abs. 2 dieser Satzung die Pumpenschächte nicht frei zugänglich hält,
 10. § 12 Absatz 1 dieser Satzung der Stadt nicht die erforderlichen Auskünfte erteilt,
 11. § 12 Absatz 2 dieser Satzung den Beauftragten der Stadt nicht ungehindert Zutritt gewährt bzw. die zu prüfenden Anlageteile nicht zugänglich hält,
 12. § 12 Absatz 3 dieser Satzung Anordnungen der Beauftragten nicht befolgt,
 13. § 12 Absatz 5 dieser Satzung die Einleiterüberwachung gemäß Absatz 5 nicht ermöglicht oder erschwert.
- (2) Ordnungswidrig handelt auch, wer unbefugt Arbeiten an der öffentlichen Abwasseranlage vornimmt, Schachtabdeckungen oder Einlaufroste öffnet, Schieber bedient oder in einen öffentlichen Kanal einsteigt.

§ 32

Bußgeld

- (1) Vorsätzliche und fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen dieser Satzung können mit Bußgeld geahndet werden. Die Geldbuße beträgt bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen höchstens 50.000 EUR, bei fahrlässigen Zuwiderhandlungen höchstens 25.000 EUR.
- (2) Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 2. Januar 1975 (BGBl I S. 80) in seiner jeweiligen Fassung. Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne von § 36 Absatz 1 Nr. 1 OWiG ist der Oberbürgermeister.

§ 33

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Solingen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage – Entwässerungssatzung – EntwS vom 16.12.2014 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Neufassung Satzung über die Erhebung von Gebühren zur Abfallwirtschaftssatzung der Klingenstadt Solingen wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird gemäß § 7 Absatz 6 Gemeindeordnung NRW auf Folgendes hingewiesen:

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Solingen, den 12.12.2024

Kurzbach

Oberbürgermeister

Anlage 1 (zu § 4 Absatz 3 Satz 2 EntwS)

1. Allgemeine Parameter
 - a) Temperatur 35 °C
 - b) pH-Wert 6,0 - 10,0
 - c) absetzbare Stoffe 10ml/l*

* soweit keine toxischen Metallhydroxide vorliegen

2. Kohlenwasserstoffe
 - d) gesamt (DIN 38409 Teil 18) 20 mg/l
3. Schwerflüchtige lipophile Stoffe (u.a. verseifbare Öle, Fette) gesamt (DIN 38409 Teil 17) 250 mg/l
4. Phenol-Index nach Destillation (C6H5OH) 50 mg/l
5. Anorganische Parameter
 - a) Fluorid 50 mg/l
 - b) Stickstoff aus Nitrit (NO₂-N) 5 mg/l
 - c) Stickstoff aus Ammonium (NH₄ —N) und Ammoniak NH₃ 80 mg/l
 - d) Stickstoff, gesamt, als Summe aus Ammonium-,Nitrit-, und Nitratstickstoff N 200 mg/l
 - e) Sulfate 600 mg/l
 - f) Gesamt-Eisen 10 mg/l
 - g) Aluminium 10 mg/l
 - h) Phosphatverbindungen 50 mg/l
 - i) Verhältnis: Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) /Biochemischer Sauerstoffbedarf in 5 Tagen (BSB 5) < 4

Anlage 2 (zu § 4 Absatz 3 Satz 4 EntwS)

1. Organische Lösungsmittel
 - a) mit Wasser mischbar: nur nach spezieller Festlegung
 - b) mit Wasser nicht mischbar, maximal ihrer Wasserlöslichkeit: im Einzelfall nach spezieller Festlegung
2. Metalle (gelöst und ungelöst)
 - a) Chrom VI
 - b) Gesamt-Chrom
 - c) Kupfer
 - d) Silber
 - e) Cadmium
 - f) Nickel
 - g) Zink
 - h) Zinn
 - i) Blei
 - j) Quecksilber
 - k) Arsen
 - l) Kobalt
 - m) Selen
 - n) Barium
3. leicht freisetzbare Cyanid
4. freies Chlor
5. Sulfid
6. AOX
7. Leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe (LHKW) berechnet als Chlor

BEKANNTMACHUNG

I. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren zur Abfallwirtschaftssatzung der Klingensstadt Solingen vom 12.12.2024

Aufgrund von §§ 7, 9 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW, S. 666 ff.) der §§ 1, 2, 4, 6, 7 und 10 des Kommunalabgabengesetzes NRW vom 21.10.1969 (GV.NRW 1969, S.712), und § 44 KrWG vom 24.02.2012 ((BGBl. I S. 212) in Verbindung mit der Abfallwirtschaftssatzung der Klingensstadt Solingen vom 18.12.2023 in ihren jeweils zurzeit geltenden Fassungen, hat der Rat der Klingensstadt Solingen in seiner Sitzung am 05.12.2024 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

(1) § 4 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

Der Gebührensatz für einen 120 l Restabfallbehälter mit wöchentlicher Leerung nach § 20 Abs. 2 Abfallwirtschaftssatzung der Klingensstadt Solingen vom 18.12.2023 in der zurzeit geltenden Fassung beträgt 492,49 €. Bei abweichenden Abfallbehältern verändert sich der Betrag entsprechend dem Fassungsvermögen. Bei 14-täglicher Leerung halbiert sich der nach Satz 1 und 2 für den jeweiligen Abfallbehälter ermittelte Betrag. Der Gebührensatz für Abfallsäcke (26 Stück jährlich) nach § 20 Abs. 3 Abfallwirtschaftssatzung der Klingensstadt Solingen vom 18.12.2023 in der zurzeit geltenden Fassung beträgt 56,43 €. Der Gebührensatz für den 120 l Bioabfallbehälter mit 14-täglicher Leerung nach § 20 Abs. 6 Abfallwirtschaftssatzung der Klingensstadt Solingen vom 18.12.2023 in der zurzeit geltenden Fassung beträgt 55,00 €.

(2) § 4 Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

Für die Abfuhr und Entsorgung der Abfallsäcke nach § 20 Abs. 4 Abfallwirtschaftssatzung der Klingensstadt Solingen vom 18.12.2023 in der zurzeit geltenden Fassung wird eine gesonderte Gebühr erhoben, die zusammen mit dem Kaufpreis für die Abfallsäcke zu zahlen ist. Gebührenschuldner ist der Letztabnehmer. Der Gebührenanteil am Kaufpreis des Abfallsackes beträgt 1,75 €.

(3) § 4 Absatz 4 wird wie folgt ersetzt:

Für Transporterschwernisse nach § 25 Abs. 4 und § 26 Abs. 1 Abfallwirtschaftssatzung der Klingensstadt Solingen vom 18.12.2023 in der zurzeit geltenden Fassung wird je Abfallbehälter folgende Zusatzgebühr erhoben:

- a) Erschwernis Transport/Stufen: 50,87 €/Jahr (Behälter zwischen 60 l und 240 l) bei wöchentlicher Leerung
- b) Erschwernis Transport: 101,73 €/Jahr (770 l- und 1.100 l-Behälter) bei wöchentlicher Leerung
- c) Erschwernis Keller: 137,34 €/Jahr (Behälter zwischen 60 l und 120 l) bei wöchentlicher Leerung
Bei 14-täglicher Leerung halbiert sich die Gebühr.

Artikel 2

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2025 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Neufassung Satzung über die Erhebung von Gebühren zur Abfallwirtschaftssatzung der Klingensstadt Solingen wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird gemäß § 7 Absatz 6 Gemeindeordnung NRW auf Folgendes hingewiesen:

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Solingen, den 12.12.2024

Kurbach
Oberbürgermeister

BEKANNTMACHUNG

Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Solingen (Straßenreinigungssatzung) vom 12.12.2024

Aufgrund von §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV. NRW, S. 666 ff.) und der §§ 1,2,4,6,10 des Kommunalabgabengesetzes NRW vom 21.10.1969 (GV. NRW 1969, S.712), in ihren jeweils zurzeit geltenden Fassungen, hat der Rat der Klingensstadt Solingen in seiner Sitzung am 05.12.2024 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Inhalt der Reinigungspflicht

- (1) Die Stadt betreibt die Reinigung der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege, Plätze, Fußgängerzonen sowie der unterirdischen Fußgängerbereiche (öffentliche Straßen) innerhalb der geschlossenen Ortslagen, bei Bundesstraßen, Landstraßen und Kreisstraßen jedoch nur der Ortsdurchfahrten, als öffentliche Einrichtung, soweit die Reinigung nicht nach § 2 den Grundstückseigentümern übertragen wird.
- (2) Die Reinigung umfasst die Straßenreinigung sowie die Winterwartung der Gehwege und der Fahrbahnen. Die Straßenreinigung beinhaltet die Entfernung aller Verunreinigungen von der Straße, die die Hygiene

oder das Stadtbild nicht unerheblich beeinträchtigen oder eine Gefährdung des Verkehrs darstellen können. Die Reinigungspflicht der Stadt beinhaltet als Winterwartung insbesondere das Schneeräumen sowie das Bestreuen an den gefährlichen Stellen der verkehrswichtigen Straßen bei Schnee- und Eisglätte. Art und Umfang der Reinigungspflichten der Anlieger ergeben sich aus den §§ 2-4 dieser Satzung.

- (3) Als Gehwege im Sinne dieser Satzung gelten
 - alle selbständigen Gehwege
 - die gemeinsamen Fuß- und Radwege (Zeichen 240 StVO)
 - alle erkennbar abgesetzt für die Benutzung durch Fußgänger vorgesehenen Straßenteile sowie
 - Gehbahnen in 1,20 m Breite ab begehbarem Straßenrand bei allen Straßen und Straßenteilen, deren Benutzung durch Fußgänger vorgesehen oder geboten ist, insbesondere in verkehrsberuhigten Bereichen (Zeichen 325.1/325.2 StVO) und Fußgängerbereichen (Zeichen 242.1/242.2 StVO). Die Straßen, in denen die Gehwegreinigung von der Stadt Solingen vorgenommen wird, sind in dem anliegenden Straßenverzeichnis unter „Gehwegreinigung“ mit einer Zahl belegt, die gleichzeitig kennzeichnet, wie oft die Gehwegreinigung in der Woche stattfindet.
- (4) Als Fahrbahn im Sinne dieser Satzung gilt die gesamte übrige Straßenoberfläche, also neben den dem Fahrverkehr dienenden Teilen der Straße insbesondere auch die Trennstreifen, befestigten Seitenstreifen, die Bankette, die Bushaltestellenbuchten sowie die Radwege. Unterirdische Fußgängerbereiche gelten ganz, Fußgängerzonen mit Ausnahme eines beiderseitigen 2,50 m breiten Streifens entlang der Anliegergrundstücke hinsichtlich der Straßenreinigung als Fahrbahn; Plätze gelten mit Ausnahme eines 2,50 m breiten Streifens vor den Anliegergrundstücken als Fahrbahn, soweit nicht örtlich eine andere Abgrenzung gegeben ist. Die Straßen, in denen die Winterwartung der Fahrbahnen von der Stadt Solingen vorgenommen wird, sind in dem anliegenden Straßenverzeichnis mit einer Winterdienstklasse gekennzeichnet.
- (5) Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte.

§ 2

Übertragung der Reinigungspflicht auf die Grundstückseigentümer

- (1) Die Reinigung, wozu auch die Winterwartung gehört, der Gehwege der im anliegenden, einen Bestandteil dieser Satzung bildenden Straßenverzeichnis aufgeführten öffentlichen Straßen wird dem Eigentümer der an sie angrenzenden und durch sie erschlossenen Grundstücke (§ 5) auferlegt, soweit nicht nach § 4 die Reinigungspflicht bei der Stadt verbleibt. Bei Grundstücken, bei denen die Gehwegreinigung in der Straße/im Straßenabschnitt von der Stadt Solingen durchgeführt wird und im Straßenverzeichnis eine Gehwegreinigungsklasse eingetragen ist, verbleibt die Winterwartung weiterhin bei den Grundstückseigen-

tümern. Die übrige Reinigungspflicht wird bei diesen Grundstücken nicht übertragen.

Ebenfalls wird den Eigentümern der an sie angrenzenden und durch sie erschlossenen Grundstücke (§ 5), soweit nicht nach § 4 die Reinigungspflicht bei der Stadt verbleibt, auferlegt:

- 1.) die Reinigung ohne Winterwartung der Fahrbahnen der Straßen und Wege, für die im Straßenverzeichnis keine Reinigungsklasse angegeben ist, sowie
 - 2.) die Winterwartung der Fahrbahnen der Straßen und Wege, für die im Straßenverzeichnis keine Winterdienstklasse angegeben ist, und zwar unabhängig von der Angabe einer Reinigungsklasse.
- (2) Sind die Grundstückseigentümer beider Straßenseiten reinigungspflichtig (§ 5 Absatz 2), so erstreckt sich die Reinigung nur bis zur Straßenmitte. Das Straßenverzeichnis ist Bestandteil dieser Satzung.
 - (3) Auf Antrag des Reinigungspflichtigen kann ein Dritter durch schriftliche Erklärung gegenüber der Stadt mit deren Zustimmung die Reinigungspflicht an seiner Stelle übernehmen, wenn eine ausreichende Haftpflichtversicherung nachgewiesen wird; die Zustimmung ist jederzeit widerruflich und nur so lange wirksam, wie die Haftpflichtversicherung besteht.
 - (4) Die nach anderen Rechtsvorschriften bestehende Verpflichtung des Verursachers, außergewöhnliche Verunreinigungen oder Abfall unverzüglich zu beseitigen, befreit den Reinigungsverpflichteten nicht von seiner Reinigungspflicht.

§ 3

Umfang der übertragenen Straßenreinigungspflicht

- (1) Die Fahrbahnreinigungspflicht erstreckt sich jeweils bis zur Straßenmitte. Ist nur auf einer Straßenseite ein reinigungspflichtiger Anlieger vorhanden, erstreckt sich die Reinigungspflicht auf die gesamte Straßenfläche.
- (2) Selbständige Gehwege sind entsprechend Abs. 1, die übrigen Gehwege in ihrer gesamten Breite zu reinigen. Die Gehwegreinigung umfasst unabhängig vom Verursacher auch die Beseitigung von Unkraut und sonstigen Verunreinigungen.
- (3) Fahrbahnen und Gehwege sind nach Bedarf unverzüglich zu säubern. Belästigende Staubentwicklung ist zu vermeiden. Verunreinigungen sind nach Beendigung der Säuberung unverzüglich unter Berücksichtigung der Abfallbeseitigungsbestimmungen zu entsorgen. Laub ist unverzüglich zu beseitigen, wenn es eine Gefährdung des Verkehrs darstellt.

§ 3 a

Umfang der übertragenen Winterwartungspflicht

- (1) Die Gehwege sind in einer Breite von 1,20 m von Schnee freizuhalten. Der Gehweg ist an allen für den Fußgängerverkehr eingerichteten Fahrbahnübergängen bis zur Bordsteinkante in einer Breite von 1,20 m freizuhalten. Auf Gehwegen ist bei Eis- und Schnee-glätte zu streuen, wobei die Verwendung von Salz oder sonstigen auftauenden Stoffen grundsätzlich verboten ist; ihre Verwendung ist nur erlaubt

- a) in besonderen klimatischen Ausnahmefällen (z.B. Eisregen), in denen durch Einsatz von abstumpfen- den Mitteln keine hinreichende Streuwirkung zu erzielen ist,
 - b) an gefährlichen Stellen an Gehwegen, wie z.B. Treppen, Passagen, Rampen, Brückenauf- oder abgängen, starken Gefälle- bzw. Steigungstrek- ken oder ähnlichen Gehwegabschnitten.
- (2) An Haltestellen für öffentliche Verkehrsmittel oder für Schulbusse müssen die Gehwege so von Schnee freigehalten und bei Glätte bestreut werden, dass ein gefahrloses Ein- und Aussteigen sowie ein gefahrloser Zu- und Abgang zu den Haltestelleneinrichtungen (Wartehäuschen) gewährleistet ist.
- (3) Ist die Winterwartung der Fahrbahn übertragen, so sind bei Eis- und Schneeglätte
- gekennzeichnete Fußgängerüberwege
 - Querungshilfen über die Fahrbahn und
 - Übergänge für Fußgänger in Fortsetzung der Geh- wege an Straßenkreuzungen oder -einemündungen jeweils bis zur Mitte der Fahrbahn zu bestreuen, wobei abstumpfende Mittel vorrangig vor auftauenden Mit- teln einzusetzen sind.
- § 3 Abs. 1 der Satzung gilt entsprechend.
- (4) In der Zeit von 7 bis 20 Uhr gefallener Schnee und entstandene Glätte sind unverzüglich nach Beendi- gung des Schneefalls bzw. nach dem Entstehen der Glätte zu beseitigen. Nach 20 Uhr gefallener Schnee oder entstandene Glätte sind werktags bis 7 Uhr, sonn- und feiertags bis 9 Uhr des folgenden Tages zu beseitigen. Der Schnee ist auf dem an die Fahrbahn grenzenden Teil des Gehweges oder notfalls auf dem Fahrbahnrand so zu lagern, dass der Fußgänger- und Fahrverkehr hierdurch nicht mehr als unvermeidbar gefährdet oder behindert wird. Baumscheiben und begrünte Flächen dürfen nicht mit Salz oder sonstigen auftauenden Materialien bestreut, salzhaltiger oder sonstige Mittel enthaltender Schnee darf auf ihnen nicht gelagert werden. Die Einläufe in Entwässerungs- anlagen und die Hydranten sind von Eis und Schnee freizuhalten. Schnee und Eis von Grundstücken dürfen nicht auf die Straße geschafft werden.

§ 4

Haltestellen für öffentliche Verkehrsmittel und Schulbusse

- (1) Über die Verpflichtung der Anlieger nach den §§ 2 und 3 hinsichtlich der Reinigung der Gehwege hinaus führt die Stadt die weitergehende Winterwartung an Haltestellen für öffentliche Verkehrsmittel und Schul- busse durch. Diese Haltestellen sind so von Schnee freizuhalten und bei Glätte zu streuen, dass ein mög- lichst gefahrloser Zu- und Abgang zu und von den Bussen des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) gewährleistet ist.
- (2) § 2 Absatz 2 gilt sinngemäß.

§ 5

Begriff des Grundstücks

- (1) Ein Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ein solcher Teil der Erdoberfläche, der auf einem besonderen Grundbuchblatt oder auf einem gemeinschaftlichen Grundbuchblatt unter einer besonderen Nummer im Verzeichnis der Grundstücke gebucht ist, so dass ein Grundstück auch aus mehreren Flurstücken beste- hen kann (Buchgrundstück). Die Zusammenfassung mehrerer Buchgrundstücke zu einer „wirtschaftlichen Einheit“ kommt nur dann in Betracht, wenn dies aus Gründen der Gebührengerechtigkeit geboten ist.
- (2) Erschlossen ist ein Grundstück dann, wenn seine wirtschaftliche oder verkehrliche Nutzung durch die Straße, insbesondere durch einen Zugang oder eine Zufahrt, möglich ist. Das gilt in der Regel auch, wenn das Grundstück durch Anlagen wie Gräben, Böschun- gen, Grünanlagen, Mauern oder in ähnlicher Weise von der Straße getrennt ist, jedoch eine Erschließungs- funktion zur Straße besteht.

§ 6

Benutzungsgebühren

Die Stadt erhebt für die von ihr durchgeführte Reinigung der öffentlichen Straßen Benutzungsgebühren nach § 6 KAG in Verbindung mit § 3 StrReinG NW. Die Straßenreinigungs- gebühren und Straßenreinigungsgebühren – Winterdienst – sind grundstücksbezogene Benutzungsgebühren und ruhen nach § 6 Abs. 5 KAG NRW als öffentliche Last auf dem Grundstück.

Den Kostenanteil, der auf das allgemeine öffentliche Inter- esse an der Straßenreinigung sowie auf die Reinigung der Straßen oder Straßenteile entfällt, für die eine Gebühren- pflicht nicht besteht, trägt die Stadt.

§ 7

Gebührenmaßstab und Gebührensatz

- (1) Maßstab für die Benutzungsgebühr sind
- die Längen der das Grundstück erschließenden Straße (Erschließungsstraße) zugewandten Grund- stücksseiten,
 - die Reinigungsklasse und
 - die Verkehrsbedeutung der Straße.
- Zugewandte Grundstücksseite sind diejenigen Ab- schnitte der Grundstücksbegrenzungslinie, die mit der Straßenbegrenzungslinie gleich, parallel oder in einem Winkel von weniger als 45° verlaufen; ragt ein Grundstück in die Straßenfläche hinein, tritt insoweit an die Stelle der Grundstücksbegrenzungslinie die Straßenbegrenzungslinie. Liegt zwischen Grundstücks- begrenzungslinie und der Erschließungsstraße Fläche desselben Grundstücks, bleibt die Grundstücksbegren- zungslinie insoweit unberücksichtigt.
- Weist ein Grundstück mehrere der Erschließungsstra- ße zugewandte Grundstücksseiten auf, so sind nur diejenigen Grundstücksseiten zugrunde zu legen, die Abschnitten der Erschließungsstraße zugewandt sind, von denen aus unmittelbar, d.h., ohne andere Abschnitte derselben Erschließungsstraße oder andere öffentliche Straßen benutzen zu müssen, rechtlich und

tatsächlich eine Zugangsmöglichkeit zum Grundstück besteht.

Weist ein Grundstück keine der Erschließungsstraße zugewandte Grundstücksseite auf, so wird die Grundstücksseite zugrunde gelegt, die parallel oder in einem Winkel von weniger als 45 ° zur in gerader Linie gedachten Verlängerung des nächstgelegenen Abschnitts der Erschließungsstraße verläuft.

- (2) Wird ein Grundstück von mehreren zu reinigenden Straßen erschlossen, so werden die Längen aller Grundstücksseiten zugrunde gelegt, die diesen Erschließungsstraßen zugewandt sind oder als zugewandt gelten; bei abgeschrägten oder abgerundeten Grundstücksseiten wird der Schnittpunkt der geraden Verlängerung der Grundstücksseiten zugrunde gelegt.
- (3) Bei der Festlegung der Grundstücksseiten nach Absatz 1 und 2 werden Bruchteile eines Meters wie folgt gerundet:
0 m bis 0,30 m	auf	0 m,
0,31 m bis 0,70 m	auf	0,50 m,
0,71 m bis 0,99 m	auf	1,0 m.
- (4) Die Benutzungsgebühr für die Straßenreinigung beträgt jährlich je Meter Grundstücksseite (Absatz 1 bis 3):
A. Anlieger 14tägig	1,647 EUR
B. Anlieger 1x wöchentlich	3,121 EUR
C. Anlieger 2x wöchentlich	5,895 EUR
D. Anlieger 3x wöchentlich	8,323 EUR
E. Anlieger 6x wöchentlich	15,605 EUR
F. überw. Innerörtl. 2x wöchentlich	5,202 EUR
G. überw. Innerörtl. 3x wöchentlich	6,762 EUR
H. überw. Innerörtl. 6x wöchentlich	8,323 EUR
I. Anlieger hohe Verk. 2x wöchentlich	5,549 EUR
J. Anlieger hohe Verk. 3x wöchentlich	7,283 EUR
K. Gehweg 1x wöchentlich	2,965 EUR
L. Gehweg 3x wöchentlich	8,323 EUR
M. Gehweg 6x wöchentlich	14,565 EUR
- (5) Die Anzahl der Reinigungen in den Reinigungsklassen ist
- in der Reinigungsklasse 11 sechsmal wöchentlich
 - in der Reinigungsklasse 111 dreimal wöchentlich
 - in der Reinigungsklasse IV zweimal wöchentlich
 - in der Reinigungsklasse V einmal wöchentlich
 - in der Reinigungsklasse VI einmal zweiwöchentlich
- Die Anzahl der Gehwegreinigungen in der Woche ergeben sich aus dem Straßenverzeichnis aus den unter „Gehwegreinigung“ eingetragenen Ziffern.
- (6) Die Zugehörigkeit einer Straße zu den in den Absatz 4 genannten Straßenarten sowie die Reinigungsklassen nach Absatz 5 ergeben sich aus dem Straßenverzeichnis (5 2 Absatz 1 und Absatz 2).
- (7) Die Benutzungsgebühren für den Winterdienst bemessen sich nach den Längen der das Grundstück erschließenden Straße (Erschließungsstraße) zugewandten Grundstücksseiten i.S. des § 7 Absätze 1 -3 und den Winterdienstklassen 1 und 2.
Die Zugehörigkeit einer Straße zu den Winterdienstklassen 1 und 2 ergibt sich aus dem Straßenverzeichnis (5 2 Abs. 1 und Abs. 2).

Die Benutzungsgebühr für den Winterdienst beträgt jährlich je Meter Grundstücksseite (Absatz 7 Satz 1).

- A. in der Winterdienstklasse
Prioritätenstufe 1
= Straßenreinigungsgebühr WD 1 1,613 EUR
- B. in der Winterdienstklasse
Prioritätenstufe 2
= Straßenreinigungsgebühr WD 2 0,693 EUR.

§ 8

Gebührenpflichtige

- (1) Gebührenpflichtig ist der Eigentümer des erschlossenen Grundstücks. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte. Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner.
- (2) Im Falle eines Eigentumswechsels ist der neue Eigentümer vom Beginn des Monats an gebührenpflichtig, der dem Monat der Rechtsänderung folgt.
- (3) Der bisherige und der neue Eigentümer sind verpflichtet, dem Oberbürgermeister — Technische Betriebe Solingen, Dültgenstaler Straße 61, 42719 Solingen - den Eigentumswechsel innerhalb von zwei Wochen schriftlich mitzuteilen, andernfalls haften beide gesamtschuldnerisch für die in der Übergangszeit fällig gewordenen Gebühren.
- (4) Die Gebührenpflichtigen haben alle für die Errechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen und zu dulden, dass Beauftragte der Stadt das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

§ 9

Entstehung, Änderung und Fälligkeit der Gebühr

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit dem Ersten des Monats, der auf den Beginn der regelmäßigen Reinigung der Straße folgt. Sie erlischt mit dem Ende des Monats, mit dem die regelmäßige Reinigung eingestellt wird.
- (2) Ändern sich die Grundlagen für die Berechnung der Gebühr, so mindert oder erhöht sich die Benutzungsgebühr vom Ersten des Monats an, der der Änderung folgt. Falls die Reinigung aus zwingenden Gründen für weniger als einen Monat eingestellt oder für weniger als drei Monate eingeschränkt werden muss, besteht kein Anspruch auf Gebührenminderung.
- (3) Die Benutzungsgebühr wird zu je einem Viertel ihres durch Bescheid festgesetzten Jahresbetrages am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig, soweit die Gebühr 30 EUR übersteigt.
Gebühren bis 30 EUR werden zu je einer Hälfte des Jahresbetrages am 15. Februar und 15. August; Gebühren bis 15 EUR am 15. August mit ihrem Jahresbetrag fällig.
Im Übrigen gilt § 28 Absatz 3 des Grundsteuergesetzes vom 7. August 1973 (BGBl. I S. 965), in der jeweils geltenden Fassung entsprechend.
- (4) Abweichend von Absatz 3 werden nachgeforderte Gebühren einen Monat nach Bekanntgabe des Abgabebescheides fällig.

- (5) Die Gebühren können zusammen mit anderen Abgaben angefordert werden. Bei der Feststellung der Beträge nach Absatz 3 ist die Summe aller in einem Abgabebescheid zusammen gefassten Beträge maßgebend.

§ 10

Ordnungswidrigkeit

Ordnungswidrig im Sinne des § 7 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen handelt,

- a) wer entgegen § 3 seiner Straßenreinigungspflicht und entgegen § 3 a seiner Winterwartungspflicht nicht nachkommt,
- b) wer entgegen § 8 Abs. 3 den Wechsel des Grundstückseigentums nicht innerhalb von zwei Wochen schriftlich anzeigt,
- c) wer entgegen § 8 Abs. 4 die für die Errechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte nicht erteilt und wer nicht duldet, dass Beauftragte der Stadt das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu prüfen.
- d) wer entgegen § 3 Abs. 3 Sätze 3 und 4 die Verunreinigungen (Kehricht, Laub, sonstiger Unrat etc) auf die Fahrbahn kehrt.

§ 11

Billigkeitsmaßnahmen

Für Billigkeitsmaßnahmen gelten die §§ 156 Absatz 2, 222, 227 und § 234 Absatz 1 und 2 der Abgabenordnung vom 16. März 1976 (AO 1977) in Verbindung mit § 12 KAG sowie § 32 der Gemeindehaushaltsverordnung in der jeweils gültigen Fassung sinngemäß.

§ 12

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Solingen (Straßenreinigungssatzung) vom 13.12.2016 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Neufassung Satzung über die Erhebung von Gebühren zur Abfallwirtschaftssatzung der Klingensteinadt Solingen wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird gemäß § 7 Absatz 6 Gemeindeordnung NRW auf Folgendes hingewiesen:

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder

- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Solingen, den 12.12.2024

Kurzbach

Oberbürgermeister

Straßenverzeichnis ab 01.01.2025

Anlage zu den §§ 2 und 7 der Satzung über die Straßenreinigung der Stadt Solingen

Die Bezifferung in der Spalte "Straßenart" bedeutet:

- 1 = Straße, die überwiegend dem Anliegerverkehr dient
- 2 = Straße, die überwiegend dem innerörtlichen Verkehr dient
- 3 = Anliegerstraße mit hoher Verkehrsbelastung

Die Bezifferung in der Spalte "Reinigungs-klasse" bedeutet:

- 11 = sechsmal wöchentlich
- 111 = dreimal wöchentlich
- IV = zweimal wöchentlich
- V = einmal wöchentlich
- VI = einmal zweiwöchentlich

Die Bezifferung in der Spalte "Winterdienstklasse" bedeutet:

- 1 = Winterdienstklasse Prioritätenstufe 1
- 2 = Winterdienstklasse Prioritätenstufe 2

Die Bezifferung in der Spalte "Gehwegreinigung" bedeutet:

- 1 = einmal wöchentliche Gehwegreinigung
- 2 = zweimal wöchentliche Gehwegreinigung
- 3 = dreimal wöchentliche Gehwegreinigung
- 6 = sechsmal wöchentliche Gehwegreinigung

Straßenname	Teilstück	Straßen-art	Reini-gungs-klasse	Winter-dienst-klasse	Gehweg-reini-gung
Aachener Straße		1	111	1	
Aachener Straße	ab Haus Nr. 28 bis Düsseldorfer Straße	1	11	1	3
Abendstraße		1	V	2	
Abteiweg	von Gerberstraße bis Wendehammer	1	IV	1	
Abteiweg	Stichstraße zu den Grundstücken Nr. 55/57	1	V	2	
Abteiweg	Stichstraße zu den Grundstücken Nr. 87-93	1	V	2	
Abteiweg	Stichstraße zu den Grundstücken Nr. 111-145	1	V	2	
Abtsfeld		1	V	2	
Adalbertstraße		1	VI	2	
Adlerstraße		1	V	2	
Adlerstraße	von Dönhoffstraße bis einschl. Adlerstr. 44	1	V	1	
Adolf-Clarenbach-Straße		3	IV	2	
Adolf-Kolping-Straße		1	V	2	
Adolfstraße				2	
Agnesstraße		1	VI	2	
Ahornstraße		1	V	2	
Ahrstraße		1	V	2	
Akazienweg		1	V	2	

Alberichweg		1	V	2	
Albertus-Magnus-Straße		1	V	2	
Albrechtstraße		2	IV	1	
Albrechtstraße	Stichstraße zu den Häusern Nr. 27 - 35	1	VI	2	
Alemannenstraße		1	VI	2	
Alexander-Coppel-Straße		1	V	2	
Alexanderstraße		1	V	2	
Alfred-Nobel-Straße	von Wupperstr. bis Henri-Dunant-Str. (Buswendeschleife)	1	IV	1	
Alfred-Nobel-Straße	ab Henri-Dunant-Straße	1	IV	2	
Alleestraße		2	IV	1	
Allgäustraße		1	VI	2	
Alsenstraße		1	VI	1	
Alte Heerstraße	von Haaner Straße bis Baverter Straße (Haus Nr. 3 - 7)	1	V	2	
Alte Heerstraße	von Baverter Straße bis Garzenhaus				
Alte Straße		1	V	2	
Alte Ziegelei		1	IV	2	
Altenbau		1	V	1	
Altenberger Weg		1	VI	2	
Altenfeld					
Altenhofer Straße		1	IV	1	
Alter Markt		1	II	1	6
Altmarkstraße		1	V	2	
Alzenauer Weg		1	VI		
Am Bergelchen		1	VI	2	
Am Buschberg	von Eichenstraße bis Schlicken	1	VI		
Am Graben					
Am Hecker Banden					
Am Kampsiepen		1	VI	2	
Am Kannenhof		1	V	2	
Am Kleeblatt		1	VI		
Am Mühlenfeld		1	VI	2	
Am Neumarkt	von Friedrichstraße bis Heinestraße (einschl. Am Neumarkt 43)	1	III	2	
Am Neumarkt	von Heinestraße (ab Am Neumarkt 41) bis Peter-Knecht-Str. (einschl. Am Neumarkt 1 3)	1	III	2	3
Am Neumarkt	von Peter-Knecht-Str. (ab Am Neumarkt 1 1) bis Kölner Str.	1	II	2	6
Am Pohlighsfield		1	VI		
Am Siebels		1	VI		
Am Siefen		1	VI	2	
Am Stadtgarten		1	IV	2	
Am Südpark	von Birkenweiher bis Brühler Str.	3	IV	2	
Am Vogelsanger Busch					
Am Walder Busch		1	VI		
Am Wall					
Am Weisenhäuschen					
Am Wittenberg		1	VI	2	
Amelungenweg		1	V	2	
Ammerweg	bis zur Zufahrt zum katholischen Friedhof Ohligs	1	VI	2	
Ammerweg	von Friedhof bis Busche-Kessel-Weg				
Amorweg		1	VI	2	
Amselstraße		1	IV	2	
Amtstor		1	III	1	3
An den Eichen		1	IV	1	
An der Bienenhalle	Flur 22 Flurstück 586 - Teilfläche	1	VI	2	
An der Foche		1	VI	2	
An der Gemark		2	III	1	
An der Jugendherberge		1	VI	2	

Andersenstraße		1	VI	2	
Andreasstraße	von Mangenberger Straße bis einschl. Nr. 22 a bzw. Flurstück 114 (Gemarkung Wald, Flur 107)	1	V	2	
Andreasstraße	weiterer Straßenverlauf				
Anfangstraße		1	V	2	
Angerscheid					
Ankerstraße		1	V	2	
Annastraße					
Argonner Weg		1	IV	2	
Aue					
Auenberg	bis Bebauungsende				
Auer Weg					
Auf dem Kämpchen		1	VI		
Auf dem Kirlef		1	VI		
Auf dem Thorfeld		1	VI	2	
Aufderbech	von Höhscheider Straße bis einschl. Aufderbech Haus Nr. 30 (für die Häuser Aufderbech 30 bis einschl. 56)	1	VI		
Aufderhöhe					
Aufderhöher Berg		1	VI		
Aufderhöher Straße	ab Steubenstraße bzw. Nr. 89 ganz	2	III	1	
Aufderhöher Straße	Stichweg zu den Haus-Nr. 69,71,73				
August-Dicke-Straße		2	IV	1	
Augustastrasse		1	IV	1	
Augustinerstraße		1	V	2	
Bachstelzenweg					
Bäckershof	von Merscheider Straße bis Ausbauende	1	V	2	
Badstraße	von Ober der Mühle bis Scheffelstraße	1	IV	1	
Badstraße	von Scheffelstraße bis Badstraße einschl. Haus Nr. 86/87	1	IV	2	
Bahnhofstraße	von Birkenweiher bis Haus-Nr. 19	1	III	2	
Bahnhofstraße	von Haus-Nr. 11 bis einschl. Wendehammer	1	V	2	
Bahnstraße		2	III	1	
Bahnstraße	von Wilhelmstraße bis Nippesstraße	2	II	1	3
Baldungweg		1	V	2	
Balkhausen					
Balkhauser Weg K004	von Pfaffenberger Weg bis Hätener Weg	1	IV	1	
Balkhauser Weg K004	ab Hätener Weg bis Glüder Str.			1	
Bandesmühle					
Barbaraweg					
Barl					
Barler Straße		3	IV	2	
Bauermannskulle	Einschl. Einfahrt nach Neuenkamper Str. 115	1	V	2	
Bauermannskulle	Stichstraße zu den Grundstücken Nr. 20-26 (Fl 24 Fs 605,642,608)	1	VI		
Baumstraße	von Dorper Straße bis Wupperstraße	1	IV	2	
Bauskotten	von Am Siefen zu den Haus-Nr. 5-9 einschl. Wendehammer (Fl 14 Fs 195)	1	VI	2	
Bauskotten	von Am Siefen zu den Haus-Nr. 2-4				
Baasmühlenstrasse		2	IV	1	
Baustraße		1	III	1	
Bayed	bis Bebauungsende				
Baverter Straße		2	IV	1	
Baverter Straße	von Haaner Straße bis Alte Heerstraße	2	IV	2	
Bayernweg		1	VI	2	
Bebelallee		2	III	1	
Bech					
Becher Straße	von Tiefendicker Straße bis Liebigstraße	1	IV	1	

Becher Straße	von Liebigstraße bis Sedanstraße	1	IV	2	
Becher Straße	Weiterführung bis Bebelallee sowie zur Röntgenstraße				
Bechsteinstraße		1	V	2	
Beckmannstraße		1	IV	2	
Beethovenstraße L 141		2	III	1	
Behaimweg	von Gaußweg bis zum Wendeplatz	1	VI	2	
Behringstraße		1	V	2	
Belliniweg	von Tizianstraße bis Hs-Nr 23				
Benrather Straße		1	IV	2	
Berg-Isel-Weg	von Jakobshäuschen bis Geilenberger Weg (bei Nr. 11 und 13"			2	
Berg-Isel-Weg	ab Geilenberger Weg Haus Nr. 13 bis Ende				
Bergerstraße	bis einschl. Buswendeschleife bzw. Haus Nr. 109	1	IV	1	
Bergerstraße	Stichstraße zu Nr. 68 bis 88	1	VI	2	
Bergerstraße	von Buswendeschleife bis Untenhöhscheid	1	V	1	
Bergfeld		1	VI	2	
Bergstraße		1	III	2	
Bergstraße	von Heinestraße bis Kasernenstraße	1	III	2	3
Bergstraße	von Kasernenstraße bis Kölner Str.	1	II	2	6
Berndtstraße		1	V	2	
Bertha-von-Suttner-Straße		1	V	2	
Bertholdstraße		1	IV	2	
Bertramsmühler Weg					
Beuthener Straße		1	V	2	
Bicksfeld		1	VI	2	
Bielauer Weg		1	VI	2	
Bimerich					
Bimericher Straße	von Lützowstr. bis Nettelbeckstraße	1	V	2	
Birken	von Burger Landstraße bis Steinsiepen				
Birkendahl	von Opladener Straße bis Haus Nr. 84	1	VI		
Birkendahl	von Haus Nr. 84 bis Wipperauer Straße	1	VI		
Birkendahl	von Haus Nr. 84 (Fl 53 Fs 236) in Richtung Haus Nr. 93				
Birkenweiher	von Kölner Straße bis Birkerstraße	2	111	1	
Birkenweiher	von Entenpfuhl bis Birkerstraße	1	IV	2	
Birkenweiher	ab Lagerstraße Zufahrt zu den Häusern Hs.-Nr. 43, 45 einschl. Fl. 16, Flstck. 57, 58, 61				
Birkerstraße	von Birkenweiher bis Werwolf	2	III	1	
Birkerstraße	von Kölner Straße bis Birkenweiher	1	111	1	
Birkhauser Busch		1	VI	2	
Bismarckplatz		1	IV	2	
Bismarckstraße K 004		2	III	1	
Bismarckstraße	stadteinwärts in Höhe Haus Nr. 14 zur Schützenstraße	2	III	1	
Bismarckstraße	Busbahnhof Mitte				
Bleichstraße		1	V	2	
Blücherstraße		1	IV	2	
Blumenstraße		1	IV	1	
Blumentalweg					
Blythweg	von Uhlandstraße bis einschl. Haus-Nr. 50, Wendeplatz	1	VI	2	
Böcklinstraße		1	IV	2	
Bodlenberg					
Bogenstraße		1	IV	2	
Bonner Straße L288	von Im Ohligs bis Langhansstraße	2	111	1	
Borchertstraße	bis Wendeplatz	1	V	2	
Börsenstraße		2	IV	1	

Botenweg	von Vogtweg bis Richterweg	1	IV	2	
Botenweg	von Vogtweg bis Merscheider Str.				
Bozener Straße		1	IV	2	
Brabanter Straße		1	V	2	
Brahmsstraße		1	V	2	
Brander Weg					
Brandteich	ganz bis einschl. Haus-Nr. 19 und 26 a	1	V	2	
Brauereistraße		1	IV	2	
Brauereistraße	Stichweg zum Friedhof				
Breidbach					
Breidbacher Tor		1	II	1	6
Breite Straße		1	IV	2	
Bremsheyplatz	von Bahnstr. bis Wilhelmstr.	1	II	1	6
Bremsheyplatz	Platz an der Düsseldorfer Straße	1	II		6
Breslauer Straße		1	V	2	
Brockenstraße		1	V	2	
Broßhauser Straße		1	V	2	
Brückenstraße	von Henckelstr. bis einschl. Hs.-Nr. 7 und Fl. 69 Fs 186, Haus-Nr. 2 bis 12 b	1	V	2	
Brückenstraße	von Martin-Luther-Str. bis einschl. Hs.-Nr. 14/13 tlw.	1	V		
Brucknerstraße	ab Haus-Nr. 28 bis Dültgenstaler Straße	1	V	2	
Brucknerstraße	Stichstraße bei Haus Nr. 68/72 zur Gluckstraße	1	VI	2	
Brüderstraße		1	IV	1	
Brühler Berg		1	VI	2	
Brühler Straße L427		2	III	1	
Brunhildweg		1	V	2	
Brunnenstraße	von Merscheider Str. bis Pfeilstraße	1	IV	1	
Brunnenstraße	von Pfeilstr. bis Junkerstr.	1	VI		
Buchenstraße	von Merscheider Str. bis Nr. 47/48	1	IV	2	
Buchenstraße	Stichweg zwischen Haus-Nr. 4b/18	1	VI	2	
Buchenstraße	ab Haus Nr. 47/48				
Buchenstraße	Stichweg vor Haus-Nr. 8c				
Bucherhof					
Buchweizenberg	von Busche-Kessel-Weg bis Kiefernstraße	1	V	2	
Buchweizenberg	ab Kiefernstraße bis Ende				
Buckerter Straße				2	
Büchnerstraße	von Badstraße bis Aufderbech	1	VI		
Bügelstraße					
Bülowplatz K004		1	III	1	
Bülowstraße		1	IV	2	
Bunsenweg		1	VI	2	
Burger Landstraße	bis Ortsdurchfahrtsgrenze ganz (einschl. Grundstücke mit den Haus-Nr. 160 bzw. 161)	2	III	1	
Burgstraße		1	IV	1	
Burgtalstraße L 157	von Wermelskirchener Straße bis Nr. 2/4 (gerade HausNr.) einschließlich, bis Nr. 5 einschließlich (bei ungerader HausNr.)	2	IV	1	
Bur understraße		1	V	2	
Büschberger Straße					
Buscher Feld	von Lützwowstraße bis Nr. 23	1	V	2	
Buscher Feld	von Nr. 23 bis Kulf			2	
Buscher Weg		1	VI	2	
Bussardweg		1	V	2	
Bussche-Kessel-Weg		1	V	2	
Cäcilienstraße		1	VI	2	
Cantorweg		1	V	2	
Carl-Ruß-Straße		2	III	1	
Carl-von-Ossietzky-Straße	von Am Kannenhof bis Theodor Mommsen	1	VI	2	
Carl-Zeiß-Straße		1	IV	2	

Caspersbroicher Weg		1	IV	2	
Chalonweg		1	VI		
Charlottenstraße		1	V	2	
Cheruskerstraße		1	V	2	
Christian-Morgenstern-Weg	von Virchowstraße zwischen Haus Nr. Virchowstr. 39 und 37 c bis einschl. Wendeplatz	1	VI		
Christian-Morgenstern-Weg	Zufahrt von Virchowstraße zu den Häusern Virchowstraße Haus Nr. 29 bis 33 ganz	1	VI		
Christian-Morgenstern-Weg	Weg zu den Häusern Haus Nr. 5 bis 9 a ganz	1	VI		
Christinaweg					
Corinthstraße		1	IV	1	
Corneliusstraße		1	VI	2	
Cranachstraße		1	IV	2	
Cronenberger Straße	ab Schwesternstraße/bzw. Linter St. Clemens	2	III	1	
Cronenberger Straße	Wirtschaftsweg von Nr. 35 bis Nr. 43				
Cronenberger Straße	ab Schwesternstraße/bzw. Unter St. Clemens bis Goerdelerstraße (Tiefgarageneinfahrt sowie Zufahrt von der Goerdelerstraße zur Tiefgarage des Grundstücks Konrad-Adenauer-Str. 2 einschl. Parkflächen)				
Czimatisplatz					
Dahl					
Dahler Busch		1	VI		
Dahler Straße	von Focher Str. bis einschl. Haus-Nr. 62/63 (Fs 154)	1	V	2	
Dahler Straße	Weg zu den Häusern Dahler Str. 62,64 und Obenflachsberg 9,10,13,76-83,94,110 und zu Focher Dahl 31 (FI 27 Fs 294,317 u.a.)				
Dahlerfeldstraße		1	IV	1	
Daimlerstraße		1	V	2	
Damaschkestraße		1	V	2	
Danziger Straße		1	V	2	
De-Leuw-Straße		1	IV	2	
Degenhof		1	VI	2	
Degenstraße		1	V	2	
Delle					
Dellenfeld		1	IV	1	
Deller Strasse		1	IV	2	
Demmelrather Straße	von Focher Straße bis Georgestraße	1	IV	1	
Demmelrather Straße	von Georgestraße bis Deller Straße	1	IV	2	
Denise-Ligier-Weg	von Uhlandstraße bis Chalonweg	1	V	2	
Denise-Ligier-Weg	ab Chalonweg zu den Haus Nr. 10-62 einschl. Haus-Nr. 24 - 32 sowie Haus Nr. 41-55	1	VI		
Derfflingerstraße		1	IV	1	
Deusberg					
Deusberger Straße		1	IV	2	
Deutzerhofstraße					
Deutzmannstraße					
Devarannestraße		1	V	2	
Diamantweg	vom Dorperhof bei HausNr. 19a bis vor das Grundstück Diamantweg 9a 9b (FI 22 Fs 176)				
Diepenbrucher Straße		1	IV	2	
Dieselstraße		1	V	2	
Dieselstraße	Stichweg bei Hs-Nr. 96 zur Haaner Straße				
Dietrich-Bonhoeffer-Straße		1	VI	2	
Dietrich-Bonhoeffer-Straße	Weg zwischen Haus-Nr. 10/12				
Dietrichstraße	bis einschl. Wendehammer (Haus Nr. 13)	1	V	2	
Dietrichstraße	ab Wendehammer (Haus Nr. 17) bis zum Verbindungsweg zur Hasselstraße Fl. 5 Flst. 82				
Dietrichstraße	bis Weg Hasselstraße				

Dingerweg					
Dingshauser Straße	ab Beethovenstr. bis einschließlich Haus-Nr. 64 /64 a	1	V	2	
Dingshauser Straße	ab Haus Nr. 64/64a				
Dohlenweg	ab Brühler Berg bis Wendeplatz	1	VI	2	
Dohlenweg	ab Wendeplatz bis Brühler Str.				
Dompfaffweg		1	VI	2	
Donaustraße		1	IV	1	
Dönhoffstraße	von Adlerstr. bis einschl. Dönhoffstr. 5	1	V	1	
Dönhoffstraße	von Mangenberger Str. bis einschl. Wendehammer Haus-Nr. 6	1	V	1	
Dönhoffstraße	von Mangenberger Str. westwärts bis Dönhoffstr.	1	V	1	
Dönhoffstraße	hinter Haus Nr. 5 bis Milchstraße				
Dornsiepen					
Dorotheenstraße	bis einschl. Wendehammer	1	VI	2	
Dorper Straße		2	IV	1	
Dorper Straße	Weg zur Wupperstraße (neben Wupperstraße 32; Fl 13 Fs 305)				
Dorperhof	ab Einfahrt bei Burger Landstraße 131 bis einschl. Haus-Nr. 43	1	VI	2	
Dorperhof	ab Einfahrt bei Burger Landstraße 127 bis Ende; Zufahrt zu den Haus Nr. 13 d - 11 und Haus Nr. 9				
Dorperhof	Dorperhof Weg zu den Haus-Nr. 18 b, 24 c, 20, 22, 24 bis zur Burger Landstraße				
Dorperhof	Weg zu Haus-Nr. 28a bis zur Burger Landstraße				
Dorpskotten					
Drachenfelsstraße		1	VI	2	
Dresdener Straße		1	VI	2	
Drosselstraße		1	IV	2	
Droste-Hülshoff-Straße	von Badstraße bis Kleiststraße	1	IV	2	
Droste-Hülshoff-Straße	von Kleiststraße ganz	1	VI		
Dültgenstaler Straße	von Lehner Straße bis Ernst-Barlach-Straße	3	IV	1	
Dültgenstaler Straße	von Gebhardtstraße bis Poststraße	1	IV	1	
Dunkelnberger Straße		1	IV	2	
Dürener Straße		1	IV	1	
Dürerstraße		1	V	2	
Düsseldorfer Straße	von Bremsheyplatz bis Aachener Straße	1	II	1	6
Düsseldorfer Straße	von Aachener Straße bis Ende	1	II	1	
Dycker Feld		1	IV	1	
Dycker Straße	von Lützwowstraße bis einschließlich Haus Nr. 113 / 116-118	1	IV	2	
Dycker Straße	weiterer Straßenverlauf				
Eckehardweg		1	VI	2	
Eckstraße	von Baumstr. bis Haus-Nr. 15	1	VI	2	
Eckstumpf					
Efeuweg		1	V	2	
Eggenweg		1	VI	2	
Egmontstraße		1	VI	2	
Ehren				2	
Ehrenstraße		1	V	1	
Eibenweg	bis bebauungsende				
Eichendorffstraße	jeweils einschließlich Wendehammer	1	VI	2	
Eichenstraße	von Grünbaumstraße bis Unnersberger Allee	1	IV	2	
Eichenstraße	von Unnersberger Allee bis Kreuzung Platzhofstraße/Brühler Straße	2	IV	1	
Eichenstraße	Stichstraße zu den Haus-Nr. 143 bis 131	1	IV		
Eichenstraße	Stichstraße Haus-Nr. 156 bis 174	1	IV	2	
Eick					
Eifelstraße		1	IV	1	

Eigen					
Eigener Berg	von Frankfurter Damm bis Brahmstraße			2	
Eigener Feld					
Eiland		1	II	1	3
Einsteinstraße		1	IV	2	
Eintrachtstraße		1	IV	2	
Eipaßstraße		1	IV	2	
Eisenstraße		1	V	2	
Eislebener Straße		1	III	1	
Elbestraße	von Hackhauser Str. bis Lahnstraße	1	V	2	
Elbinger Straße		1	VI	2	
Elisabethweg	von Cronenberger Straße bis einschließlich Wendehammer	1	V	2	
Elisabethweg	von Wendehammer bis Kuller Straße				
Elisenstraße		1	IV	2	
Ellerstraße L 288		2	III	1	
Elsa-Brändström-Straße		1	IV	2	
Elsässer Straße		1	V	2	
Else-Lasker-Schüle-Straße		1	VI	2	
Elsterbusch					
Elsterbuscher Weg	von Vockerter Straße bis Bussardweg (einschl. Elsterbuscher Weg Haus-Nr. 46 und 51)			2	
Elsterbuscher Weg	ab Haus-Nr. 46 und 51 bis Peresstraße				
Emdenstraße		1	III	1	
Emilienstraße		1	IV	2	
Emmastraße		1	V	2	
Emscherstraße	von Bonner Straße bis Weststraße	1	III	2	
Emscherstraße	von Weststraße bis Emdenstraße	1	III	1	
Emslandstraße	von Zietenstraße bis Siegerlandstraße	1	VI	2	
Emslandstraße	von Siegerlandstraße bis Ausbauende(einschl. Sauerlandstr. 19 tlw sowie Fl 98 Fs 313)	1	VI		
Emslandstraße	Durchfahrt zur Sauerlandstr. zwischen den Häusern Sauerlandstr. 15 und 17	1	VI		
Emslandstraße	Stichstraße zu den Häusern Emslandstraße Haus- Nr. 26-42	1	VI		
Enderskotten					
Engelsberg		1	IV	2	
Entenpfuhl	ab Hauptstraße bis Ecke Goerdeler Straße (betreffend Haus Nr. Entenpfuhl 1, 3, 5 sowie Ufergarten 35)	1	II	1	3
Entenpfuhl	ab Ufergarten bis Birkenweiher (betreffend Haus Nr. Entenpfuhl 2, 4, 6, 8, 12)	1	II	1	3
Entenpfuhl	von Werwolf bis Goerdeler Straße (betreffend Haus Nr. Entenpfuhl 7, 9, 11)	2	II	1	3
Enzianweg		1	V	2	
Enzianweg	Teilbereich von Aufderhöher Straße bis Nr. 9/21; Reinigungsgrenze beim Ausbauende	1	V		
Enzianweg	Zufahrt zu den Haus-Nr. 41a bis 47; (Reinigungsgrenze Mitte Gebäude Nr. 41 bzw. Beginn des Flurstückes 401)	1	V		
Erasmusstraße		1	V	2	
Erasmusstraße	Zufahrt zu den Häusern Haus-Nr. 27, 27 a, 29 (nur Fl 20 Fs 367 tlw)				
Erbenhäuschen		1	V	2	
Erbenhäuschen	Weg neben Haus Nr. 31 zu den Häusern Nr. 41, 43, 43 a (Gemarkung Dorp, Flur 4, Flurstück 399)				
Erbenhäuschen	Weg Hasselstraße bis Efeuweg				
Erbslöhstraße		1	V	2	
Erf					

Erfer Straße		1	V	2	
Erholungstraße	bis einschl. Haus Nr. 21 bzw. 16 teilw.	1	IV	2	
Erich-Kästner-Weg					
Erikaweg		1	VI	2	
Erlenstraße		1	IV	2	
Ernst-Barlach-Straße		2	IV	1	
Ernst-Moritz-Arndt-Weg		1	V	2	
Ernst-Moritz-Franzen-Straße		1	IV	2	
Ernst-Walsken-Weg		1	VI	2	
Ernst-Woltmann-Straße		1	IV	2	
Erzgebirgestraße		1	VI		
Eschbach					
Eschbachstraße	von Solinger Straße bis Burgtalstraße	2	IV	1	
Eschbachstraße	Stichwege bei Haus Nr. 16 zur Schloßbergstraße				
Eschenweg				2	
Espenweg		1	VI	2	
Estherweg					
Eulerweg	von Eichenstraße bis Cantorweg	1	V	2	
Eulerweg	Stichstr. zu Haus-Nr. 3 - 3 f	1	V		
Falkenstraße		1	V	2	
Falkenstraße	Stichstraße zwischen Haus-Nr. 7 und 13	1	VI		
Fallerslebenweg	ab Deller Straße bis Gräfrather Straße	1	IV	2	
Fallerslebenweg	ab Gräfrather Straße bis Holbeinstraße				
Fasanenstraße		1	VI	2	
Feldbergstraße	von Wendelsteinstraße bis Brockenstraße	1	V	2	
Feldbergstraße	von Wendelsteinstraße bis Watzmannstraße				
Felder Hof		1	V	2	
Felder Straße	von Schützenstraße bis Steinacker	1	IV	1	
Felder Straße	von Steinacker bis Theegartener Straße	1	IV	2	
Feldstraße					
Feuerbachstraße					
Fichtestraße		1	VI	2	
Finkenstraße	ab Gabelsbergerstraße bis Argonner Weg	1	V	2	
Finkenstraße	ab Argonner Weg bis Wachtelstraße	1	V		
Fischeweg					
Flensburger Straße		1	V	2	
Fleußmühle					
Fliederweg	von Gillicher Straße bis Enzianweg	1	V	2	
FliedenNeg	von Enzianweg bis Ausbauende				
Flockertsholzer Weg					
Florastraße	ab Oststraße bis Haus-Nr. 49/54	1	IV	2	
Florastraße	von Goerdelerstraße bis Oststraße	1	IV	1	
Florastraße	Weg zu den Haus-Nr. 51 bis 62 (Flur 12 Flurstück 98)	1	VI		
Florettweg		1	VI	2	
Flurstraße		1	IV	2	
Focher Dahl	bis Bebauungsende				
Focher Straße		2	III	1	
Focher Straße	von Holbeinstraße bis Demmeltrather Straße	2	IV	1	
Föhrenstraße		1	VI	2	
Föhrenstraße	Verbindungsweg zur Oststraße				
Fontanestraße		1	V	2	
Forststraße	von Düsseldorfer Straße bis Talstraße	1	III	1	
Forststraße	von Talstraße bis Südstr.	1	III	2	
Forststraße	von Südstraße bis Hackhauser Straße	1	IV	2	
Forststraße	von Hackhauser Straße bis Nr. 80	1	VI		
Frankenplatz		1	IV	2	
Frankenstraße		2	III	1	
Frankenstraße	von Focher Str. bis Spielfläche (alter Straßenverlauf)	2	IV	2	

Frankenstraße	Stichweg zu den Häusern 86, 86 a, 88, 88 a				
Frankenstraße	Stichweg zu den Häusern 74,76 a				
Frankfurter Damm		2	IV	1	
Franklinplatz		1	IV	2	
Franklinplatz	Platzanlage vor Haus-Nr. 4 und 5				
Franklinplatz	Stichweg zwischen Haus Nr. 6 und 7				
Fraunhoferstraße		1	IV	2	
Freiheitstraße		1	V	2	
Freiligrathstraße		2	IV	1	
Friedenstraße		2	III	1	
Friedenstraße	Stichstraße von Nr. 130/132				
Friedenstraße	Stichstraße zwischen Nr. 137 und 141 bis Haus Nr. 137 b				
Friedrich-Albert-Lange-Straße		1	V	2	
Friedrich-Ebert-Straße	von Haus Nr. 161-177 (Fußgängerzone)	1	II	1	6
Friedrich-Ebert-Straße	von Holbeinstraße bis Frankfurter Damm	2	III	1	
Friedrich-Ebert-Straße	von Frankfurter Damm bis Schwindstraße	1	III	1	
Friedrich-Ebert-Straße	von Schwindstraße bis Weyerstraße	2	III	1	
Friedrich-Ebert-Straße	von Haus Nr. 210 bis 226 A	1	VI		
Friedrich-Engels-Weg		1	V	2	
Friedrich-Wilhelm-Straße	von Mittelgönrather Straße bis Untengönrather Straße	1	IV	2	
Friedrich-Wilhelm-Straße	von Kreuzweger Straße bis Straßenende/Brücke	1	V	2	
Friedrich-Wilhelm-Straße	von Dingshauser Straße bis Kreuzweger Straße	1	IV	2	
Friedrich-Wilhelm-Straße	von Dingshauser Straße bis Haus Nr. 59/60	1	IV	2	
Friedrichsaeue					
Friedrichstal	von Friedrichstaler Str. bis Friedrichsaeue				
Friedrichstal	von Friedrichstaler Str. bis Untenrüden			1	
Friedrichstaler Straße				1	
Friedrichstraße		2	III	1	
Friedrichstraße	Weg zu Haus Nr. 6 (Flur 21 Flst. 20,34 tlw.)				
Friesenstraße					
Fritz-Haber-Straße		1	VI	2	
Fritz-Reuter-Straße		1	V	2	
Fronhof	von Küstergasse bis Klosterwall	1	II	1	6
Fronhof	von Hauptstraße bis zur Treppe nördlich der Stadtkirche (nur Fußweg daher kein WD)	1	II		6
Fronhof	Stichstraße entlang Nr. 14 bis 17 einschließlich der Tre e nördlich der Stadtkirche	1	II	1	6
Frühlingstraße		1	VI	2	
Fuchsweg		1	VI	2	
Fuhr					
Fuhrstraße		1	IV	1	
Fürkeltrath					
Fürker Wen		1	IV	2	
Fürker Straße		1	V	2	
Fürkerfeldstraße		1	IV	2	
Gabelsberger Straße		1	IV	2	
Gabelstraße		1	VI	2	
Garnisonstraße	von Gerberstr. Gräfrather Markt	1	IV	2	
Garnisonstraße	von Wuppertaler Str. bis Gerberstr.	1	IV	1	
Gartenstraße		1	V	2	
Gärtnerstraße	von Schreinerstr. bis Hs-Nr. 11/12 bzw. zweiter Einfahrt Maurerstraße	1	V	2	
Gärtnerstraße	von Jakobshäuschen bis Hs-Nr. 65				
Gärtnerstraße	von Haus Nr. 11/12 bis Haus-Nr. 45/46			2	
Garzenhaus					
Gasstraße		1	IV	1	
Gasstraße	Stichstraße zwischen Nr. 35 und 37	1	VI	2	
Gasstraße	Stichweg zwischen Nr. 9 und 11				

Gaußweg		1	V	2	
Gebhardtstraße	von Dültgenstaler Straße bis Friedrich-Ebert-Straße	1	V	2	
Gebhardtstraße	von Dültgenstaler Straße bis Liebermannstraße	1	IV	1	
Geibelstraße	von Merscheider Straße bis Fürker Straße	1	V	2	
Geibelstraße	von Fürker Str. bis Gellertstraße				
Geilenberg					
Geilenberger Weg		1	V	2	
Gellertstraße		1	IV	2	
Gellertstraße	Zufahrt in südöstl. Richtung im Kurvenbereich zu Haus Nr. 18				
Georg-Herwegh-Straße		1	V	2	
Georgestraße	von Schenkendorfstraße bis Demmeltrather	1	V	1	
Georgestraße	von Demmeltrather Straße bis Irler Straße				
Geranienweg		1	VI	2	
Gerberstraße	von Garnisonstraße bis Huttenstraße	1	IV	1	
Gerberstraße	von Gräfrather Markt bis Huttenstraße	1	IV	2	
Gerhard-Hebborn-Straße		1	VI	2	
Gerhart-Hauptmann-Straße		1	VI	2	
Gerichtstraße	von Lindenstr. bis Werwolf	1	V	2	
Germanenstraße		3	III	1	
Gernotweg		1	V	2	
Gertrudisstraße	von Cronenber er Str. bis A nesstr.	1	V	2	
Gesundheitstraße		1	VI		
Gesundheitstraße	Gesundheitstraße Weg (FI 53 Fs 154,235,341) bei den Häusern Haus Nr. 30-38 sowie 35-39				
Gillicher Straße	von Aufderhöher Straße bis Holzhof	1	V	2	
Gillicher Straße	von Holzhof bis Eickenberg				
Ginsterweg		1	V	2	
Giselherweg		1	VI	2	
Gläßnerstraße		1	IV	1	
Gleiwitzer Straße		1	V	2	
Glockenstraße		1	IV	1	
Gluckstraße		1	VI	2	
Glüder					
Glüderstraße K004				1	
Goebenstraße		1	V	2	
Goerdelerstraße		2	II	1	3
Goethestraße		1	V	2	
Goldberger Weg		1	V	2	
Goldstraße		1	IV	2	
Gönrather Straße					
Gotenstraße		3	IV	1	
Götsche				2	
Gottfried-Kinkel-Weg		1	IV	2	
Gottlieb-Heinrich-Straße		1	IV	2	
Goudastraße	Stichweg zu Nr. 56 bis 68	1	VI		
Goudastraße	Stichweg zu Nr. 45 bis 51	1	VI		
Goudastraße	Stichweg zu Nr. 72 bis 76	1	VI		
Goudastraße		1	V	2	
Grabbestraße		1	IV	2	
Grabenstraße		1	V	2	
Graf-Adolf-Straße		1	VI	2	
Graf-Engelbert-Straße	von Kölner Straße bis Birker Straße	3	III	1	
Graf-Engelbert-Straße	von Birker Straße bis Elisenstraße	1	IV	2	
Graf-Wilhelm-Platz		1	II	2	
Gräfrather Markt		1	IV	2	
Gräfrather Straße	von Heresbachstraße bis Demmeltrahter Straße	1	IV	2	
Gräfrather Straße	von Fallerslebenweg bis Straucher Straße			2	

Gräfrather Straße	von Fallerslebenweg bis Holbeinstraße	1	IV	2	
Grenzstraße	ab Laibacher Straße bis Stadtgrenze Haan (Ohligser Straße)				
Greuel					
Grillparzerstraße		1	V	2	
Grillparzerstraße	Stichweg zu Nr. 4 bis 10	1	VI		
Grillparzerstraße	Stichweg zu Nr. 12 bis 18				
Grillparzerstraße	Stichweg zu Nr. 20 bis 26				
Grimmstraße	bis Ausbauende	1	IV	2	
Gröditzberg		1	VI	2	
Grünbaumstraße		1	IV	2	
Grund					
Grundstraße	bis Wielandstraße	1	V	2	
Grünental					
Grünwalder Straße B 229		2	III	1	
Grünstraße	von Düsseldorfer Straße bis Talstraße	1	III	1	
Grünstraße	von Talstraße bis Südstraße	1	III	2	
Gudrunstraße	ganz	1	VI		
Guntherstraße		1	IV	2	
Gütchen					
Gutenbergstraße		1	VI	2	
Haaner Berg	bis Rolsberger Straße	1	V	2	
Haaner Berg	ab Rolsberger Straße bis Ittertalsstraße				
Haaner Straße	von Kreuzung Bayerter Str. bis Ittertalsstr.	2	IV	1	
Haaner Straße	von Freiheitsstr. bis Kreuzung Bayerter Str.	1	V	2	
Haaner Straße	von Ittertalsstraße bis Haus Nr. 175				
Haasenmühle					
Hacketäuerstraße		1	IV	1	
Hacketäuerstraße	Weg zu den Häusern Haus Nr. 108 - 110 c (FI 15 Fs 181)				
Hackhauser Straße		2	III	1	
Hagedornweg	von Wiefeldick bis Einmündung Holunderweg	1	V	2	
Hagedornweg	von Holunderweg bis Haus Nr. 35				
Hagenstraße		1	VI	2	
Hahnenhausstraße		1	V	2	
Hahnstraße				2	
Halfenweierplatz					
Halfesweg		1	V	2	
Hamburger Straße		1	V	2	
Hammerfeldweg	von Hossenhauser Straße bis einschließlich Nr. 10/11				
Hammerstraße		1	V	2	
Händelstraße		1	V	2	
Hansastraße		3	IV	2	
Hans-Keßler-Straße	von Erlenstraße ganz	1	VI		
Hartmannstraße		1	V	2	
Hasencleverstraße		3	IV	1	
Hasencleverstraße	Stichstraße bei Haus-Nr. 46 bis einschließlich Wendeplatz	1	V	2	
Hasseldeller Weg					
Hasselstraße		1	IV	1	
Hästen				2	
Hästener Weg		1	V	2	
Hästener Weg	Stichstraße zu den Häusern Nr. 51 a - 51 d und 53 b bis 53 g (FI 42 Fs 760,715,718)	1	VI		
Hästener Weg	Weg zu den Häusern Nr. 10 a, 12, 14, 16, 18, 20, 20 a, 22, 24 (FI 42 Fs 753)				
Hauffstraße				2	
Haumannstraße		1	IV	2	

Hauptstraße		1	II	1	6
Haynauer Weg		1	VI	2	
Hebbelstraße		1	VI	2	
Heckener Straße	bis Ende einschl. Wendehammer	1	VI	2	
Hegelring		1	IV	2	
Heidberg					
Heide					
Heider Hof		1	IV	1	
Heidstraße		1	IV	2	
Heiler Straße	bis Bebauungsende				
Heiligenstock		1	III	1	
Heiligenstock	Stichstraße zu Nr. 34 a bis 36	1	IV	2	
Heiliger Born		1	VI	2	
Heinestraße	ganz	1	III	2	
Heinestraße	von Bergstraße bis Am Neumarkt Parkplatzseite - zusätzlich -				3
Heisterbusch		1	VI	2	
Helenenstraße		1	V	2	
Heliosweg					
Helmholtzstraße		1	VI	2	
Helsinkistraße	Weg entlang Nr. 22 bis 28 a	1	VI	2	
Helsinkistraße		1	VI	2	
Helsinkistraße	Weg entlang Nr. 21, 29, 34	1	VI	2	
Helsinkistraße	Weg entlang Nr. 4, 10, 16	1	VI	2	
Helsinkistraße	Weg entlang Nr. 1, 3, 7	1	VI	2	
Henckelsstraße		1	IV	1	
Henri-Dunant-Straße		1	IV	2	
Henriettenstraße		1	V	2	
Hensberg					
Henshauserfeld		1	V	2	
Henshauserfeld	Verbindungsweg zur Friedrich-Ebert-Straße 100- 104	1	V		
Henshauser Straße		1	IV	2	
Herbert-Schade-Weg		1	VI		
Herberger Straße		3	IV	1	
Herderstraße	von Haus-Nr. 8 bis Wielandstraße	1	V	2	
Heresbachstraße		1	IV	1	
Heribertweg					
Hermann-Hesse-Weg	von Höhscheider Straße bis Alemannenstraße	1	VI	2	
Hermann-Hesse-Weg	von Alemannenstraße bis Haus Nr. 9				
Hermann-Hesse-Weg	von Haus Nr. 9 bis Friedenstraße	1	VI		
Hermann-Löns-Weg	von Schwanenstr. bis Teichstraße	1	IV	2	
Hermann-Löns-Weg	von Teichstr. bis Bebauungsende				
Hermann-Meyer-Straße		1	V	2	
Hermannstraße		1	V	2	
Hermelinstraße	von Gläßnerstr. bis einschließlich Haus-Nr. 81/90	1	VI	2	
Hermelinstraße	von Josefstr. bis Gläßnerstr.	1	VI	1	
Hermelinstraße	ab Haus-Nr. 81/90				
Hertzweg		1	VI	2	
Herzogstraße		1	V	2	
Hessenweg		1	VI	2	
Heukämpchenstraße		1	IV	2	
Hildebrandstraße		1	V	2	
Hildener Straße L85		2	III	1	
Hildener Straße L85	Weg von Hildener Straße zum Schlachthof bis Hamburger Straße	1	V	2	
Hildener Straße L85	Weg von Hildener Straße zum Schlachthof von Hamburger Straße bis Ende				
Hildener Straße L85	Verbindungsweg (V 520) neben Haus-Nr. 19 bis Lübecker Straße			2	

Hillingweg				
Himbeerweg				
Hingenberg				
Hintenmeiswinkel				
Hintenmeiswinkeler Weg	von Börsenstraße bis Tellstraße	1	IV	1
Hintenmeiswinkeler Weg	von Tellstraße bis Kulle			2
Hintenmeiswinkeler Weg	ab Kulle bis Ende			
Hirschweg		1	VI	
Hochstraße		1	IV	2
Höfchen		1	VI	
Hoffnung	von Mangenberger Straße bis einschl. Haus Nr. 14/15	1	VI	2
Hofgerichtsweg	von Bayerter Straße bos Monhofer Feld	1	IV	1
Hofgerichtsweg	ab Monhofer Feld bis Prinzenstraße	1	IV	2
Hofstraße		1	IV	2
Höhe				
Höhscheider Wiesen		1	VI	
Hohenfriedberger Straße		1	VI	
Hohenscheid				
Höher Heide	von Nußbaumstraße bis Erikaweg	1	VI	2
Höher Straße		2	IV	1
Hohlen uhler We				
Hohlstraße		1	IV	1
Höhmansberg				
Höhrath	von Angerscheid bis Buswendeplatz	1	V	1
Höhrath	ab Buswendeplatz			
Höhscheider Feld		1	VI	2
Höhscheider Hof		1	VI	2
Höhscheider Straße		2	IV	1
Höhscheider Weg		2	IV	1
Höhscheider Weg	Stichstraße nordwestlich Nr. 39	1	V	1
Höhscheider Wiesen		1	VI	
Holbeinstraße	von Focher Straße bis Wittkuller Straße	2	IV	1
Holbeinstraße	von Wittkuller Straße bis Gräfrather Straße			
Hölderlinstraße		1	IV	2
Holleweg				2
Holsteiner Straße		1	V	2
Holunderweg	von Hagedornweg bis Am Bergelchen	1	V	2
Holz				
Holzhof	bis Bebauungsende			
Holzkamp				
Holzkamper Weg				
Hoppenböcken				
Hossenhauser Straße		2	IV	1
Hossenhauser Straße	Stichweg zwischen Haus Nr. 205 und 211			
Hübben				
Hubert-Mallmann-Weg		1	VI	
Hubertusstraße		2	III	1
Hügelstraße		1	VI	2
Hugo-Schaal-Weg		1	V	2
Hülsen	Einfahrt bei Uferstraße zwischen Haus Nr 57a und 59 bis Hülsen 26	1	VI	
Humboldtstraße		1	V	2
Hunoldstraße	ganz	1	VI	
Hunsrückstraße		1	IV	2
Huttenstraße		1	IV	1
Im Heiderbusch		1	VI	2
Im Ohligs L288		2	III	1
Im Wöll	von Bergerstraße bis Hs-Nr. 32			
In den Locher Wiesen		1	VI	2

In der Freiheit		1	IV	2	
In der Planke					
Industriestraße		1	V	2	
Ingridweg					
Wen					
Irlter Hof	von Untenhöhscheid bis Kohlsberger Straße	1	V	1	
Irlterfeld		1	V	2	
Irlter Straße		1	V	2	
Itterberger Straße		1	V	2	
Itterstraße		1	V	2	
Ittertälstraße	von Talblick bis Stadtgrenze Haan	2	IV	1	
Ittertälstraße	von Bausmühlenstr. bis Obenitterstraße	1	IV	2	
Ittertälstraße	von Obenitterstraße bis Talblick	1	IV	1	
Jägerstraße	von Ahornstraße bis Hildebrandstraße	1	V	2	
Jä erstraße	von Ahornstraße bis Wuppertaler Str.				
Jahnstraße		1	V	2	
Jakob-Lebel-Weg		1	VI	2	
Jakobshäuschen	von Mangenberger Straße bis Berg-Isel-Weg			2	
Jakobshäuschen	Stichweg zur Gärtnerstraße 65-69 sowie 64,66				
Jaspersstrasse	ab Nr. 13 bis Schelerstraße	1	V	2	
Johannisstraße		1	1 1		3
Johänntgesbruch					
Johänntgesbrucher Weg				2	
Jörgensfeld	von An der Jugendherberge bis Jörgensfeld einschl. Haus Nr. 14	1	VI	2	
Josefstal					
Josefstraße		1	V	1	
Junkerstraße		1	IV	2	
Kammerhauser Feld					
Kamper Straße L141		2	1 1	1	
Kanalstraße		1	IV	2	
Kantstraße		1	IV	2	
Karl-Haberland-Straße		1	VI	2	
Karl-Schurz-Weg		1	V	2	
Karlstraße		1	VI	2	
Kärntener Straße		1	IV	2	
Karolinenweg					
Kasernenstraße		1	111	2	
Kasernenstraße	Stichstraße zwischen Nr. 19 und 21				
Kasinostraße	von Hauptstraße bis Goerdelerstraße	1	11	1	6
Kasinostraße	von Goerdelerstraße bis Oststraße/Unter St. Clemens	1	1 1 1	1	
Kasinostraße	von Oststraße/Unter St. Clemens bis Klauberger Straße	1	IV	2	
Kasparstraße		2	1 1	1	
Kastanienweg	bis Bebauungsende				
Katharinenstraße		1	V	2	
Käthe-Kollwitz-Weg		1	VI	2	
Katternberger Straße		2	111	1	
Katzbach	von Wachtelstraße bis Finkenstraße			2	
Kauffunger Weg		1	VI	2	
Keldersstraße	von Forststraße bis Kieler Straße	1	III	1	
Keldersstraße	Stichweg zum Hochbunker	1	V	2	
Keplerweg		1	V	2	
Ketzberger Straße		1	IV	2	
Keusenhof					
Kiebitzweg		1	V	2	
Kiefernstraße		1	V	2	
Kieler Straße		1	111	1	
Kiesbuckel					

Kirberger Straße		1	IV	2	
Kirchgasse		1	IV		
Kirchplatz		1	II	1	6
Kirchstraße		1	II	1	6
Kirchtreppe	von Gräfrather Markt bis zur Kath. Kirche - Treppenanlage -	1	V		
Kirchtreppe	Weg bei Kirchtreppe Haus-Nr. 1 und 3 zur Straße Tappken	1	V		
Kirschbaumer Hof	von Friedrichstr. bis Neckarstraße	1	V		
Kirschbaumer Hof	ab Neckarstraße				
Kirschbaumer Straße		1	IV	1	
Kirschheider Straße		1	V	2	
Klauberg					
Klauberger Straße		1	IV	1	
Klauberger Straße	Stichweg zu den Haus-Nr. 60-68 (Fl 104 Fs				
Kleiberweg		1	V	2	
Klein-Heipertz					
Kleine Kamper Straße		1	V	2	
Kleine Straße		1	V	2	
Kleinenberger Straße	von Beethovenstr. bis Zeppelinstraße	2	IV	1	
Kleinenberger Straße	von Zeppelinstr. bis Lehner Str./Ecke Dültgenstaler Straße	1	VI	2	
Kleiststraße		1	IV	2	
Klemens-Horn-Straße		1	IV	2	
Klingenstraße		2	IV	1	
Klingenstraße	Stichweg zwischen den Häusern Nr. 103 und 105 (Gem. Dorp, Flur 93, Flurst. 494, 239 tlw)	1	VI		
Klommenberg		1	V	2	
Klosterhof		1	V	2	
Klosterwall		1	II	1	6
Köcherstraße	Henckelstraße bis Worringer Straße	1	V	2	
Köcherstraße	Worringer Straße bis Obenpilghausen				
Kohlbusch		1	VI	2	
Kohlerfeld		1	V	2	
Kohlerfeld	Stichweg zwischen den Häusern Nr. 31 und 32 zum Spielplatz				
Kohlfurth	bis Bebauungsende				
Kohlfurth Straße	von Kohlfurth bis Haus-Nr. 19/41				
Kohlfurth Straße	von Haus Nr. 30 bis Auer Weg				
Kohlsberger Straße		1	V	1	
Kohlsberger Straße	Stichstraße zwischen Haus-Nr. 7 c und 15				
Kölner Straße	von Martin-Luther-Straße bis Birkenweiher	2	II	1	
Kölner Straße	von Birkenweiher bis Peter-Knecht-Straße	1	II	1	
Kölner Straße	von Ufergarten bis Peter-Knecht-Straße	1	II	1	3
Kölner Straße	von Kölner Straße 136 bis Ufergarten	1	II	1	6
Kölner Straße	von Kölner Straße 138 bis Hauptstraße (Fußgängerzone bis einschl. Kölner Str. 150)	1	II	1	6
Kolumbusstraße	von Richard-Wagner-Straße bis Flensburger Straße	1	V	2	
Königgrätzer Straße		1	V	2	
Königsberger Straße		1	V	2	
Königsmühle		1	VI		
Königsmühle	Stichweg zu den Häusern Nr. 5 und 7				
Königsmühler Weg		1	V	2	
Konrad-Adenauer-Straße		2	II	1	3
Kopernikusweg	bis Wendeplatz Haus 34/36 und 31	1	V	2	
Kopernikusweg	Verbindungsweg zum Hästener Weg, ab Wendeplatz (Flur 42 Flurstück 607)				
Körnerstraße		1	IV	2	
Kornstraße	von Weyerstraße bis einschl. Nr. 19 (Flurstück	1	V	2	

Kornstraße	ab Hs-Nr. 19 weiterer Straßenverlauf				
Kottendorfer Straße		1	IV	1	
Kottendorfer Straße	Stichweg zu den Häusern 30a bis 32 a	1	VI		
Kottendorfer Straße	Stichstraße zu den Häusern 37 a bis 37 f				
Kotter Feldweg		1	VI	2	
Kotter Hammer					
Kotter Straße	Stichstraße zu den Hs-Nr. 2 bis 22	1	111	2	
Kotter Straße	von Weyersberger Str. bis Mangenberger Str.	2	III	1	
Kotterheidberg	bis Bebauungsende				
Kottermühlenstraße		1	V	2	
Kotzterter Straße	von Eipaßstraße bis Stadtgrenze nach Haan	1	VI	1	
Kovelenberg	bis Bebauungsende				
Krahenhöher Weg	von Schaberger Straße bis einschl. Haus-Nr. 23			2	
Kranichweg	bis einschl. Wendehammer	1	V	2	
Kranichweg	ab Wendehammer bis Ausbauende				
Krausen					
Krausener Straße		1	V	2	
Krautstraße	von Adolf-Clarenbach-Str. bis Menzelstr.	1	V	2	
Krebsweg	von Kempen bis Wassermannweg				
Kreuzstraße		1	V	1	
Kreuzweger Straße		1	V	2	
Kriemhildenstraße		1	V	2	
Kronenstraße		1	IV	2	
Kronprinzenstraße		2	III	1	
Krüdersheide					
Kuckesberg					
Kuckesberger Weg					
Külf	bis einschl. Külf Haus Nr. 29			2	
Kulle					
Küllersberg		1	V	2	
Kuller Straße		2	III	1	
Küppersfeld		1	V	2	
Küppersfeld	Stichstraßen (Flur 102, Flurstücke 81 + 86)				
Kurfürstenstraße		1	IV	1	
Kurze Straße		1	V	2	
Küstergasse		1	II	1	6
Kyffhäuserstraße		1	IV		
Kyllmannweg	von Merscheider Straße bis einschl. Nr. 33	1	IV	1	
Kyllmannweg	Stichweg neben Haus Nr. 25				
Kyllmannweg	nach Haus Nr. 33 bis Ende				
Lacher Feld					
Lacher Straße	von Börsenstraße bis einschließlich Nr. 59/62	1	IV	1	
Lacher Straße	von 59/62 bis Wippe			1	
Lahnstraße		1	V	2	
Laibacher Straße		1	V	2	
Laiken		1	VI	2	
Landhausstraße					
Landwehrstraße	von Aufderhöher Str. bis Nr. 56/Flurstück 288	2	111	1	
Landwehrstraße	Stichweg in Höhe Nr. 42				
Langhansstraße	von Bonner Str. bis Langhansstr. 20	2	IV	1	
Langhansstraße	ab Hs-Nr. 20 bis Stadtgebiet Haan			1	
Lehmbruckstraße	von Krausener Straße bis einschl. Wendeplatz	1	V	2	
Lehmkuhle				2	
Lehn	von Lehner Str., entlang der Haus Nr. 4-14 bis einschl. Haus Nr. 22 bzw. Fl 75 Fs 12,216 tlw.	1	VI		
Lehn	von Brucknerstraße bis Hs-Nr. 27				
Lehner Straße		1	IV	1	
Leichlinger Straße K001		1	V	1	
Leipnizstraße		1	V	2	
Leipziger Straße	von Caspersbroicher Weg bis Wendeplatz	1	V	2	

Leipziger Straße	Stichweg bei Hs-Nr. 36 zur Weyerstraße				
Lenbachstraße		1	VI	2	
Lennestraße		1	III	1	
Lerchenstraße		1	V	2	
Lessingstraße					
Liebermannstraße		2	IV	1	
Liebigstraße		1	V	1	
Lilienstraße		1	V	2	
Lilienthalstraße		1	V	2	
Limminghofer Straße				2	
Linde					
Lindenbaumstraße		1	IV	2	
Lindenhof					
Lindenstraße		1	V	2	
Lindersberg					
Lindgesfeld		1	IV	1	
Lingmannstraße		1	V	2	
Linkgasse		1	II	1	6
Lippestraße		1	III	2	
Lochbachstraße					
Locher Büschchen	von Locher Kotten bis einschl. Haus-Nr. 30/Garagen Fs 179 ua Wendeplatz	1	VI		
Locher Büschchen	ab Wendeplatz in südwestlicher Richtung ab Haus-Nr. 31 bis Beginn Privatstrasse bei Locher Kotten 21				
Locher Kotten	von Locher Straße bis Höher Straße	1	IV	2	
Locher Straße	von Beethovenstraße bis Locher Kotten	1	IV	2	
Locher Straße	von Wiedenkamper Straße bis Egmontstraße	1	IV	2	
Locher Straße	von Locher Kotten bis Egmontstraße				
Lohdenberg					
Löhdorf	ganz	1	VI	2	
Löhdorfer Feld					
Löhdorfer Straße	ab Friedenstraße	2	IV	1	
Löhdorfer Straße	von Aufderhöher Straße bis Friedenstraße	2	III	1	
Lortzingstraße		1	V	2	
Lotharstraße					
Lotsenstraße		1	V	2	
Löwenburgstraße		1	VI		
Lübecker Straße	ab Verbindungsweg (V 520) von der Hildener Str. neben Haus-Nr. 19 bis Grenzstraße			2	
Lucasstraße	von Frankenstr. bis Obenscheidt bzw. Haus Nr. 31/31a/b ganz	1	V	2	
Lucasstraße	ab Obenscheid bis Schlagbaumer Str.				
Lüderitzweg		1	V	2	
Ludwig-Richter-Weg					
Ludwigsdorfer Weg		1	VI	2	
Ludwigsdorfer Weg	<small>VLlId IVTOM, LH1101111. 01.1UHL.1 I UUJ ...1 H../11CIUGI</small> Weges bei Haus Nr. 43 vor dem Garagengrundstück bis vor den Grundsücken Ludwigsdorfer Weg 21 und Schönfelder Weg 45				
Ludwigstraße		1	V	2	
Luisenstraße		3	IV	1	
Lüneschloßstraße	ganz und Stichstraße südwestlich von Nr. 40	1	IV	1	
Lützwowstraße	ab Alleestr. bis Heider Hof	2	IV	1	
Lützwowstraße	ab Melanchthonstr. bis Stadtgrenze Wuppertal	2	IV	1	
Lützwowstraße	Verbindungsweg zur Nibelungenstraße (Einfahrt bei Lützwowstr. 7; Ausgang bei Nibelungenstr. 69; Fl 44 Fs 18)				
Lützwowstraße	ab Heider Hof bis Melanchthonstr.				
Lützwowstraße	Weg nach Steinbeck				

Magnolienweg		1	V	2	
Mainauweg					
Mainstraße		1	V	2	
Malteserstraße	von Goerdelerstrasse bis Schwertstrasse	1	IV	1	
Malteserstraße	Stichstraße zu Nr. 21/23 a	1	IV		
Mangenberger Straße	von Kreuzung Mangenberg bis Einmündung Kotter Straße	2	III	1	
Mangenberger Straße	ab Kotter Straße	2	IV	1	
Mankhauser Straße		1	IV	2	
Margaretenstraße		1	IV	2	
Marienstraße		1	VI	2	
Marktstraße		1	V	2	
Marschnerweg		1	V	2	
Marsstraße		1	V		
Martin-Luther-Straße		2	IV	1	
Martinstrasse	von Unten önrather Straße bis Hs-Nr 61	1	IV	1	
Martinstrasse	von Hs-Nr. 61 bis Olgastraße				
Maschinenstraße				2	
Matthias-Claudius-Straße		1	VI	2	
Matthias-Claudius-Straße	Stichweg zu den Häusern 42 bis 82	1	VI	2	
Matthias-Claudius-Straße	Stichweg zu den Häusern 6 bis 22				
Matthias-Claudius-Straße	Stichweg zu den Häusern 26 bis 34	1	VI		
Maubeshauer Straße		1	V	2	
Maurerstraße		1	V	2	
Max-Leven-Gasse		1	III	2	
Max-Planck-Straße		1	V	2	
Meigen	von Meigener Straße bis Akazienweg	1	V	2	
Meigen	ab Akazienweg bis Meigener Str. (Hofschaft)				
Meigener Straße	von Klingestraße bis Steinacker	1	IV	2	
Meigener Straße	von Steinacker bis Remscheider Straße	1	IV	1	
Meisenburger Weg	bis einschl. Haus-Nr. 26/23	1	VI	2	
Meisenhof		1	VI	2	
Meißener Straße		1	VI	2	
Meistermannstraße		1	VI		
Melanchthonstraße	ab Kreuzung Heider Hof/Schulstraße bis Dycker Feld	1	IV	2	
Melanchthonstraße	ab Kreuzung Heider Hof/Schulstraße Richtung Wuppertal bis Flockertsholzer Weg/Lützwowstraße	2	IV	1	
Melbeckstraße		1	IV	2	
Memelstraße		1	V	2	
Menzelstraße	von Wittkuller Straße bis Charlottenstraße ganz	1	V	2	
Menzelstraße	von Charlottenstraße bis Dürerstraße				
Mercatorweg		1	V	2	
Mercimek-Platz					
Merianstraße		2	IV	1	
Merkurstraße		1	IV	2	
Merowingerstraße		1	V	2	
Merscheider Busch	ganz	1	IV	2	
Merscheider Busch	Stichweg in südwestlicher Richtung zu Haus Nr. 29 (FI 39 Fs 200,148,147)				
Merscheider Straße L141		2	III	1	
Merscheider Straße	Stichstraße neben Haus Nr. 217 zu Haus Nr. 221 c; FI 25 Fs 260				
Messerstraße		1	V	2	
Meteorstraße		1	V	2	
Meves-Berns-Straße		1	IV	2	
Michelsdorfer Weg		1	V	2	
Michelsdorfer Weg	Stichweg zwischen den Häusern Nr. 31 und 45	1	V		

Michelsdorfer Weg	Verbindungsweg zwischen den Häusern Nr. 61 und 62 zum Goldberger Weg				
Michelshäuschen					
Milchstraße	Zufahrt bei Werderstraße Haus Nr. 39			2	
Milchstraße	Zufahrt bei Dönhoffstraße 5 in westliche Richtung (FI 105 Fs 135)				
Mittagstraße		1	V	2	
Mittelfürkelt	bis Bebauungsende				
Mittelgönrather Straße	von Beethovenstraße bis Nr. 50	1	V	2	
Mittelgönrather Straße	ab Hs-Nr. 50 bis Dingshauser Straße				
Mittelhöhscheid					
Mittelhöhscheider Weg	bis Bebauungsende				
Mittelitter	von Ittertalsstraße bis Abzweigung westwärts zu den Häusern Mittelitter 11 13 15			2	
Mittelitter	Weg zu den Häusern Mittelitter 11 13 15				
Mittelitterstraße					
Mittelkatterberg	bis Bebauungsende				
Mittelpilghausen					
Mittelpilghäuser Weg	von Neuenhofer Str. bis Gabelstraße	1	V	2	
Mittelpilghäuser Weg	ab Gabelstr. bis Mittelpilghausen				
Mittelstraße		1	IV	2	
Mörikestraße	von Focher Straße bis Schlegelstraße	1	V	2	
Mörikestraße	von Schlegelstraße 15/17 bis einschl. Mörikestraße 40/31	1	VI		
Mohnweg					
Mohrenkamp	bis einschl. Haus-Nr. 15 und 20	1	VI	2	
Mollstraße					
Moltkestraße		1	V	2	
Monhofer Feld		1	IV	1	
Monhofer Straße		1	IV	1	
Montanushof	bis Bebauungsende				
Morgenstraße		1	V	2	
Moselstraße		1	V	2	
Mozartstraße		1	V	2	
Mühlendamm	von Eschbachstr. bis Wendeplatz bis Haus-Nr.	1	VI	2	
Mühlendamm	Stichstraße bei Haus-Nr. 14 zur Schloßbergstr.				
Mühlenstraße		2	111	1	
Mühlenteich					
Müritzstraße		1	VI	2	
Müritzstraße	Stichstraße zu Haus-Nr. 3 - 9	1	VI		
Müritzstraße	Stichstraße zu Haus-Nr. 14 -26	1	VI		
Müritzstraße	Stichstraße zu Haus-Nr. 23 -29	1	VI		
Mummstraße		1	11	1	6
Müngstener Brückenweg					
Müngstener Straße	von Eschbachstraße bis einschl. Haus Nr. 43, FI 7 Fs 94 einschl. Wendeplatz	1	V	2	
Müngstener Straße	ab Wendeplatz hinter Haus Nr. 43				
Nachtigallenweg	von Vockerter Straße bis einschl. Wendeplatz bei Haus Nr. 44/45	1	V	2	
Nachtigallenweg	von Wendeplatz bei Haus Nr. 44/45 bis Eichenstraße				
Nacken					
Nacker Weg					
Nahestraße		1	V	2	
Nansenstraße		1	V	2	
Naturpark	einschl. Parkplatz				
Neckarstraße		1	V	2	
Neptunstraße		1	IV	2	

Neptunstraße	ab HausNr. 82 sowie Merkurstr. 36 a tlw bis Rosenstraße	1	IV		
Ness-Ziona-Straße		1	VI		
Nettelbeckstraße		1	V	2	
Neu-Löhndorf	von Löhndorfer Straße bis Wendehammer	1	V	2	
Neuenhaus					
Neuenhof		2	IV	1	
Neuenhofer Straße		2	111	1	
Neuenkamper Feld		1	VI	2	
Neuenkamper Straße	bis Bauermannskulle	2	111	1	
Neuenufer					
Neustraße		1	IV	2	
Neutor		1	111		3
Nibelungenstraße	Stichstraße zu Nr. 41 b/43b	1	V	2	
Nibelungenstraße		1	IV	2	
Niederrheinstraße	von Siegerlandstraße bis Ausbauende bei Niederrheinstraße 23	1	VI		
Niedersachsenstraße	bis Wendehammer bei Hs-Nr. 16/22	1	V	2	
Niederstraße	von Weyerstraße bis Meteorstraße	1	V	2	
Niederstraße	von Meteorstraße bis Ausbauende	1	V		
Nietzschestraße		1	IV	2	
Nippesstraße		1	III	1	
Nöhrenhauser Straße					1
Noldestraße		1	VI		
Norbertstraße	von Martinstraße bis einschließlich	1	V	1	
Norbertstraße	Verbindungsweg von Wendehammer bis Ulrichstraße				
Nordstraße		1	V	2	
Normannenstraße	ganz einschl. Stichstraße	1	V	2	
Nümmen					
Nümmener Feld	bis Ausbauende ganz	1	IV	2	
Nümmener Straße		1	IV	2	
Nußbaumstraße	von Aufderhöher Str. bis Uhlandstr.	1	IV	1	
Nußbaumstraße	von Uhlandstr. bis Bonner Str.	1	IV	2	
Oben zum Holz	Einfahrt bei Obere Holzstr. 66 bis Ausfahrt bei Obere Holzstr. zwischen Haus-Nr. 47 und 49 a	1	VI	2	
Oben zum Holz	Weg ab Haus Nr. 77,79 in nördlicher Richtung zum Friedenstal bis einschl. Haus-Nr. 57				
Oben zum Holz	Weg in Höhe Haus Nr. 75 in westlicher Richtung zu den Häusern Haus Nr. 35,37,39,43,45,47,51				
Oben zum Holz	Weg nach Oben zum Holz Haus-Nr. 6,8,9,10,11 (Einfahrt bei Obere Holzstr. 43)				
Obenflachsberg	von Einfahrt Wuppertaler Str. bei Haus-Nr. 87 in südwestlicher Richtung bis zur Kreuzung Jägerstr./Hildebrandstr./Rüdigerstr. einschl. Haus-Nr. 85-91				2
Obenflachsberg	Weg zu den Haus Nr. 9,10,76-83 bei Haus-Nr. 101,102 in westlicher Richtung zur Dahler Str.				
Obenflachsberg	Weg zu den Haus Nr. 16,53,50 in nördlicher Richtung bis zu den Haus Nr. 44,46,47				
Obenflachsberg	von Einfahrt Wuppertaler Str. zu den Haus Nr. 62,49,74,48 bis Ende				
Obenflachsberg	von Einfahrt Wuppertaler Str. bei Haus-Nr. 99/101 in westlicher Richtung bis zu den Haus				
Obenflachsberg	ab Haus Nr. 59 als VBW zur Gartenstraße (FI 27 Fs 147)				
Obenfürkelt					
Obengönrath					
Obenhöhscheid		1	VI	2	
Obenitterstraße		1	V	2	

Obenitterstraße	Stichstraße zu den Häusern Haus-Nr. 42,44,46,48,50,52	1	VI		
Obenitterstraße	Stichstraße zu den Häusern Haus-Nr. 54,56,58,60,62,64,66,68	1	VI		
Obenkatternberg	bis Bebauungsende				
Obenketzberg	Stichstraße - Einfahrt vor Haus Nr. 1 und Ausfahrt zwischen den Häusern Haus Nr. 15 und 19; Fl 25 Fs 568				
Obenketzberg	von Lutzowstraße beginnend bei Haus Nr. 1 bis Untenketzberg	1	VI	2	
Obenpilghausen					
Obenpilghäuser Weg					
Obenrüden				2	
Obenrüdener Kotten					
Obenscheidt					
Ober der Mühle	von Höhscheider Straße bis Kreisverkehr	2	III	1	
Ober der Mühle	Stichweg westlich der Hofschaff Barl				
Obere Dammstraße	bis Wendehammer ganz	1	IV	2	
Obere Dammstraße	ab Wendehammer bis Schlagbaumer Straße				
Obere Hildener Straße		2	III	1	
Obere Holzstraße	von Lützowstraße bis einschl. Haus-Nr. 66; Einfahrt Oben zum Holz Haus Nr. 90,91	1	V	2	
Obere Holzstraße	ab Haus-Nr. 66				
Oberhaaner Straße	von Eipaßstr. bis Flur 16 Flurstück 240-242 (Einmündung Bandesmühle	1	IV	2	
Oberhaaner Straße	von Wuppertaler Str. bis Wendehammer	1	V	2	
Oberstraße		1	V	2	
Odentaler Weg L427	bis Ende Ortsdurchfahrt (Nr. 29/Bünkenberg 1 2) ganz	2	IV	1	
Ohliger Tor		1	II	1	6
Ohligser Feld	von Diepenbrucher Str. bis Wendehammer bei Haus-Nr. 33 bzw. 24	1	VI		
Ohli ser Feld	Stichstr. von Haus-Nr. 25 bis 17				
Ohligser Markt		1	II	1	3
Ohmweg		1	VI	2	
01 astraße				2	
Olgastraße	Stichweg zwischen Haus Nr. 50a und 77 zu den Häusern Haus Nr. 77, 81 und Scheuren 7 und 9				
Oligschlägerweg					
Oelmühle					
Olof-Palme-Straße		1	V	2	
Olof-Palme-Straße	Stichweg zu den Häusern 25-35	1	V		
Opferfelder Straße		1	IV	2	
Opladener Straße	Stichweg zu den Häusern 1b/3a (Fl. 53 Nr. 33)				
Oskar-Rieß-Straße		1	VI	2	
Oskar-Rieß-Straße	Weg zwischen HausNr. 3 und 5 Richtung Paul-Kircheis-Straße	1	VI	2	
Oststraße		2	IV	1	
Ottostraße		1	IV	2	
Otto-Müller-Straße		1	VI	2	
Palmenstraße		1	V	2	
Pappelweg		1	V		
Parallelstraße		1	IV	2	
Parkstraße		1	III	1	
Parsevalstraße				2	
Passauer Straße		1	VI		
Paul-Ehrlich-Straße		1	V	2	
Paul-Kircheis-Straße		1	VI		
Paulinenstraße		1	V	2	
Paulstraße		1	V	2	

Peresstraße				2	
Peter-Hahn-Weg		1	IV	2	
Peter-Henlein-Weg					
Peter-Höfer-Platz					
Peter-Knecht-Straße		1	III	2	3
Peter-Rasspe-Straße	von Stöcken bis Nr. 61	1	V		
Peter-Rasspe-Straße	von Hs-Nr. 61 bis Schrottberg				
Petersbergstraße		1	VI	2	
Pfaffenberg	von Pfaffenberger Weg bei Haus Nr. 288 bis einschl. Pfaffenberg Haus Nr. 47/54	1	VI	2	
Pfaffenberg	ab Haus Nr. 59 bis Ende				
Pfaffenberger Weg	bis Balkhauser Weg	2	IV	1	
Pfaffenberger Weg	ab Balkhauser Weg bis Hästen	1	V	1	
Pfaffenberger Weg	ab Hästen bis Haus-Nr. 288/289	1	V	2	
Pfaffenber er Weg	ab Nr. 290/291				
Pfalzstraße		1	VI	2	
Pfalzstraße	Stichweg zu Haus Nr. 8,12				
Pfeilststraße		1	IV	2	
Pfitznerweg		1	V	2	
Pflugweg		1	V	2	
Pflugweg	Weg zum Michelshäuschen				
Piepersberg		1	IV	1	
Pilghauser Straße	von Nr. 43 bis Josefstraße	1	V	2	
Pina-Bausch-Straße		1	VI	2	
Pirolweg		1	V	2	
Platzhofstraße K007		2	IV	1	
Plutoweg		1	VI		
Pohligshof					
Pommernweg		1	V	2	
Poschheider Straße	von Kronenstraße bis Wahrenkamp	1	VI	2	
Poschheider Straße	von Kronenstraße bis Venusstraße				
Poststraße		1	IV	1	
Potsdamer Straße		2	III	1	
Potshauser Straße		1	IV	2	
Pöttweg		1	VI	2	
Potzhofer Straße		1	IV	2	
Prinzenstraße		1	V	2	
Propstweg		1	V	2	
Pützfeld		1	VI		
Querstraße		1	IV	2	
Raabestraße		1	VI	2	
Raffaelstraße		1	IV	2	
Raffaelstraße	Stichweg bis Haus-Nr. 28/30				
Rankestraße		1	V	2	
Rathausstraße		2	IV	1	
Rathausstraße	Stichstraße und Park latz				
Rathland					
Ratinger Weg		1	V	2	
Rechenweg					
Rechtweg					
Regerstraße		1	IV	2	
Regerstraße	von Platzhofstr. bis Weinsberg	1	IV		
Regerstraße	von Platzhofstr. bis einschl. Haus Nr. 91			2	
Regerstraße	von Weinsberg bis Peresstraße				
Regerstraße	Stichweg bei Haus-Nr. 48 zum Friedhof				
Rehpfad		1	VI	2	
Reiderstraße		1	VI		
Reinekeweg		1	VI	2	
Reisstraße		1	V	2	
Rembrandtstraße		2	IV	1	

Remscheider Straße	von Schützenstraße bis Nr. 101/102 ganz	2	III	1	
Rennpatt		1	IV	1	
Rheinstraße		1	IV	2	
Richard-Wagner-Straße		1	V	2	
Richrather Straße	von Hildener Straße bis einsch. Nr. 1 6	1	V	2	
Richrather Straße	ab Nr. 18				
Richterweg		1	IV	2	
Riefnacken					
Rilkestraße	von Droste-Hülshoff-Straße bis Badstraße ganz	1	VI		
Ringelshäuschen	von Lützowstraße bis einsch. Nr. 74, 74 a und Flur 25, Flurstück 105 ganz	1	IV	2	
Ringelshäuschen	ab Hs-Nr. 74/74a bis Untenketzberg				
Ringelstraße		1	V	2	
Rinstraße		1	V	2	
Ritaweg	von Margaretenstraße bis Vereinsstraße			2	
Ritterstraße		2	IV	1	
Robert-Blum-Weg		1	V	2	
Robert-Klaas-Straße		1	V	2	
Robert-Koch-Straße		1	V	2	
Robert-Koch-Straße	Stichweg zu den Häusern Haus Nr. 3-11				
Rolandstraße	bis Wendepplatz	1	IV	2	
Rolsberg					
Rolsberger Straße	von Wittkuller Straße bzw. Friesenstr. bis Haus Nr. 36/37	1	VI	2	
Rolsberger Straße	von Haus Nr. 36/37 bis einsch. Haus Nr. 48/49	1	VI		
Rolsberger Straße	Einfahrt ab Haaner Berg (Rolsberger Str. 74) bis einsch. Rolsberger Str. Haus Nr. 53	1	VI	2	
Rölscheider Straße	von Börsenstraße bis Nr. 68/71	1	V		
Rölscheider Straße	ab Nr. 68/71 bis Bebauungsende				
Röntgenstraße		1	IV	2	
Roonstraße		1	IV	2	
Roseggerstraße	bis Wendepplatz	1	VI	2	
Rosenkamper Straße	bis einsch. Nr. 55 sowie einsch. Friedhof ganz	1	V	2	
Rosenstraße		1	V		
Rostertreppe		1	III		3
Rubensstraße	von Altenhofer Straße bis Dürerstraße	1	V	2	
Rubensstraße	von Dürerstraße bis Krausen				
Rübezahlstraße		1	VI	2	
Rückertstraße	von Scheffelstraße bis Hölderlinstraße	1	V	2	
Rückertstraße	von Hölderlinstraße bis einsch. Rückertstraße HausNr. 13/13a bzw. 14	1	V	2	
Rüdener Straße				1	
Rüdigerstraße	RÜDIGERSTRAßE Einfahrt nach Jägerstr. 50 bis einsch.	1	VI	2	
Rüdigerstraße	RÜDIGERSTRAßE Einfahrt Ahornstr./Ecke Wuppertaler Str. bis einsch. Haus-Nr. 9 und 12	1	VI		
Rudolf-Kronenberg-Weg		1	IV	2	
Rudolf-Schwarz-Straße		1	V	2	
Ruhrstraße		1	V	2	
Rupelrath	bis Bebauungsende				
Saarstraße		1	IV	2	
Sachsenstraße		1	IV	2	
Sandstraße	einschließlich Stichstraße zum MHKW ganz	3	IV	1	
Sängetweg		1	VI		
Saturnstraße		1	IV	2	
Sauerbreystraße		1	III	2	
Sauerlandstraße	von Siegerlandstraße bis Ausbauende bei Sauerlandstraße Haus Nr. 23 sowie Zufahrt zur Niederrheinstraße	1	VI		

Schaafenmühle					
Schaberfeld	ab Schaberger Straße bis einschl. Schaberfeld Haus-Nr. 34			2	
Schaberfeld	Weg zu den Haus-Nr. 38,40				
Schaberger Straße	von Burger Landstraße bis Eisenbahnbrücke	1	IV	2	
Schaberger Straße	ab Eisenbahnbrücke in östlicher Richtung zu Haus Nr. 124 bis Ende				
Schafenhaus					
Scharnhorststraße		1	IV	2	
Scharrenberg					
Scharrenberger Damm	von Mühlenstr. zur Neptunstr.	1	V	2	
Scharrenberger Damm	ab Haus-Nr. 3 bis Haus-Nr. 11 (Flur 72, Flurstück 97)				
Scharrenberger Straße		1	IV	2	
Scheffelstraße	Badstraße bis Rückertstraße	1	IV	2	
Scheffelstraße	Wiefeldicker Str. bis Badstraße	1	IV	1	
Scheider Mühlenweg		1	IV	1	
Scheidter Feld		1	IV	2	
Scheidter Feld	Verbindungsweg zur Schlagbaumer Straße				
Scheidter Straße		2	III	1	
Scheidterbachstraße	bis einschl. Haus Nr. 19	1	VI		
Schelerstraße		1	V	2	
Schellberger Weg	von Pfaffenberger Weg bis einschl. Schellberger Weg 36 und 43	1	V	2	
Schellberger Weg	von Hätener Weg bis Freibad				
Schellberger Weg	von Freibad bis Odentaler Weg				
Schellingstraße		1	IV	2	
Schenkendorfstraße		1	V	1	
Schieferweg					
Schieten					
Schillerstraße		1	IV	2	
Schimmelbuschweg	bis zur Einmündung der Stichstraße zu den Häusern 36 bis 56	1	IV	2	
Schimmelbuschweg	Stichstraße zu den Häusern 36 bis 56	1	IV		
Schimmelbuschweg	ab Einmündung der Stichstraße zu den Häusern 36-56 bis zum Ende der öffentlichen Straße bei Grundstücksgrenze zu Haus Nr. 55/68	1	IV		
Schlachthofstraße		1	IV	1	
Schlagbaumer Straße		2	III	1	
Schlegelstraße	Irlter Straße bis Mörickestraße	1	V	2	
Schlegelstraße	ab Mörickestraße				
Schleiermacherstraße		1	V	2	
Schleifersberg		1	V	2	
Schlicken	von Eichenstraße bis einschl. Schlicken 23/28	1	VI		
Schlicken	Stichstraße zu Haus-Nr. 21 c (Fl 57 Fs 474 teilweise)	1	VI		
Schlicker Weg		1	V	2	
Schloßbergstraße	bis Bebauuneende			2	
Schloßplatz	von Wermelskirchener Str. bis Steinweg bzw. bis einschl. Schloßplatz Haus-Nr. 11	1	IV	2	
Schloßplatz	ab Haus-Nr. 6 bis einschl. Haus Nr. 20/21	1	IV	2	
Schloßstraße		1	IV	2	
Schmalzgraben		1	IV	1	
Schmalzgrube		1	IV	1	
Schmalzgrube	von Mangenberger Straße entlang der Bahnlinie bis Bebauungsende				
Schmiedeweg		1	V		
Schneebacher Weg		1	VI		
Schneekoppenweg	(Flur 101 Flurstück 142) bis Haus Nr. 12; ohne Zufahrt zu den Haus Nr. 1 - 15				

Schnepperter Straße		1	V	2	
Schnittert	von Caspersbroicher Weg bis Bahnunterführung einschl. Schnittert 22 sowie Garagenhof (Fl 8 Fs 234)				
Schnitterter Weg	bis Bebauungsende				
Schnitzlerstraße		1	V	2	
Schöffengeweg		1	V		
Schönauer Weg		1	VI	2	
Schönfelder Weg		1	V	2	
Schöntal		1	IV	2	
Schopenhauerstraße		1	V	2	
Schorberger Straße		1	IV	1	
Schreinerstraße	von Mangenberger Straße bis Damaschkestraße	1	V	2	
Schrodberg					
Schubertstraße		1	V	2	
Schulerfeld					
Schulstraße		1	IV	1	
Schulte Vom Brühl		1	IV	2	
Schumannstraße		1	V	2	
Schürmannweg		1	VI		
Schützenstraße		2	III	1	
Schützenstraße	Stichstraße vor Haus Nr. 34 zu Haus-Nr. 32 d (Flur 89 Flurstück 98)				
Schwabenstraße		1	VI	2	
Schwalbenweg		1	V	2	
Schwanenstraße	von Hubertusstraße bis Buswendeschleife	3	IV	1	
Schwanenstraße	von Bonner Straße bis Hubertusstraße	1	IV	2	
Schwanenstraße	von Buswendeschleife bis Langhansstraße				
Schwarze Pfähle		2	III	1	
Schweizer Straße		1	V	2	
Schweriner Straße	von Altenhofer Straße bis Wendeplatz	1	V	2	
Schwertstraße		2	IV	1	
Schwesternstraße		2	II	1	
Schwindstraße		2	III	1	
Schwurweg					
Sedanstraße		1	V	2	
Severinstraße		1	IV	1	
Seydlitzstraße		1	IV	2	
Sichelweg					
Siebels		1	VI		
Siebengebirgsstraße		1	V	2	
Siebengebirgsstraße	Stichstr. zu Haus-Nr.28/30 (Flur 51 Nr.449,738,757)				
Siegerlandstraße	von Klingenstrasse bis Emslandstraße	1	VI	2	
Siegfriedstraße		1	V	2	
Sieglindenweg	bis einschl. Haus Nr. 20/25	1	VI	2	
Siegmundweg	bis Wendeplatz	1	VI	2	
Siemensstraße		1	IV	2	
Siemensstraße	Verbindungsweg von Siemensstraße 12/18 zur Weyerstraße 79/81				
Siepen	bis Bebauungsende				
Siriusweg		1	VI	2	
Solinger Straße L 407	von Wupperbrücke bis Haus Nr. 6 ganz	2	IV	1	
Sommerstraße		1	IV	2	
Sonnenschein	von Widerschein, bei HausNr. 6 und 9 in südlicher Richtung einschl. den Häusern 13-21	1	VI	2	
Sonnenschein	an HausNr. 21 und 34 in nord-östlicher Richtung einschl. den HausNr. 21,65-69 sowie 66-72, 72c, 72 b	1	VI		

Sonnenschein	an HausNr. 21 und 34 in süd-westlicher Richtung einschl. den HausNr. 34-62a sowie 23-57	1	VI	
Sonnenschein	nach Haus Nr. 27 Zufahrt zu Haus Nr. 35			
Sonnenschein	bei Haus Nr. 6 und 9 in südwestlicher Richtung zu den HausNr. 83 bis 87 auf Solinger Gebiet			
Sonnenstraße		1	IV	1
Sophienstraße	von Theresienstraße bis Annastraße	1	V	
Sophienstraße	von II. Stockdum bis Theresienstraße			
Soterweg		1	V	1
Spatenweg		1	V	2
Spechtpfad		1	V	2
Sperberstraße		1	V	2
Sperlingsweg		1	V	2
Spessartstraße	von Buchenstraße bis Hunsrückstraße	1	V	2
Spessartstraße	von Hunsrückstr. bis Erzgebirgestr.			
Spessartstraße	Stichstraße zwischen den Haus Nr. 11 und 21 zu den Häusern Spessartstraße 13 bis 19 a	1	VI	
Spessartstraße	Stichweg bei Haus Nr. 17 zum Spielplatz (FI 19 Fs 557)			
Spichernstraße		1	V	2
Spielbruch	von Grünbaumstraße bis einschl. Nr. 57	1	V	
Spielbruch	von Haus-Nr. 57 bis Lindenbaumstraße			
Spitzwegstraße		1	V	2
Sportstraße				
Spreestraße	Stadtgebiet Solingen ganz	1	VI	
Stadersberg				
Stahlstraße		1	V	2
Stammweg				
Starenweg	Stichweg zu Nr. 1 bis 33	1	VI	2
Starenweg		1	V	2
Starenweg	Stichweg zu Nr. 8 bis 28	1	VI	2
Steigerhäuschen		1	V	2
Steigerhäuschen	Stichweg zu den Häusern Nr. 8 und 10			
Steile Straße		1	V	2
Steinacker		1	IV	1
Steinbeck	von Lützwowstraße bis Hofschaff			
Steinberg	von Burger Landstr. bis Marmorweg	1	VI	2
Steinberg	ab Mamorweg			
Steinendorf				
Steinendorfer Straße		1	IV	2
Steines				
Steingarten	von Steinendorfer Str. bis Höhscheider Weg	1	VI	
Steinsiepen				
Steinstraße		1	III	2
Steinweg		1	IV	2
Steinweg	Stichweg von Haus Nr. 16 bis Nr. 21			
Stephanstraße		1	IV	1
Sternstraße		1	IV	2
Sternstraße	Stichweg entlang der Haus Nr. 36-49			
Stettiner Straße		1	V	2
Steubenstraße				
Stieglitzhof		1	VI	
Stierweg				
Stiftsgasse				
Stockdum I.				
Stockdum li.				
Stockdum lii.				
Stöcken	von Hasseldeller Weg bis Einmündung der Stichstraße zu den Häusern Nr. 49 bis 61	2	III	1
Stöcken	Stichstraße zu den Häusern Nr. 49 bis 61			

Stöckerberg					
Stockholmer Straße	Weg entlang Nr. 10, 16, 24 einschl. Wendehammer	1	VI	2	
Stockholmer Straße		1	V	2	
Stockholmer Straße	Weg entlang Nr. 28, 34, 42	1	VI	2	
Stockholmer Straße	Weg entlang Nr. 11 und 13	1	VI	2	
Stockholmer Straße	Weiterführung dieses Weges (Flurstück 314)				
Stockkamp		1	IV	1	
Stockstraße		1	V	2	
Stollenstraße				2	
Strandbadweg	von Wittkuller Str. bis Nr. 19/20	1	V	2	
Strandbadweg	von Nr. 19/20 bis Ittertalsstraße				
Straucher Straße		1	V	2	
Straussplatz		1	IV	1	
Stresemannstraße	von Friedrich-Ebert-Straße bis Wiedenkamper Straße	1	IV	1	
Stresemannstraße	von Walder Kirchplatz bis Wiedenkamper Straße (Fußgängerzone)	1	II	1	6
Strindbergweg	bis Bebauungsende				
Stübbener Straße		2	III	1	
Stübchen					
Sudetenstraße		1	IV	1	
Südstraße L141		2	III	1	
Südwall	von Hauptstraße bzw. Eiland bis Parkplatz	1	III		3
Suppenheider Straße		1	V	2	
Talblick K005		2	III	1	
Talsperrenstraße		1	IV	1	
Talstraße	von Wilhelmstr. bis Bonner Str.	2	III	1	
Talstraße	von Kieler Str. bis Wilhelmstr.	1	IV	2	
Tannenstraße	von Sudetenstraße bis Theresienstraße	1	V	2	
Tannenstraße	von Schlagbaumer Str. bis Sudetenstraße	1	V	1	
Täppken	von Hs.-Nr. 2/3 bis Wuppertaler Straße	1	V	2	
Täppken	weiterer Straßenverlauf				
Taubenstraße		1	IV	2	
Taunusstraße		1	V	2	
Teichstraße	von Hermann-Löns-Weg bis Bahnüberführung	1	IV	2	
Teichstraße	Ludwig-Richter-Weg bis Bahnüberführung	1	V	2	
Tellstraße		1	V	2	
Tersteegenstraße		1	IV	1	
Teschestraße		3	IV	1	
Teutonenstraße	von Uferstraße bis Wendehammer	1	V	2	
Thalesweg					
Theergarten					
Theegartener Straße	von Meigener Straße bis Theergarten/Zedernweg	1	V	2	
Theoderichstraße	von Jägerstraße bis Dahler Straße	1	V	2	
Theodor-Mommsen-Straße		1	V	2	
Theodor-Storm-Weg	von Teichstraße bis einschl. Nr. 102	1	IV	2	
Theodor-Storm-Weg	ab Nr. 102 bis Stadtgrenze			2	
Theresienstraße	von Sophienstraße bis Yorckstraße	1	V	2	
Theresienstraße	von Yorckstraße bis Donaustraße				
Thomastraße	von Wittkuller Straße bis einschl. Nr. 14/15	1	V		
Thomasweg					
Thüringer Straße		1	V	1	
Tiefendick					
Tiefendicker Straße		1	IV	1	
Tiefendicker Straße	Stichweg zu den Häusern 14, 18, 20				
Tizianstraße	bis Wendehammer	1	V	2	
Tizianstraße	ab Wendehammer bis Westersburg				
Trochbusch	von Untenmankhaus bis einschl. Haus Nr. 11/14	1	VI		
Trochbusch	nach Haus Nr. 11/14 bis Ende				

Trommershausenstraße		1	IV	2	
Tulpenstraße					
Tunnelanlage Bremsheyplatz					
Tunnelanlage Goerdeler Straße					
Tunnelstraße		1	IV	2	
Turmstraße		1	V		
Turnerstraße		1	IV	2	
Ubierweg		1	V	2	
Ufergarten	ab Kirchstraße bis Eiland (HausNr. Bereich 1-11)	1	II	1	6
Ufergarten	ab Eiland bis Ende	1	II	1	3
Uferstraße		1	V	2	
Uferstraße	Stichstraße zu den Haus Nr. 65 d bis 73 a				
Umlandstraße	von Wiefeldicker Str. bis Nußbaumstraße	1	V	1	
Umlandstraße	von Höhscheider Str. bis Wiefeldicker Straße	1	V	2	
Ulmenstraße		1	IV	2	
Ulrichstraße	von Martinstraße bis Wendeplatz bzw. Hs-Nr. 36	1	V	1	
Ulrichstraße	von Wendeplatz bis Waardt (VBW 552;FI 22 Fs 476 ua)			2	
Unionstraße		1	IV	2	
Unnersberg		1	V	2	
Unnersberger Allee		2	IV	1	
Unnersberger Allee	Stichstr. neben Haus Nr. 54/56 (Flur 57 Flurstück 395)				
Unnersberger Allee	Stichstraße zu Haus-Nr. 20-26				
Unten zum Holz	von Untere Holzstraße bis einschl. Haus Nr. 73	1	VI	2	
Unten zum Holz	Einfahrt bei HausNr. 17,17a bis Ausfahrt bei Unten zum Holz zwischen HausNr. 27 und 61				
Untenflachsberg					
Untenfürkelt					
Untengönrather Straße		2	IV	1	
Untenhöhscheid		1	V	1	
Untenhöhscheid	Weg zwischen Haus-Nr. 16 u. 84 bis Höhscheider Wiesen	1	VI		
Untenitter		1	VI		
Untenitter	Von Haus Nr. 8 bis Ittertälstraße				
Untenkatternberg					
Untenketzberg	von Obenketzberg bis Ringelshäuschen	1	VI		
Untenketzberg	ab Ringelshäuschen				
Untenmankhaus	ab Einfahrt Virchowstraße 41 bis einschl. Haus Nr. 5a-7b sowie 6-12	1	VI		
Untenmankhaus	Weg zu den Häusern Haus Nr. 7-15 sowie 18-				
Untenpilghausen	von Hermelinstr. Einfahrt beim Bolzplatz bis Ausfahrt Hermelinstr. zwischen Haus-Nr. 71,73			2	
Untenrüden	von Friedrichstal bis Rüdener Str.			1	
Untenrüden	bis Obenrüden und bis Brücke Fähr			2	
Untenrüdener Kotten					
Untenscheidt		1	V	2	
Untenscheidt	Verbindungsweg zur Richard-Wagner-Straße Haus-Nr. 80				
Unter St.Clemens		2	IV	1	
Untere Dammstraße	von Nr. 2 bis Bebauungsende	1	V	2	
Untere Holzstraße		1	VI	2	
Untere Wernerstraße		1	V	2	
Untere Wernerstraße	ab Paulinenstraße bis Haus-Nr. 43				
Untere Benrather Straße		1	V	2	
Uteweg	von Ketzberger Straße bis Nr. 6/7	1	VI	2	
Uteweg	Weg zu den Häusern 6 a bis 6 c				
Van-Meenen-Straße		1	IV	2	
Van-Meenen-Straße	Weg zwischen Haus-Nr. 13 u. 15 (Flurstück 317)	1	V		
Venusstraße		1	V	2	

Vereinsstraße		1	IV	2	
Virchowstraße		1	IV	2	
Vockerter Busch					
Vockerter Straße		2	IV	1	
Vogelsang		1	V	2	
Vogtlandstraße		1	V	2	
Vogtweg		1	IV	2	
Volkerstraße		1	IV	2	
Von-Galen-Straße		1	V	2	
Von-Ketteler-Straße		1	V	2	
Vorländerstraße		1	V	2	
Vormeiswinkel					
Waardt	von Mangenberger Straße ganz	1	V	2	
Wachtelstraße	von Brühler Str. bis Finkenstr.	1	V	2	
Wachtelstraße	von Haus-Nr. 27 bis Unnersberg				
Wahnenkamp		1	V	2	
Welder Kirchplatz	von Haus-Nr. 3,5,7,11,13,15	1	V	2	
Welder Kirchplatz	-Fußgängerzone- von Friedrich-Ebert-Str. bis Stresemannstr./Opferfelder Str.	1	11	1	6
Welder Marktplatz		3	IV	2	
Welder Straße	von In der Freiheit bis Wuppertaler Straße	1	V	2	
Welder Straße	von Wuppertaler Str. bis Ehren			2	
Waldstraße	von Hahnstraße bis einschl. HausNr. 27			2	
Wallstraße	bis Bebauungsende				
Walter-Dodde-Straße	von Grünewalder Straße bis Olaf-Palme-Straße	1	IV	1	
Walter-Dodde-Straße	ab Olaf-Palme-Straße				
Walter-Flex-Straße		1	V	2	
Walter-Scheel-Platz	FI 8 Fs 472, 524 und 531	1	IV	2	
Walter-Scheel-Platz	von Potsdamer Str. zu Haus-Nr. 3 (FI 8 Fs 522)	1	IV		
Wassermannweg					
Wasserstraße		1	VI		
Watzmannstraße	von Löhdorfer Straße bis Brockenstraße 43/Watzmannstraße 30 ganz	1	V	2	
Watzmannstraße	ab Haus-Nr. 30				
Weckshof		1	VI		
Weckshof	Stichweg zwischen den Häusern 18 und 26				
Weidenstraße		3	IV	1	
Weinsberg	von Regerstraße bis Haus Nr. 10				
Weinsberg	Stichweg zwischen Regerstraße 68 c und 70				
Weinsbergtalstraße		1	IV	2	
Weißenburgstraße					
Wendelsteinstraße					
Werderstraße		1	IV	2	
Wermelskirchener Straße L 157	von Burgtalstraße bis Jörgensfeld	2	IV	1	
Wernerstraße	von Schlagbaumer Straße bis Sudetenstraße	1	IV	1	
Wernerstraße	ab Sudetenstraße				
Werwolf B229		2	II	1	
Weserstraße		1	IV	2	
Westersburg		1	V	2	
Westerwaldstraße					
Westfalenweg		1	VI	2	
Weststraße	von Talstraße bis Lennestraße	1	111	1	
Weststraße	von Lennestraße bis Düsseldorfer Straße	1	III	2	
Weyersberger Straße	von Mangenberger Straße bis Friedrichstraße	2	III	1	
Weyersberger Straße	von Friedrichstraße bis einschl. Weyersberger Straße Haus Nr. 2	1	IV	2	
Weyersberger Straße	von Weyersberger Straße Haus Nr. 2 einschl. Durchgang bis Kölner Straße				
Weyerstraße		2	III	1	
Weyerstraße	Stichstr. Zu den Haus-Nr. 196 a bis 198 i	1	VI		

Weyerstraße	Zufahrt zum Caspersbroicher Weg entlang der Haus-Nr. 2 - 12 (FI 19 Fs 120)	1	IV	2	
Wichernstraße		1	V	2	
Widdert					
Widderter Straße				2	
Widerschein	von Kotzelter Straße bis Sonnenschein	1	VI	2	
Wieden	von Burger Landstraße bis Haus Nr. 45/44; einschließlich Stichweg zu den Häusern Haus Nr. 18 - 32 (FI 21 Fs 571)	1	VI		
Wiedenhofer Straße		1	V	2	
Wiedenkamper Straße	von Stresemannstraße bis Kreuzung Liebermannstraße/Rembrandtstraße	1	IV	1	
Wiedenkamper Straße	ab Kreuzung Liebermannstraße/Rembrandtstraße bis	2	IV	1	
Wiefeldick	von Wiefeldicker Straße bei Nr. 88 bis Hagedornweg	1	V	2	
Wiefeldick	ab Hagedornweg bis Wiefeldicker Straße bei Haus Nr. 62,50	1	V		
Wiefeldick	Stichweg zu den Haus-Nr. 7a - h + 11	1	VI		
Wiefeldicker Straße	von Friedenstraße bis An der Gemarke	2	IV	1	
Wiefeldicker Straße	Stichweg zu den Häusern Nr. 37 bis 39 a	1	VI		
Wiefeldicker Straße	von Haus-Nr. 76 a - 86a			2	
Wiefeldicker Straße	von Haus-Nr. 88 bis Am Bergelchen	1	VI	2	
Wiefeldicker Straße	von Am Bergelchen bis Holunderweg				
Wielandstraße		1	V	2	
Wiener Straße	von Messerstr. bis Neuenkamper Str	1	VI	2	
Wiener Straße	Weg zur Neuenhofer Straße	1	VI	2	
Wiener Straße	Weg zum Altenheim und zu den Häusern Wiener Str. 59 61	1	VI	2	
Wiener Straße	Weg neben Haus Nr. 22 (FI 22 Fs 30 Kirschheiderbusch)				
Wiener Straße	Stichstraße zu Haus Nr. 64 - Schützenverein - (FI 22 Fs 622)				
Wiesenstraße		1	IV	2	
Wikingerstraße		1	V	2	
Wildbahn		1	VI	2	
Wildbahn	Stichweg zu den Häusern Hs.-Nr. 19 bis 25	1	VI		
Wildbahn	Weg zu den Häusern Haus-Nr. 35 bis 43 sowie Flurstück 524				
Wilhelm-Ostwald-Straße	von Am Kannenhof bis Wendeplatz (Nr. 15, Flurstück 171)	1	V	2	
Wilhelm-Ostwald-Straße	ab Wendeplatz bis Alfred-Nobel-Straße				
Wilhelmshöhe		1	IV	2	
Wilhelmstraße	Zufahrt von der Keldersstraße zu den Haus Nr. Wilhelmstraße 3,5, 7	1	II	1	3
Wilhelmstraße	Hauptzug von der Bahnstraße bzw. Bremsheyplatz bis Keldersstraße	2	11	1	3
Wilhelmstraße	von Keldersstraße bis Zweibrücker Straße	2	11	1	
Wilhelmstraße	von Zweibrücker Straße bis Südstraße	2	111	1	
Wilzhauser Weg					
Windfeln					
Winfriedstraße	von Glockenstr. bis einschließlich Haus-Nr. 22, 24/17	1	V	2	
Winfriedstraße	von Haus-Nr. 22,24/17 bis Ende				
Wippe	von Lacher Str. bis Wipperaue			1	
Wippe	von Lacher Str. bis Verbindungsweg Wippe-Höhmansberg				
Wipperaue				1	
Wipperauer Straße	von Landwehrstraße bis Nr. 92/93	1	IV	1	
Wipperauer Straße	von Nr. 92/93 bis Leichlinger Straße			1	

Wissmannstraße	von Merscheider Str. bis einschl. Wendehammer bei Haus Nr. 62/ Friedhof	1	IV	2	
Wissmannstraße	Stichstraße zwischen Haus-Nr. 18-60 einschließlich Stichweg zu den Häusern Haus-Nr. 22-42	1	VI		
Wittekindstraße		1	IV	2	
Wittenbergstraße		1	III	1	
Wittkuller Straße		2	III	1	
Wittkuller Straße	Stichweg zu den Häusern 15 bis 15 d				
Wittkuller Straße	Stichweg zu den Haus-Nr. 63-65c				
Wolfgangstraße					
Wolfsfeld		1	V	2	
Worringer Straße	von Katternberger Straße bis Neustraße	1	IV	2	
Worringer Straße	weiterer Straßenverlauf				
Wörthstraße	von Herzogstraße bis Eifelstraße	1	V	2	
Wörthstraße	ab Eifelstraße				
Wundesstraße		1	V	2	
Wupperstraße	von Oststraße bis Schwertstraße	2	IV	1	
Wupperstraße	von Goerdeler Straße bis Oststraße	1	IV	1	
Wupperstraße	von Schwertstraße bis Altenbau	1	IV	1	
Wupperstraße	Stichstraße zur Schule				
Wuppertaler Straße	bis Nr. 277	2	III	1	
Wuppertaler Straße	Stichstraße nach Nr. 255 a				
Wuppertaler Straße	Stichstraße von Nr. 237 bis 245	1	VI		
Wüstenhof					
Wüstenhofer Weg	von Vockerter Straße bis zur Einmündung des Forstweges südlich des Flurstückes 161 der Flur 30	1	IV	2	
Wüstenhofer Weg	ab Forstweg bis Odentaler Weg			2	
Yorckstraße		1	V	2	
Zaunkönigweg		1	V	2	
Zedernweg	bis Bebauungsende				
Zeisigweg		1	V	2	
Zeppelinstraße		2	IV	1	
Ziegelstraße		1	V	2	
Zietenstraße		1	IV	1	
Zietenstraße	Stichstraße zu den Häusern Zietenstraße 43 bis 49 a	1	VI		
Zugspitzweg				2	
Zweibrücker Straße L141		2	III	1	
Zweigstraße		1	IV	2	
Zwergstraße	bis Haus Nr. 10/11	1	V	2	
Zwergstraße	ab Haus Nr. 11 bis Adolf-Clarenbach-Str.				
Zwillingsweg				2	
Zwinglistraße	von Melanchthonstraße bis Nr. 31/34	1	V	2	
Zwinglistraße	weiterer Straßenverlauf bis Ende				
VBW Am Neumarkt-Bergstraße (FI 18 Fs 213 teilw. neben Am Neumarkt 28)		1	V	2	1
VBW von der Straße An der Bienenhalle zum Ernst-Walsken-Weg					
VBW Börkhaus - Gröditzberg zwischen Goldberger Weg und Uhlandstraße		1	VI	2	
VBW von der Deller Straße (zwischen Haus Nr. 70 und 72) zur Gräfrather Straße (FI 40 Fs 15 tlw.)					

VBW von der Diepenbrucher Straße zur Straße Ohligser Feld	Flur 81 Flurstück 413				
VBW Erbenhäuschen-Bebauungsende (Dorp, Fl 4 Fs 636; Zufahrt Parkplatz KGV bis Ginsterweg 155)					
VBW Freiheitstraße-					
VBW von der Fritz-Haber-Straße zur Theodor-Mommsen-Straße	Flur 102, Flurstück 201				
VBW Gesundheitstraße - Gillicher Str. (Fl 52 Fs 16)		1	VI		
VBW Höhscheider Hof zur Bauermannskulle	Fl 24 Fs 578 tlw.				
VBW von der Schlagbaumer Straße zur Kriemhildenstraße (Flur 49 Flurstück 4)					
Abkürzungsverzeichnis: VBW = Verbindungsweg					

BEKANNTMACHUNG

III. Änderungssatzung vom 17.12.2024 zur Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze der Grundsteuer A und der Grundsteuer B sowie der Gewerbesteuer in der Stadt Solingen - Realsteuerhebesatzsatzung - vom 14. Dezember 2006

Auf Grund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 05. Juli 2024 (GV. NRW. S. 444), und §§ 1-3 und § 20 Abs. 2 Buchstabe b des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV. NRW. 1969, S. 712), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 05. März 2024 (GV. NRW. S. 155), hat der Rat der Stadt Solingen in seiner Sitzung am 05.12.2024 folgende III. Änderungssatzung zur Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze der Grundsteuer A und der Grundsteuer B sowie der Gewerbesteuer in der Stadt Solingen – Realsteuerhebesatzsatzung – vom 14. Dezember 2006, zuletzt geändert durch die II. Änderungssatzung vom 08.12.2017, beschlossen.

Die Realsteuerhebesatzsatzung der Stadt Solingen vom 14. Dezember 2006, zuletzt geändert durch die II. Änderungssatzung vom 08.12.2017, wird wie folgt geändert:

1.

Die Worte „Stadt Solingen“ werden jeweils durch die Worte „Klingenstein Solingen“ ersetzt.

2.

§ 1 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

Die Zahl „690“ wird ersetzt durch die Zahl „805“.

3. Inkrafttreten

Die III. Änderungssatzung zur Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze der Grundsteuer A und der Grundsteuer B sowie der Gewerbesteuer in der Stadt Solingen – Realsteuerhebesatzsatzung – vom 14. Dezember 2006, zuletzt geändert durch die II. Änderungssatzung vom 08.12.2017, tritt am 01.01.2025 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Es wird gemäß § 7 Absatz 6 Gemeindeordnung NRW auf Folgendes hingewiesen:

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Solingen, den 17.12.2024

Der Oberbürgermeister
Tim Kurzbach

BEKANNTMACHUNG

II. Änderung der Ordnung der Stadt Solingen über die Erhebung von privatrechtlichen Entgelten für die Benutzung des Müllheizkraftwerkes der Technischen Betriebe Solingen vom 12. Dezember 2024

Aufgrund der §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein -Westfalen (GO NW) vom 14. Juli 1994 (G V NRW S. 666) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Klingenstadt Solingen am 05. Dezember 2024 nachstehende II. Änderung der Entgeltordnung für die Benutzung des Müllheizkraftwerkes der Technischen Betriebe Solingen beschlossen:

Artikel I

§ 4 Abs. 4. wird wie folgt geändert:

Der bisherige Absatz:

Ausgehend von einem festgelegten Zertifikatspreis von 45,00 Euro / Zertifikat beträgt die CO₂-Abgabe für

ASN	Bezeichnung	Abfall-kategorie	Energie-bezogener Emissions-faktor [Mg CO ₂ /Mg Abfall] nach EBeV 2030 Anlage 2 Teil 5	CO ₂ - Abgabe €/Mg Abfall bei einem Zertifikatspreis von 45,00 €
150105	Verbundverpackungen	Leichtverpackungen	1,033	46,49 €
150106	gemischte Verpackungen	Gewerbeabfall	0,604	27,18 €
150202	Aufsaug- und Filtermaterialien (einschließlich Ölfilter a. n. g.), Wischtücher und Schutzkleidung, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	Gewerbeabfall	0,604	27,18 €
170903	sonstige Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich gemischte Abfälle), die gefährliche Stoffe enthalten	Gewerbeabfall	0,604	27,18 €
170904	gemischte Bau- und Abbruchabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 09 01, 17 09 02 und 17 09 03 fallen	Gewerbeabfall	0,604	27,18 €
180104	Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus infektionspräventiver Sicht keine besonderen Anforderungen gestellt werden (z. B. Wund- und Gipsverbände, Wäsche, Einwegkleidung, Windeln)	Gewerbeabfall	0,604	27,18 €
191208	flüssige brennbare Abfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	Gewerbeabfall	0,604	27,18 €

200132	Arzneimittel mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 31 fallen	Gewerbeabfall	0,604	27,18 €
191210	brennbare Abfälle (Brennstoffe)	Sortierreste	0,475	21,38 €
191212	sonstige Abfälle (einschließli	Sortierreste	0,475	21,38 €
020203	für Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe	Restabfall	0,402	18,09 €
020304	für Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe	Restabfall	0,402	18,09 €
150101	Verpackungen aus Papier und Pappe	Restabfall	0,402	18,09 €
190599	Abfälle a. n. g.	Restabfall	0,402	18,09 €
190801	Sieb- u. Rechenrückstände	Restabfall	0,402	18,09 €
200108	biologisch abbaubare Küchen- und Kantinenabfälle	Restabfall	0,402	18,09 €
200201	biologisch abbaubare Abfälle	Restabfall	0,402	18,09 €
200203	andere nicht biologisch abbaubare Abfälle	Restabfall	0,402	18,09 €
200301	gemischte Siedlungsabfälle	Restabfall	0,402	18,09 €
200302	Marktabfälle	Restabfall	0,402	18,09 €
200303	Straßenkehricht	Restabfall	0,402	18,09 €
200306	Abfälle aus der Kanalreinigung	Restabfall	0,402	18,09 €
200399	Siedlungsabfälle a. n. g.	Restabfall	0,402	18,09 €
200307	Sperrmüll	Sperrmüll	0,544	24,48 €
030105	Sägemehl, Späne, Abschnitte, Holz, Spanplatten und Furniere mit Ausnahme derjenigen, die unter 03 01 04 fallen	Altholz	0,065	2,93 €
170201	Holz	Altholz	0,065	2,93 €
150103	Verpackungen aus Holz	Altholz	0,130	5,85 €
191207	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 19 12 06 fällt	Altholz	0,129	5,78 €
200138	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 20 01 37 fällt	Altholz	0,129	5,78 €
Sonstige	alle anderen nicht gesondert aufgeführten Abfälle	Sonstige	0,949	42,71 €

wird ersetzt durch:

Ausgehend von einem festgelegten Zertifikatspreis von 55,00 Euro / Zertifikat beträgt die CO₂-Abgabe für

ASN	Bezeichnung	Abfall-kategorie	Energie-bezogener Emissions-faktor [Mg CO ₂ /Mg Abfall] nach EBeV 2030 Anlage 2 Teil 5	CO ₂ - Abgabe €/Mg Abfall bei einem Zertifikatspreis von 55,00 €
150105	Verbundverpackungen	Leichtverpackungen	1,033	56,82 €
150106	gemischte Verpackungen	Gewerbeabfall	0,604	33,22 €
150202	Aufsaug- und Filtermaterialien (einschließlich ÖlfILTER a. n. g.), Wischtücher und Schutzkleidung, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	Gewerbeabfall	0,604	33,22 €
170903	sonstige Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich gemischte Abfälle), die gefährliche Stoffe enthalten	Gewerbeabfall	0,604	33,22 €
170904	gemischte Bau- und Abbruchabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 09 01, 17 09 02 und 17 09 03 fallen	Gewerbeabfall	0,604	33,22 €
180104	Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus infektionspräventiver Sicht keine besonderen Anforderungen gestellt werden (z. B. Wund- und Gipsverbände, Wäsche, Einwegkleidung, Windeln)	Gewerbeabfall	0,604	33,22 €
191208	flüssige brennbare Abfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	Gewerbeabfall	0,604	33,22 €
200132	Arzneimittel mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 31 fallen	Gewerbeabfall	0,604	33,22 €
191210	brennbare Abfälle (Brennstoffe)	Sortierreste	0,475	26,13 €
191212	sonstige Abfälle (einschließlich)	Sortierreste	0,475	26,13 €
020203	für Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe	Restabfall	0,402	22,11 €
020304	für Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe	Restabfall	0,402	22,11 €
150101	Verpackungen aus Papier und Pappe	Restabfall	0,402	22,11 €
190599	Abfälle a. n. g.	Restabfall	0,402	22,11 €
190801	Sieb- u. Rechenrückstände	Restabfall	0,402	22,11 €
200108	biologisch abbaubare Küchen- und Kantinenabfälle	Restabfall	0,402	22,11 €
200201	biologisch abbaubare Abfälle	Restabfall	0,402	22,11 €

200203	andere nicht biologisch abbaubare Abfälle	Restabfall	0,402	22,11 €
200301	gemischte Siedlungsabfälle	Restabfall	0,402	22,11 €
200302	Marktabfälle	Restabfall	0,402	22,11 €
200303	Straßenkehricht	Restabfall	0,402	22,11 €
200306	Abfälle aus der Kanalreinigung	Restabfall	0,402	22,11 €
200399	Siedlungsabfälle a. n. g.	Restabfall	0,402	22,11 €
200307	Sperrmüll	Sperrmüll	0,544	29,92 €
030105	Sägemehl, Späne, Abschnitte, Holz, Spanplatten und Furniere mit Ausnahme derjenigen, die unter 03 01 04 fallen	Altholz	0,065	3,58 €
170201	Holz	Altholz	0,065	3,58 €
150103	Verpackungen aus Holz	Altholz	0,130	7,15 €
191207	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 19 12 06 fällt	Altholz	0,129	7,07 €
200138	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 20 01 37 fällt	Altholz	0,129	7,07 €
Sonstige	alle anderen nicht gesondert aufgeführten Abfälle	Sonstige	0,949	52,20 €

Artikel II

Diese II. Änderung der Ordnung tritt am 01. Januar 2025 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende II. Änderung der Ordnung über die Erhebung von privatrechtlichen Entgelten für die Benutzung des Müllheizkraftwerkes der Technischen Betriebe Solingen wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass nach § 7 Absatz 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Ordnung nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- diese Ordnung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- der Oberbürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Solingen, 12. Dezember 2024

Kurbach
Oberbürgermeister

AUFTRAGSBEKANNTMACHUNG

Öffentliche Ausschreibung (VOB) V25/90-4/020 - Arbeiten am HD-Teil der Müllkessel

- a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie E-Mail-Adresse des Auftraggebers (Vergabestelle)**
Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906779
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de
- b) Gewähltes Vergabeverfahren**
Öffentliche Ausschreibung [VOB]
- c) Gegebenenfalls Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung**
Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Hier müssen die Angebote elektronisch abgegeben werden.
- d) Art des Auftrags**
Bauleistung
- e) Ort der Ausführung**
42655 Technische Betriebe Solingen, Sandstr. 16a
- f) Art und Umfang der Leistung**
Arbeiten am HD-Teil der Müllkessel
Planmäßige und unplanmäßige Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten am Hochdruckteil der Müllkessel sowie an Leitungen, die mit Hochdruckdampf beaufschlagt sind. Laufzeit des Vertrages zwei Jahre ab 01.03.2025 mit Verlängerungsoption um ein Jahr.
- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden**
- h) Falls der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für eines, mehrere oder alle Lose einzureichen**
Losweise Ausschreibung: Nein
- i) Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrags; sofern möglich, Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden sollen**
Von: 01.03.2025 Bis: 28.02.2027
mit Verlängerungsoption um ein weiteres Jahr
- j) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 3 zur Nichtzulassung von Nebenangeboten**
Nebenangebote sind zugelassen
- k) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 4 zur Nichtzulassung der Abgabe mehrerer Hauptangebote**
Mehrere Hauptangebote sind zulässig
- l) Name und Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer, E-Mail-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert und eingesehen werden können; bei Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung auf einem Internetportal die Angabe einer Internetadresse, unter der die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können; § 11 Absatz 7 bleibt unberührt**
Die Auftragsunterlagen stehen gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/fcbe8ee5-018f-44f2-8e20-938f89e3c503>
- m) gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist**
Die Unterlagen stehen ausschließlich elektronisch zur Verfügung.
- n) bei Teilhmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an die diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderungen zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden, Teilnahme- oder Angebotsfrist:**
Bindefrist:
- o) Frist für den Eingang der Angebote und die Bindefrist**
10.01.2025 10:00:00
07.02.2025

p) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind, gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind

In diesem Verfahren sind nur elektronische Angebote zugelassen, diese sind einzureichen unter:
<https://portal.deutsche-evergabe.de>

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen

Deutsch

r) die Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden, und gegebenenfalls deren Gewichtung

Niedrigster Preis

s) Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen

t) gegebenenfalls geforderte Sicherheiten

u) wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind

Gemäß VOB.

v) gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft nach der Auftragsvergabe haben muss

Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.

w) verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters

Mindestens 3 Referenzen von vergleichbaren Projekten, nicht älter als 5 Jahre; Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre, durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch beigefügten Referenzfragebogen.

Nachweis SCC-Zertifikat

Nachweis über den Besitz einer Verfahrensprüfung für Mischverbindungen der Schweißnähte im Claddingbereich

Eigenerklärung nach § 16 (2) VOB/A, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Erklärung gem. § 22 LkSG - jeweils

nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.

x) Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen wenden kann

Bezirksregierung Düsseldorf Dezernat 34 VOB Beschwerdestelle

Postfach 300865

40408 Düsseldorf

Tel.:

Fax:

12.12.2024

AUFTRAGSBEKANNTMACHUNG

Öffentliche Ausschreibung (VOB)

V25/23-2/022 - SEP Grundschule Gerberstr. - Sanierung und Erweiterung -Fäll- und Rodungsarbeiten

- a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie E-Mail-Adresse des Auftraggebers (Vergabestelle)**
Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906779
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de
- b) Gewähltes Vergabeverfahren**
Öffentliche Ausschreibung [VOB]
- c) Gegebenenfalls Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung**
Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Hier müssen die Angebote elektronisch abgegeben werden.
- d) Art des Auftrags**
Bauleistung
- e) Ort der Ausführung**
42653 Solingen
- f) Art und Umfang der Leistung**
SEP Grundschule Gerberstr. - Sanierung und Erweiterung -Fäll- und Rodungsarbeiten
Das Bauvorhaben befindet sich auf dem Schulgelände der Gerberstraße 18 (Flurstück 168) und den in Privatbesitz befindlichen Grundstücken Schnitzlerstraße 7 und 9 (Flurstück 86 und 87).
Die Ausschreibung beschreibt die Fäll- und Rodungsarbeiten auf den drei Flurstücken.
Gerberstraße 18 (Flurstück 168)
Die Zufahrt zum Schulgelände muss über die Toranlage Gerberstraße 18 erfolgen.
Die Fäll- und Rodungsarbeiten auf dem Schulgelände können nur außerhalb der Schulzeiten erfolgen, also an Samstagen. Ein zusätzlicher Termin ist der 10.02.2025, an dem nur Lehrer auf dem Schulgelände anwesend sind. Schnitzlerstraße 7 und 9 (Flurstück 86 und 87)
Der Zugang zu den Grundstücken erfolgt ebenfalls über das Flurstück 168 (Grundstücksseite der Schule). Deshalb gelten auch hier die vorab beschriebenen Arbeitszeiten.
Die Fäll- und Rodungsarbeiten müssen in Seilklettertechnik erfolgen, um umstehende Vegetation zu schützen. Der Fälltermin muss den Besitzern rechtzeitig mitgeteilt werden. Zum Abtransport des Schnittguts kann
- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden**
- h) Falls der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für eines, mehrere oder alle Lose einzureiche Losweise Ausschreibung: Nein**
- i) Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrags; sofern möglich, Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden sollen**
Von: 07.02.2025 Bis: 01.03.2025
- j) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 3 zur Nichtzulassung von Nebenangeboten**
Nebenangebote sind zugelassen
- k) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 4 zur Nichtzulassung der Abgabe mehrerer Hauptangebote**
Mehrere Hauptangebote sind zulässig
- l) Name und Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer, E-Mail-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert und eingesehen werden können; bei Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung auf einem Internetportal die Angabe einer Internetadresse, unter der die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können; § 11 Absatz 7 bleibt unberührt**
Die Auftragsunterlagen stehen gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/e82d5bf1-39b6-4bec-84f3-5f40e703f8aa>
- m) gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist**
Die Unterlagen stehen ausschließlich elektronisch zur Verfügung.

- n) bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an die diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderungen zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden,**
Teilnahme- oder Angebotsfrist:
Bindefrist:
- o) Frist für den Eingang der Angebote und die Bindefrist**
07.01.2025 10:00:00
06.02.2025
- p) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind, gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind**
In diesem Verfahren sind nur elektronische Angebote zugelassen, diese sind einzureichen unter:
<https://portal.deutsche-evergabe.de>
- q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen**
Deutsch
- r) die Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden, und gegebenenfalls deren Gewichtung**
Niedrigster Preis
- s) Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen**
- t) gegebenenfalls geforderte Sicherheiten**
- u) wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind**
Gemäß VOB.
- v) gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft nach der Auftragsvergabe haben muss**
Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.
- w) verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters**
Mindestens 3 Referenzen von vergleichbaren Projekten,
nicht älter als 5 Jahre; Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre, durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch beigefügten Referenzfragebogen.
Eigenerklärung nach § 16 (2) VOB/A, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Erklärung gem. § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.
- x) Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen wenden kann**
Bezirksregierung Düsseldorf Dezernat 34 VOB Beschwerdestelle
Postfach 300865
40408 Düsseldorf
Tel.:
Fax:

12.12.2024

AUFTRAGSBEKANNTMACHUNG

Öffentliche Ausschreibung (VOB) V25/90-42/015 - Induktionsschleifen für Lichtsignalanlagen 2024/2025

- a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie E-Mail-Adresse des Auftraggebers (Vergabestelle)**
Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906779
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de
- b) Gewähltes Vergabeverfahren**
Öffentliche Ausschreibung [VOB]
- c) Gegebenenfalls Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung**
Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashbo ard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden.
Hier müssen die Angebote elektronisch abgegeben werden.
- d) Art des Auftrags**
Bauleistung
- e) Ort der Ausführung**
42651 Stadtgebiet Solingen
- f) Art und Umfang der Leistung**
Induktionsschleifen für Lichtsignalanlagen 2024/2025
Erstellung von Induktionsschleifen für Lichtsignalanlagen
Stadtgebiet Solingen als Rahmenvertrag für ein Jahr.
- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden**
- h) Falls der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für eines, mehrere oder alle Lose einzureichen**
Losweise Ausschreibung: Nein
- i) Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrags; sofern möglich, Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden sollen**
Von: Bis:
Beginn des Vertrages: unverzüglich nach Abschluss des Vergabeverfahrens für die Dauer von einem Jahr.
Ausführungsbeginn: jeweils nach besonderer schriftlicher Beauftragung
Fertigstellung: innerhalb von 5 Arbeitstagen (Montag bis Freitag) nach dem vereinbarten Beginn der Ausführung, in Notfällen ist die Einsatzfähigkeit innerhalb 24 Stunden sicherzustellen.
- j) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 3 zur Nichtzulassung von Nebenangeboten**
Nebenangebote sind zugelassen
- k) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 4 zur Nichtzulassung der Abgabe mehrerer Hauptangebote**
Mehrere Hauptangebote sind zulässig
- l) Name und Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer, E-Mail-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert und eingesehen werden können; bei Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung auf einem Internetportal die Angabe einer Internetadresse, unter der die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können; § 11 Absatz 7 bleibt unberührt**
Die Auftragsunterlagen stehen gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/b2449a6a-9cad-41d3-9b29-afccb20dc46a>
- m) gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist**
Die Unterlagen stehen ausschließlich elektronisch zur Verfügung.
- n) bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an die diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderungen zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden, Teilnahme- oder Angebotsfrist:**
Bindefrist:

- o) Frist für den Eingang der Angebote und die Bindefrist**
09.01.2025 10:00:00
07.02.2025
- p) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind, gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind**
In diesem Verfahren sind nur elektronische Angebote zugelassen, diese sind einzureichen unter:
<https://portal.deutsche-evergabe.de>
- q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen**
Deutsch
- r) die Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden, und gegebenenfalls deren Gewichtung**
Niedrigster Preis
- s) Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen**
- t) gegebenenfalls geforderte Sicherheiten**
- u) wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind**
Gemäß VOB.
- v) gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft nach der Auftragsvergabe haben muss**
Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.
- w) verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters**
Mindestens 3 Referenzen von vergleichbaren Projekten,
nicht älter als 5 Jahre; Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre, durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch beigefügten Referenzfragebogen.
Eigenerklärung nach § 16 (2) VOB/A, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Erklärung gem. § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.
- x) Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen wenden kann**
Bezirksregierung Düsseldorf Dezernat 34 VOB Beschwerdestelle
Postfach 300865
40408 Düsseldorf
Tel.:
Fax:

10.12.2024

NATIONALE BEKANNTMACHUNG

Öffentliche Ausschreibung (UVgO) Verfahren: V25/90-42/012 - Lieferung von Netzübergabeschränken 2025 Auftraggeber: Stadt Solingen

- 1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind**

Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906804
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de
- 2) Verfahrensart**

Öffentliche Ausschreibung [UVgO]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind**

Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.
- 4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen**
- 5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung**

Lieferung von Netzübergabeschränken 2025
Lieferung von Netzübergabeschränken 2025
Ort der Leistungserbringung:
42651 Solingen
- 6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose**

Losweise Ausschreibung: Nein
- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten**

Nebenangebote sind zugelassen
- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist**

Von: Bis:
unverzüglich nach Auftragsvergabe
- 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**

<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/b3af3c72-b5a1-4bf4-b805-7d624da09999>
- 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist**

Teilnahme- oder Angebotsfrist: 13.01.2025 10:00:00
Bindefrist: 12.02.2025
- 11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen**
- 12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind**

Gem. VOL/B
- 13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt**

Mindestens 3 Referenzen von vergleichbaren Projekten, nicht älter als 3 Jahre;
Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre sowie durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch beigefügten Referenzfragebogen.
Eigenerklärung nach § 123 GWB, Eigenerklärung nach § 124 GWB, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Eigenerklärung Insolvenz, Erklärung gemäß § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.
Rechtsform für Bietergemeinschaften: Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.
- 14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.**

Niedrigster Preis

NATIONALE BEKANNTMACHUNG

Offenes Verfahren (EU) (VgV)
Verfahren: V25/60/005 - SSB Palas u. Kapelle - Figurenbau
Auftraggeber: Stadt Solingen

- 1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind**
Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906779
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de
- 2) Verfahrensart**
Offenes Verfahren (EU) [VgV]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind**
Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.
- 4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen**
- 5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung**
SSB Palas u. Kapelle - Figurenbau
Geplant ist die Herstellung, Lieferung und Montage von Figuren in einer Vitrine für die neue Dauerausstellung auf Schloss Burg a/d Wupper, Solingen. In einer Vitrine einer Protagonistin werden 6 Damen, die ihr Schicksal teilten gezeigt. Die Damen sind aus unterschiedlichen historischen Epochen.
Ort der Leistungserbringung: 42659 Solingen
- 6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose**
Losweise Ausschreibung: Nein
- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten**
Nebenangebote sind nicht zugelassen
- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist**
Von: Bis:
Beginn: unverzüglich nach Auftragsvergabe
Ende: August 2025
- 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**
<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/846a027a-bd0c-45eca45a-a96ed12f6228>
- 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist**
Teilnahme- oder Angebotsfrist: 13.01.2025 10:00:00
Bindefrist: 14.03.2025
- 11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen**
- 12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind**
Gemäß VOL/B.
- 13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt**
Mindestens 3 Referenzen von vergleichbaren Projekten im Figurenbau oder Marionettenbau vergleichbar mit den in den Anlagen der Vergabeunterlagen abgebildeten Referenzen, nicht älter als 3 Jahre;
Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre (Mindestjahresumsatz 50.000,00 € netto) sowie durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch Referenzfragebogen.
Eigenerklärung nach § 123 GWB, Eigenerklärung nach § 124 GWB, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Eigenerklärung Insolvenz, Erklärung gemäß § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.
Es wird auf die Bekanntmachung Amtsblatt EU verwiesen.
Rechtsform für Bietergemeinschaften: Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter
- 14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.**
Niedrigster Preis

AUFTRAGSBEKANNTMACHUNG

Öffentliche Ausschreibung (VOB) V24/23-2/404 - Balkhauser Kotten - Sanierung Flutschaden Gewerke H/S/L

- a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie E-Mail-Adresse des Auftraggebers (Vergabestelle)**
Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906804
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de
- b) Gewähltes Vergabeverfahren**
Öffentliche Ausschreibung [VOB]
- c) Gegebenenfalls Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung**
Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Hier müssen die Angebote elektronisch abgegeben werden.
- d) Art des Auftrags**
Bauleistung
- e) Ort der Ausführung**
42659 Solingen
- f) Art und Umfang der Leistung**
Balkhauser Kotten - Sanierung Flutschaden
Gewerke H/S/L
Heizungs-, Sanitär- und Lüftungsinstallation
zur Behebung des Flutschadens
bestehend aus:
Sanitär:
Wasseraufbereitungsanlage für Brunnenwasser
Tiefbrunnenpumpe
sanitäre Installation in zwei Bädern / Naßzellen mit i.d.S.
2 x WC, 1 x Behinderten WC, 3 x WT, 1 x Dusche
185 m VA-Rohr zur Trinkwasserinstallation in den Größen DN 10-DN32
Heizung:
Gastherme 45 KW für LPG
mit zwei Heizkreisen und Abgassystem,
285 m Heizungsrohrinstallation mit Kupferrohr in den Dimensionen DN 10 - DN 32
14 Heizkörper großteils als Röhrenheizkörper
Lüftung:
4 x Kleinraumlüfter mit Abluftanschluß nach außen
- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden**
- h) Falls der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für eines, mehrere oder alle Lose einzureichen**
Losweise Ausschreibung: Nein
- i) Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrags; sofern möglich, Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden sollen**
Von: Bis:
Beginn: KW 10/2025
Die Leistung ist fertigzustellen:
Rohinstallation bis Ende April 2025, Fertiginstallation bis Juli 2025
- j) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 3 zur Nichtzulassung von Nebenangeboten**
Nebenangebote sind zugelassen
- k) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 4 zur Nichtzulassung der Abgabe mehrerer Hauptangebote**
Mehrere Hauptangebote sind zulässig

- l) Name und Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer, E-Mail-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert und eingesehen werden können; bei Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung auf einem Internetportal die Angabe einer Internetadresse, unter der die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können; § 11 Absatz 7 bleibt unberührt**

Die Auftragsunterlagen stehen gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/0253ca67-d413-4d0a-b5b6-5156d5826bfe>

- m) gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist**

Die Unterlagen stehen ausschließlich elektronisch zur Verfügung.

- n) bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an die diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderungen zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden,**

Teilnahme- oder Angebotsfrist:

Bindefrist:

- o) Frist für den Eingang der Angebote und die Bindefrist**

17.01.2025 10:00:00

14.02.2025

- p) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind, gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind**

In diesem Verfahren sind nur elektronische Angebote zugelassen, diese sind einzureichen unter:

<https://portal.deutsche-evergabe.de>

- q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen**

Deutsch

- r) die Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden, und gegebenenfalls deren Gewichtung**

Niedrigster Preis

- s) Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen**

- t) gegebenenfalls geforderte Sicherheiten**

- u) wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind**

Gemäß VOB.

- v) gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft nach der Auftragsvergabe haben muss**

Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.

- w) verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters**

Mindestens 3 Referenzen von vergleichbaren Projekten,

nicht älter als 5 Jahre; Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre, durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch beigefügten Referenzfragebogen.

Eigenerklärung nach § 123 GWB, Eigenerklärung nach § 124 GWB, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Eigenerklärung

Insolvenz, Erklärung gem. § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.

- x) Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen wenden kann**

Bezirksregierung Düsseldorf Dezernat 34 VOB Beschwerdestelle

Postfach 300865

40408 Düsseldorf

Tel.:

Fax:

16.12.2024

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

Verfahren: V25/90-4/016 - Hilfestellung bei der Wertstoffsammlung aus privaten Haushalten

Auftraggeber: Stadt Solingen

- 1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind**

Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906804
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de
- 2) Verfahrensart**

Öffentliche Ausschreibung [UVgO]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind**

Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.
- 4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen**
- 5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung**

Hilfestellung bei der Wertstoffsammlung aus privaten Haushalten
Einsammlung von Wertstoffen einschließlich Elektrogeräten sowie Unterstützung bei Sperrgutabholungen aus privaten Haushalten im Stadtgebiet Solingen für Bürgerinnen und Bürger, die aus gesundheitlichen oder Altersgründen hierzu Unterstützung benötigen auf Abruf.
Der Vertrag wird mit einer Laufzeit vom 01.02.2025 bis 31.12.2025 geschlossen.
Ort der Leistungserbringung: 42651 Solingen
- 6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose**

Losweise Ausschreibung: Nein
- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten**

Nebenangebote sind zugelassen
- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist**

Von: 01.02.2025 Bis: 31.12.2025
- 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**

<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/9523f9de-5080-4294-9609-067262402088>
- 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist**

Teilnahme- oder Angebotsfrist: 10.01.2025 10:00:00
Bindefrist: 07.02.2025
- 11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen**
- 12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind**

Gem. VOL/B
- 13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt**

Mindestens 3 Referenzen von vergleichbaren Projekten, nicht älter als 3 Jahre;
Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre sowie durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch beigefügten Referenzfragebogen. Nachweis anerkanntes Integrationsunternehmen. Nachweis Einhaltung der Vorgaben § 7 Entsorgungsfachbetriebverordnung - EfbV, 3. Behördliche Zulassungen für das Einsammeln und Befördern von Abfällen gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) und Gütern gemäß Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG), Gemäß § 6 Entsorgungsfachbetriebeverordnung (EfbV) ist eine auf den Sammlungs- und Beförderungsvorgang bezogene Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung einschließlich einer Umwelthaftpflichtversicherung sowie eine Umweltschadensversicherung nachzuweisen.
Eigenerklärung nach § 123 GWB, Eigenerklärung nach § 124 GWB, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Eigenerklärung Insolvenz, Erklärung gemäß § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.
Rechtsform für Bietergemeinschaften: Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.
- 14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.**

Niedrigster Preis